



# 147. Sitzung

Wiesbaden, den 15. November 2007

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	10449	61. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Studiengebühren verfassungswidrig – Moratorium jetzt)</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	10449	– Drucks. 16/8096 – . . . . .	10467
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10449	<i>Abgehalten</i> . . . . .	10472
58. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Nachflugverbot – „Schmierentheater der Wortbrecher“)</b>		Michael Siebel . . . . .	10467
– Drucks. 16/8093 – . . . . .	10449	Eva Kühne-Hörmann . . . . .	10468
<i>Abgehalten</i> . . . . .	10456	Sarah Sorge . . . . .	10469
Tarek Al-Wazir . . . . .	10449	Nicola Beer . . . . .	10470
Michael Boddenberg . . . . .	10450	Minister Udo Corts . . . . .	10471
Dieter Posch . . . . .	10451	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	10472
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	10453	48. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>G 8 macht Kinder krank</b>	
Bernd Riege . . . . .	10453	– Drucks. 16/8055 – . . . . .	10472
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	10454	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	10482
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10456	49. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>G-8-Stress beenden – für gute Bildung und eine lebendige Kindheit und Jugend</b>	
59. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Rauchverbot in Hessen – aktuelle Situation der hessischen Gastwirte)</b>		– Drucks. 16/8061 – . . . . .	10472
– Drucks. 16/8094 – . . . . .	10456	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	10482
<i>Abgehalten</i> . . . . .	10461	76. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>G 8 verbessern – Gymnasien und Gymnasiallehrerausbildung erhalten – rot-rot-grüne Zwangseinheitsschule verhindern</b>	
Florian Rentsch . . . . .	10456	– Drucks. 16/8200 – . . . . .	10472
Kordula Schulz-Asche . . . . .	10457	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	10482
Dr. Thomas Spies . . . . .	10458	Heike Habermann . . . . .	10472,10476
Ulrich Caspar . . . . .	10459	Mark Weinmeister . . . . .	10474,10476
Staatssekretär Gerd Krämer . . . . .	10460	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	10476
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10461	Dorothea Henzler . . . . .	10479
60. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Keine Windradmonster in Hessen – Ypsilantis Schattenminister „scheeren“ aus)</b>		Ministerin Karin Wolff . . . . .	10481
– Drucks. 16/8095 – . . . . .	10461	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	10482
<i>Abgehalten</i> . . . . .	10467	46. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Verpackungsverordnung – kein Grüner Punkt auf Bröchentüte und andere Serviceverpackungen</b>	
Elisabeth Apel . . . . .	10462	– Drucks. 16/8051 – . . . . .	10482
Nancy Faeser . . . . .	10463	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	10486
Ursula Hammann . . . . .	10464	79. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Verpackungsverordnung im Ganzen ändern statt kleine Brötchen backen</b>	
Heinrich Heidel . . . . .	10465	– Drucks. 16/8214 – . . . . .	10482
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	10466	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	10486
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10467		
74. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>verantwortungsvolle Energiepolitik statt utopischer Träumereien</b>			
– Drucks. 16/8187 – . . . . .	10467		
<i>Angenommen</i> . . . . .	10467		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10467		

Seite	Seite		
Heinrich Heidel . . . . .	10482	31. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend <b>Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in Hessen</b>	
Ursula Hammann . . . . .	10484	– Drucks. 16/7743 zu Drucks. 16/7088 – . . . . .	10490
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	10485	<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	10490
Gernot Grumbach . . . . .	10485	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	10486		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10486		
24. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein <b>Hessisches Gesetz über Einkommensverbesserungen für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (GEVerbTöD)</b>		32. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>ehrenamtliches Engagement weiter stärken</b>	
– Drucks. 16/8213 zu Drucks. 16/8080 zu Drucks. 16/7637 – . . . . .	10487	– Drucks. 16/7437 – . . . . .	10490
<i>In dritter Lesung angenommen:</i>		<i>Dem Hauptausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	10490
<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
Jürgen Frömmrich . . . . .	10487, 10488		
Peter Beuth . . . . .	10487	33. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>konsequentes Vorgehen gegen Zwangsheiraten</b>	
Günter Rudolph . . . . .	10487	– Drucks. 16/7498 – . . . . .	10490
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	10488	<i>Dem Innenausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	10490
Minister Volker Bouffier . . . . .	10489	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490		
26. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend <b>Umsetzung des Täter-Opfer-Ausgleichs bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Vermittlungsbüros in Hessen</b>		34. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Windenergie zur Absicherung der Grundlast ungeeignet</b>	
– Drucks. 16/7417 zu Drucks. 16/6645 – . . . . .	10490	– Drucks. 16/7683 – . . . . .	10490
<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	10490	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
38. Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend <b>Situation des Opferschutzes in Hessen</b>		35. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>keine Zentralisierung der Steuerverwaltung beim Bund</b>	
– Drucks. 16/7897 zu Drucks. 16/7127 – . . . . .	10490	– Drucks. 16/7685 – . . . . .	10490
<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	10490	<i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
27. Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend <b>freiwilliger Polizeidienst in Hessen</b>		37. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>positive Signale auf dem Ausbildungsmarkt – Rekordinvestitionen in die Zukunft junger Menschen</b>	
– Drucks. 16/7522 zu Drucks. 16/6933 – . . . . .	10490	– Drucks. 16/7741 – . . . . .	10490
<i>Antwort zur weiteren Beratung den Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	10490	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
28. Große Anfrage der Abg. Schäfer-Gümbel, Frankenberger, Klemm, Pfaff, Riege, Tesch (SPD) und Fraktion betreffend <b>Entwicklungszusammenarbeit in Hessen</b>		40. Große Anfrage der Abg. Erfurth, Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend <b>finanzielle Situation der Kommunen in Hessen</b>	
– Drucks. 16/7554 zu Drucks. 16/6773 – . . . . .	10490	– Drucks. 16/7935 zu Drucks. 16/7397 – . . . . .	10490
<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	10490	<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
29. Große Anfrage der Abg. Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend <b>unzureichende Sicherheitskultur im Atomkraftwerk Biblis</b>		43. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion betreffend <b>Schaffung eines Patientenbeauftragten/einer Patientenbeauftragten für Hessen</b>	
– Drucks. 16/7629 zu Drucks. 16/7184 – . . . . .	10490	– Drucks. 16/7920 – . . . . .	10490
<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	10490	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	10490
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490
30. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend <b>Außenwirtschaftstätigkeit des Landes Hessen</b>			
– Drucks. 16/7648 zu Drucks. 16/7224 – . . . . .	10490		
<i>Antwort zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	10490		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	10490		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsident Frank Lortz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch

Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff

Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier

Kultusministerin Karin Wolff

Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel

Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel

Staatssekretär Dirk Metz

Staatssekretärin Oda Scheibelhuber

Staatssekretär Harald Lemke

Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer

Staatssekretär Klaus-Peter Güttler

Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)

Alfons Gerling

Margaretha Hölldobler-Heumüller

Jürgen May

Dr. Judith Pauly-Bender

Silke Lautenschläger

Karlheinz Weimar



(Beginn: 9.02 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Noch offen sind die Punkte 24, 26 bis 35, 37 und 38, 40, 43 und 46, 48 und 49, 58 bis 61, 74 und 76.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verpackungsverordnung im Ganzen ändern statt kleine Brötchen backen, Drucks. 16/8214. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag zu Tagesordnungspunkt 79 und kann mit Tagesordnungspunkt 46 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 13 Uhr. Wir beginnen mit den Anträgen für eine Aktuelle Stunde, den Tagesordnungspunkten 58 bis 61. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und je Aktuelle Stunde geeinigt.

Nach Tagesordnungspunkt 60 wird Tagesordnungspunkt 74, ein Dringlicher Entschließungsantrag zum Thema, ohne Aussprache aufgerufen und sofort abgestimmt.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Karlheinz Weimar.

Im Anschluss an die Plenarsitzung, gegen 13 Uhr, trifft sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr im Raum 118 S im Landtagsgebäude.

Seinen Geburtstag begeht heute unser Freund, der Abg. Frank Gotthardt. Er wird 37 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall – Vizepräsident Frank Lortz übergibt einen Blumenstrauß.)

Wir wünschen ihm alles Gute und dass er all das bekommt, was ihm fehlt.

Meine Damen und Herren, damit treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 58** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Nachtflugverbot – „Schmiertheater der Wortbrecher“) – Drucks. 16/8093 –**

Es ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gab einmal eine Zeit, es ist noch gar nicht lange her, da war Roland Koch sehr kraftvoll.

(Zuruf von der CDU: Das ist er immer noch!)

Am 28. Juli 2002 schrieb Roland Koch einem Bürger – ich zitiere –:

Die Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens erwarten zu Recht einen wirksamen Ausgleich für zunehmende Flugbewegungen am Tage, und deshalb bin ich in dieser Frage zu keinerlei Kompromissen bereit. Ein Nachtflugverbot wird zwar in der Tat nicht von allen Beteiligten begrüßt, weshalb

dessen Umsetzung auch auf Widerstände stoßen wird. In Anbetracht der geltenden Rechtslage sehe ich jedoch keine grundsätzlichen Hindernisse, die der Einführung eines Nachtflugverbotes im Wege stehen könnten.

(Zurufe von der CDU)

Im Wahlprogramm der CDU aus dem Jahre 2002 steht der schöne Satz: „... und garantieren, dass die Inbetriebnahme einer neuen Landebahn zwingend mit der Einführung eines Nachtflugverbots von 23 Uhr bis 5 Uhr einhergehen wird.“ – Das war der kraftvolle Roland Koch vor der letzten Landtagswahl.

Im August 2007 fing der Ministerpräsident an, eine Kurve wie ein Brummkreisel zu nehmen. Es begann im August 2007 in einem Interview mit der „Frankfurter Neuen Presse“. Zitat:

Nach den neuesten Lärmberechnungen, die ausdrücklich nicht von der Landesregierung stammen, kann jedoch sogar eine zunehmende Zahl von Starts und Landungen in der Nachtkernzeit stattfinden, ohne dass es für die Menschen in der Nachbarschaft des Flughafens lauter wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine war der kraftvolle Koch, und das andere ist der Roland Koch, der sagt: Es wird kein Nachtflugverbot geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Quatsch!)

Wir haben die Situation, dass die Entscheidung über die Planfeststellung näher rückt. Je näher diese Entscheidung rückt, desto mehr bemüht sich dieser Ministerpräsident, zu verschleiern, dass er dabei ist, sein Wort zu brechen. Wir haben Anfang dieser Woche im „Spiegel“ Folgendes lesen müssen:

... regierungsintern ist längst klar: Ein Verbot aller nächtlichen Starts und Landungen hat gegen die bereits angekündigten Klagen diverser Flugesellschaften keine Chance. Vermutlich, das zeigen Gutachten im Hessischen Verkehrsministerium, wird nach dem Ausbau sogar noch häufiger nachts geflogen als heute.

Weiter steht dort:

Die „Garantie“ des Regierungschefs für ein Nachtflugverbot sei juristisch nie viel wert gewesen, sagt auch Kochs ehemaliger Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) ... das habe er Koch immer gesagt.

Herr Ministerpräsident, ich bin ernsthaft der Meinung, das ist nicht nur politisches Geplänkel. Es gibt Menschen im Rhein-Main-Gebiet, die leiden schon jetzt unter dem immer weiter zunehmenden Fluglärm. Sie aber wollen, dass diesen Menschen 200.000 bis 400.000 zusätzliche Flugbewegungen am Tage über die Köpfe donnern, und versprechen, dass es im Gegenzug nachts ruhiger werden soll. Wir wissen aber schon jetzt, Sie werden Ihr Versprechen nicht halten. Es wird am Ende weiterhin geflogen werden.

Ich finde, die Öffentlichkeit und insbesondere die Menschen im Rhein-Main-Gebiet haben einen Anspruch darauf, zu wissen, ob Ihr Verkehrsminister in der letzten Legislaturperiode Ihnen schon immer gesagt hat, dass Ihr Versprechen juristisch nicht viel wert ist. Herr Ministerpräsident, die Menschen haben einen Anspruch darauf, zu

wissen, ob dieses Versprechen noch gilt oder ob Sie als Lügner dastehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Al-Wazir, das Wort „Lügner“ ist nicht parlamentarisch. Darauf haben wir uns einmal geeinigt. Wenn Sie „Lüge“ meinen, sollten Sie „Unwahrheit“ sagen.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Koch, die Menschen haben also einen Anspruch darauf, zu wissen, ob Sie die Unwahrheit verbreiten. Das macht es nicht besser.

Ich zitiere aus den Gutachten, die dem Hessischen Verkehrsministerium vorliegen. Die Fraport AG hat ein Gutachten bei Intraplan in Auftrag gegeben. In diesem Gutachten steht: „Der notwendige, unausweichliche Bedarf an Slots für den Zeitraum 23 Uhr bis 5 Uhr beträgt 37 Slots pro Nacht.“ Es gibt ein Gutachten der Technischen Universität Hamburg-Harburg, in dem es auf die Frage: „Wie sieht der Bedarf aus?“ – – Herr Rhiel, bleiben Sie sitzen. Ihr Herr Staatssekretär hat uns in vorausseilender Überlegung die Gutachten vorher zugeschickt, damit Sie sie mir nicht abnehmen müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Keine Angst, Herr Al-Wazir!)

Das Gutachten der Technischen Universität Hamburg-Harburg kommt zu folgendem Ergebnis: In der Mediationsnacht gibt es – als Prognoseergebnis – einen Bedarf von 71 planmäßigen Flugbewegungen. Es kommen 17 verspätete bzw. verfrühte Flugbewegungen hinzu. Das macht 88 Flugbewegungen innerhalb von 360 Minuten. Das bedeutet: alle vier Minuten ein Flugzeug. Wenn Sie das „Nachtflugverbot“ nennen, dann weiß ich nicht mehr, wie Sie die deutsche Sprache verstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Al-Wazir, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Diejenigen von der CDU, der SPD und der FDP, die den Ausbau immer befürwortet haben, müssen sich jetzt, hier und heute vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses die Frage stellen, ob angesichts dieser Tatsachen ein Planfeststellungsbeschluss „pro Ausbau“ noch möglich ist oder ob man nicht sagen müsste: Wir können unser Versprechen nicht halten. – Dann wäre die logische Konsequenz, auf den Ausbau zu verzichten.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um eine ernsthafte Debatte, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Boddenberg, CDU-Fraktion.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir, Sie sind der Letzte, der uns zu einer ernsthaften Debatte auffordern sollte.

(Beifall bei der CDU)

Den Klamauk, den Sie heute Morgen hier veranstaltet haben, erleben wir im Landtag mittlerweile seit neun Jahren. Herr Al-Wazir, wenn wir beide uns vor neun Jahren hingesetzt und die Szenarios der nächsten Jahre vorausgedacht hätten, die ein solches Verfahren mit sich bringen würde, hätten wir jeden einzelnen der Verfahrensschritte schon absehen können. Auch Sie hätten das tun können. Sie haben sich aber vor neun Jahren mit Ihren Parteifreunden hingesetzt und haben überlegt, wann Sie welche Inszenierung im Verlaufe dieses Verfahrens starten. Heute hat ein weiterer Teil des Ergebnisses dieser frühzeitigen Überlegungen der GRÜNEN stattgefunden – mit dem Ziel, möglichst viel Durcheinander zu veranstalten, möglichst viele Menschen zu verunsichern und zu verängstigen.

Meine Damen und Herren, hören Sie auf, den Anspruch zu erheben, dass nur Sie das Thema ernsthaft diskutieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie auch nicht!)

Die einzigen, die über das Thema Flughafen ernsthaft diskutieren, sind die Fraktionen, die sich zum Ergebnis der Mediation bekannt haben. Meine Damen und Herren, das sind nicht die GRÜNEN, sondern die anderen Fraktionen in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Herr Kaufmann, da Sie Redlichkeit angemahnt haben, wiederhole ich das, was ich Ihnen schon oft gesagt habe und was gestern der Kollege Hahn noch einmal vorgetragen hat. Sie bereiten einen systematischen Wahlbetrug vor.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die GRÜNEN schreiben in ihr Programm hinein: kein Ausbau. Die GRÜNEN schreiben in ihr Programm hinein: Wir fordern ein Nachtflugverbot. – Sie wissen spätestens seit der Anhörung zum Landesentwicklungsplan – Sie wissen es auch schon länger –, dass das definitiv nicht geht, Herr Kaufmann, weil die Antwort aller, die wir dazu befragt haben: „Ist die Einführung eines Nachtflugverbotes möglich, ohne dass man die Betriebsgenehmigung ändert, sprich: ohne dass man ausbaut?“, eindeutig gewesen ist: Nein, das ist nicht möglich. – Sie schreiben es wider besseres Wissen in Ihr Programm.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Herr Al-Wazir, Sie diskreditieren nicht nur das Verfahren. Sie diskreditieren alle, die am Mediationsverfahren teilgenommen haben – ausnahmslos alle. Sie diskreditieren alle, die sich als Teil des Ergebnisses des Mediationsverfahrens bereiterklärt haben, im medialen Dialogforum mitzuwirken. Sie haben sich verabschiedet. Die Bürgerinitiativen haben sich in weiten Teilen verabschiedet. Das

ist in dieser Debatte unredlich: Klamauk machen, nicht dabei sein, wo es darum geht, für die Menschen Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie diskreditieren auch Beamte des Landes Hessen. Sie diskreditieren die Beamten im Wirtschaftsministerium, die nur das tun, was sie von Rechts wegen tun müssen. Sie bereiten nämlich eine Abwägung in diesem Verfahren vor. Zu der Abwägung gehören solche Gutachten, wie Sie sie heute hier zitiert haben und wie sie übrigens den Sprechern der Fraktionen auch zugestellt werden.

Es ist gar nichts Besonderes, dass das im „Spiegel“ steht, weil auch andere Einsicht in diese Gutachten hatten – ob das der Bund ist, ob das die Lufthansa ist, ob das die Anwälte einiger Kommunen sind. Das ist alles sehr transparent und sehr öffentlich, und Sie versuchen immer wieder, den Eindruck zu erwecken, als würde hier etwas furchtbar Neues im Verlaufe dieses Verfahrens entdeckt werden.

Für die CDU-Fraktion – ich nehme an, auch für andere, die guten Willens sind, dass wir ein gutes Ergebnis haben – möchte ich sehr deutlich eines sagen. Es bleibt dabei, dass der Vorsitzende dieses regionalen Dialogforums, aber auch die Beteiligten in der Vergangenheit mutige Schritte gegangen sind, viel Prügel eingesteckt haben, aber – wie ich finde – ein tolles Ergebnis im Verlaufe dieses Verfahrens erreicht haben, das auch in die Überlegungen und Abwägungen der Planfeststellungsbehörde Eingang finden soll.

Wie Sie wissen, gibt es dort einen Ermessensspielraum. Der Hessische Landtag hat es mehrfach dokumentiert. Herr Al-Wazir, ich habe beide Beschlüsse mitgebracht, dass Sie sich bitte daran erinnern. Auch an diesen Beschlüssen haben Sie nicht teilgenommen. FDP, SPD und CDU sagen: Es bleibt beim Ergebnis des Mediationsverfahrens; es bleibt bei einem Nachtflugverbot. – Deswegen ist all das richtig, was der Ministerpräsident geschrieben hat. Aber der Ministerpräsident hat auch die Aufgabe, wie wir alle die Aufgabe haben, den Menschen zu sagen, was geht und was nicht geht.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Al-Wazir, wir wissen, dass es vom Grundsatz her um die Einführung eines Nachtflugverbotes geht. Das wissen wir seit dem Urteil des Leipziger Oberverwaltungsgerichtshofs. Jetzt geht es um die Frage: Was muss man tun, was muss eine Planfeststellungsbehörde unternehmen, was muss sie festschreiben, um ein Nachtflugverbot und den Ausbau rechtssicher zu machen? – Das haben wir hier so oft besprochen, dass Sie wissen, worum es hier geht, nämlich darum, dass es volkswirtschaftliche Interessen gibt, dass es Interessen der Airlines gibt, dass es Vorgaben des Gesetzgebers gibt

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht Ihnen jetzt auf?)

und dass es allen voran das Ruhebedürfnis der Menschen gibt, auf eine gute Lösung vertrauen zu dürfen. Diese Landesregierung, diese Landtagsfraktion der CDU, aber auch das Wirtschaftsministerium werden – davon bin ich sehr überzeugt – am Ende ein Ergebnis haben, mit dem die Menschen in dieser Region werden leben können. Das ist unser Ziel.

Ihr Ziel ist und bleibt, Klamauk zu machen, die Menschen zu verunsichern und zu verängstigen. Aber das verfängt nicht. Deswegen sind Sie heute so ärgerlich. Deswegen bringen Sie es wieder einmal als Aktuelle Stunde.

Ich schlage vor, wir reden dann noch einmal über diesen Punkt, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Die Öffentlichkeit wird daran ihre Entscheidung festmachen, auch bei der Landtagswahl am 27. Januar. Herr Al-Wazir, darauf vertrauen wir. Aber schon nahezu die Hälfte der grünen Wählerinnen und Wähler wissen, dass Sie Klamauk veranstalten, und sagen, dass Sie im Grundsatz mit dieser Entwicklung einverstanden sind. Sie sollten sich langsam von dem verabschieden, was Sie vor neun Jahren beschlossen haben, nämlich nur Knüppel zu werfen, nur zu verweigern, Arbeitsplätze in diesem Land infrage zu stellen, die wir dringend brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Das Wort hat der Abg. Posch, FDP-Fraktion.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Al-Wazir, Sie nehmen für sich und für die GRÜNEN häufig in Anspruch, rechtsstaatliche Prinzipien ernst zu nehmen. Sie werfen aber politische Diskussion und Verfahren völlig durcheinander, um nichts anderes zu bewirken, als die Leute auf gut Deutsch zu verkasern. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe in vielen Diskussionen versucht, Ihnen deutlich zu machen, um welchen schwierigen Prozess es bei dem Ausbau des Flughafens geht. Die FDP hat immer darauf hingewiesen, was sie politisch will. Zu diesen politischen Absichten steht sie nach wie vor. Herr Hahn hat gerade in der gestrigen Haushaltsdebatte sehr deutlich zum Ausdruck gebracht: Wir stehen zu dem Ergebnis der Mediation.

(Beifall bei der FDP)

Wir nehmen uns nicht irgendetwas heraus und verabsolutieren es, sondern wollen im Interesse dieser Region, dass dieser Flughafen ausgebaut wird. Meine Damen und Herren, wenn Sie meinen, auf diese Art und Weise, wie Sie das eben hier getan haben, einen Widerspruch zu konstruieren, dann kann ich nur auf das hinweisen:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den brauche ich nicht zu konstruieren!)

Verehrter Herr Al-Wazir, lesen Sie einmal das, was ich am 18. Mai 2000 gesagt habe. Damals habe ich gesagt:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Nachtflugbeschränkung wird zu Recht seit geraumer Zeit an verschiedenen Standorten und nicht zuletzt heute im Hessischen Landtag diskutiert. Ich fühle mich aber verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass dies letztlich eine Frage ist, die verbindlich nicht durch politische Voten entschieden werden kann.

Das haben Sie nie zur Kenntnis genommen, und Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind unehrlich, weil Sie der Bevölkerung genau dies nicht sagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir? Das ist aber eine Projektion! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– So ist es.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich will Ihnen auch sagen, was ich weiter gesagt habe:

Wir haben es mit einer Parallelität zweier Dinge zu tun, zum einen mit der politischen Diskussion mit den betroffenen Bürgern, mit den Unternehmen, die mit dem Frankfurter Flughafen zu tun haben, und mit der potenziellen Antragstellerin selbst. In dieser Diskussion lege ich Wert darauf, dass das Verfahren von der politischen Debatte unterschieden wird, die ich für richtig und notwendig halte, weil gerade die politische Debatte eine große Bedeutung bei der Planrechtfertigung hinsichtlich des Ob haben wird.

Ich fühle mich aber auch verpflichtet, Ihnen die Rechtslage darzustellen. Ich appelliere an Sie, in den Diskussionen mit den Bürgern darauf hinzuweisen, dass es einerseits eine politische Debatte gibt, andererseits aber auch ein rechtsstaatlich genau vorgesehenes Verfahren.

Genau diese Differenzierung nehmen Sie wider besseres Wissen nicht vor. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gerade jemand, der für sich in Anspruch nimmt, rechtsstaatliche Verfahren zu gewährleisten, für den ist das ein unwürdiges Spiel. Sie sind weiß Gott nicht der Sachwalter rechtsstaatlicher Prinzipien in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen hat der Kollege Boddenberg Recht. Das, was sich hier abspielt, ist ein ganz normaler Vorgang.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt das versprochene Nachtflugverbot, ja oder nein? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt das Verbot oder nicht?)

– Ach, Herr Al-Wazir.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Eine solche Arroganz, sich mit grundsätzlichen Fragen nicht auseinanderzusetzen und zu versuchen, die Menschen hinter das Licht zu führen, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es doch versprochen!)

Es ist nicht so, dass Sie das nicht wissen. Sie machen dieses Durcheinander ganz bewusst. Da sage ich einmal: Da geht es um wesentlich mehr als um den Flughafen. Sie sind für mich keine Partei, die den Namen oder das Wort „Rechtsstaat“ überhaupt in den Mund nehmen darf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich sage das in aller Deutlichkeit, Sie sind nicht nur diejenigen, die in diesem Lande dafür sorgen, dass wirtschaftlicher Aufschwung nicht möglich ist. Sie sind diejenigen, die in Wahrheit – –

(Fortgesetzte Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Einen Moment, Herr Abg. Posch. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wieder um Beruhigung, alle Seiten des Hauses.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin Sorge, ich bitte auch Sie, sich etwas zu mäßigen, und alle miteinander.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr müsst ein schlechtes Gewissen haben!)

– Herr Kollege Al-Wazir, jetzt habe ich das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

– Vielen Dank. – Herr Kollege Posch, bitte sehr, Sie können weitermachen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Deswegen will ich einmal auf das zurückkommen, was sich im Moment abspielt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat es versprochen?)

Herr Kollege Boddenberg hat zu Recht darauf hingewiesen, das ist ein ganz natürlicher Prozess.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Versprechen gebrochen wurden, ist ein natürlicher Prozess?)

Wir haben diese Zahlen zur Kenntnis genommen. Das ist in der Tat ein schwieriger Abwägungsprozess, der jetzt in der Genehmigungsbehörde vorgenommen werden muss. Aber auch diejenigen, die im rechtsstaatlichen Verfahren Einwendungen erheben, haben ein Recht darauf, ihre Einwendungen in dieser Weise vorzutragen. Es ist die schwierige Aufgabe, jetzt diese Abwägung vorzunehmen.

Ich sage Ihnen einmal eines. Im Gegensatz zu Ihnen – ich weiß nicht, wie sich die Sozialdemokraten darauf einlassen – hat dieser Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP aus Anlass der Diskussion über den Landesentwicklungsplan deutlich gemacht, welche Vorstellungen und welche Erwartungen er an die Landesregierung bzw. die Planfeststellungsbehörde hat. Er hat mit den Stimmen von Sozialdemokraten, CDU und FDP dann auch festgestellt: Zum anderen wird eindeutig klargestellt, dass der Landtag in keiner Weise beabsichtigt, in die Planfeststellungskompetenz des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und seiner eigenständigen Ermessensausübung einzugreifen.



**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Posch, Sie müssen jetzt dringend zum Schluss kommen.

**Dieter Posch (FDP):**

Ein letzter Satz. – Das haben wir gemeinsam beschlossen, und solche Beschlüsse gelten auch für Sie.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zur Geschäftsordnung hat sich der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet, Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle Anwesenden haben es soeben gerade gehört. Der Kollege Posch hat ausgeführt, dass die Partei der GRÜNEN das Wort „Rechtsstaatlichkeit“ nicht in den Mund nehmen dürfe. Meine Damen und Herren, diese Beleidigung akzeptieren wir nicht. Herr Posch, wir fordern Sie auf, hierher zu treten, sich dafür zu entschuldigen und das zurückzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was hat das mit Geschäftsordnung zu tun?)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat der Kollege Riege.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen wir unterbrechen und Ältestenrat machen!)

– Kollege Kaufmann, Sie haben nicht beantragt, den Ältestenrat einzuberufen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beantrage, den Ältestenrat sofort einzuberufen!)

Meine Damen und Herren, Herr Riege hat jetzt das Wort, und danach werden wir den Ältestenrat einberufen.

**Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was unser Versprechen betrifft, als Landtag das Verfahren mit Sachlichkeit und Transparenz zu begleiten, nachdem wir den ersten Beschluss dazu gefasst haben: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass wir unser Versprechen nicht halten, dann haben wir ihn heute erbracht. Aktuelle Stunden wie diese zum Anlass für die Forderung zu nehmen, dass weitere Gutachten – neben den ungezählten Gutachten, die wir zu diesem Verfahren schon haben – auf den Tisch kommen, halte ich nämlich für ein bisschen übertrieben.

Was ist denn geschehen? Warum haben wir heute einen Aktuelle Stunde? Wir haben dieses Thema praktisch in jeder Plenarsitzung auf der Tagsordnung. Manchmal verabschieden wir neue Anträge, in denen wir alte Feststellun-

gen noch einmal bekräftigen. Das können wir auch heute wieder machen.

Aber was ist denn der Anlass für diese Aktuelle Stunde? Das Ministerium fordert Gutachten an, um das prüfen zu können, was die Fluggesellschaften behaupten, nämlich dass sie durch das Nachtflugverbot existenziell bedroht werden. Das haben wir von den Vertretern der Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaften schon auf drei parlamentarischen Abenden zu hören bekommen.

Jetzt ist das Ministerium selbstverständlich verpflichtet, zu prüfen, ob die von diesen Fluggesellschaften vorgebrachten Bedenken hinsichtlich der Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen berechtigt sind oder nicht. Das ändert doch nichts daran, dass der Hessische Landtag das Mediationsergebnis umsetzen will und auch alle Anstrengungen unternimmt, um das hinzubekommen. Aber wir können hier nicht mehr machen, als Beschlüsse zu fassen, in denen wir das zum Ausdruck bringen. Wenn trotzdem jemand in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken versucht, wir würden das nicht schaffen, kann ich ihn nicht daran hindern.

Aber es ist doch völlig unstrittig, dass wir Landtagsabgeordnete während des Verfahrens immer wieder Folgendes deutlich gemacht haben – ich will das heute wiederholen; die Beschlüsse liegen vor, der letzte ist im Mai dazu gefasst worden –: Wir haben uns ausdrücklich dazu bekannt, dass wir das Mediationsergebnis umsetzen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Regionale Dialogforum Gutachten beigebracht hat, um alle möglichen Auswirkungen positiver und negativer Art darstellen zu können.

Aber wir gehen natürlich davon aus, dass am Ende dieses Verfahrens ein Abwägungsprozess stattfindet. Es ist noch nicht sicher, wer sich in diesem Prozess durchsetzt. Deswegen ist es auch ein Abwägungsprozess. Dieser wird dann noch einmal von mehreren Gerichten überprüft. Das heißt, es gibt die Garantie, dass auch die Mitglieder des kommenden Landtags den Ausbau des Flughafens in jeder Sitzung erneut infrage stellen können; denn der Ausbau wird, wie wir alle wissen, nicht schon im nächsten Jahr beginnen.

Deswegen empfehle ich sehr, dass wir uns als Mitglieder des Landtags darum bemühen, der Bevölkerung deutlich zu machen, welche Hürden zu nehmen sind, bevor es einen Ausbau gibt. Es wird hier so getan, als ob der Ausbau am 21. Dezember beginnen würde, wenn der Planfeststellungsbeschluss am 20. Dezember gefasst worden ist.

Wir haben dem, was wir als Mitglieder des Landtags im Verfahren zu sagen haben, nichts Neues hinzuzufügen. Wir bestehen darauf, dass das Mediationsergebnis im Planfeststellungsverfahren berücksichtigt wird. Wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt, wird sich der Hessische Landtag ganz sicher damit beschäftigen. Nur, bisher liegt er nicht vor, und deswegen gibt es für mich eigentlich keinen ernst zu nehmenden Anlass, schon heute über dieses Thema zu diskutieren, es sei denn, man geht davon aus, dass wir in jeder Landtagssitzung eine Stunde lang darüber sprechen wollen. Nach der Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses werden wir vermutlich Gelegenheit haben, uns mit dem Ergebnis auseinanderzusetzen.

Das heißt aber noch nicht, dass dann das Ende der Fahnenstange erreicht ist; denn dann gehen die Gerichtsprozesse weiter. Jeder weiß, dass bisher keiner der Beteiligten erklärt hat, er werde auf Gerichtsverfahren verzichten. Ich wünsche also den Mitgliedern des neuen Landtags gute Verrichtung in der Fortsetzung dieser Tradition. Wir

werden nichts anderes als das machen können, was wir die ganze Zeit gemacht haben; denn wir sind nicht die Herren dieses Verfahrens, sondern nur Beteiligte.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir als die gewählten Abgeordneten des Hessischen Landtags der Bevölkerung etwas mehr von dem vermitteln, was wir selbst in diesem Verfahren gelernt haben, nämlich dass es außerordentlich kompliziert ist und dass es Mühe macht, Transparenz zu schaffen.

Aber wenn wir solche Debatten wie heute Morgen führen, tragen wir in keiner Weise dazu bei. Dass die Leute Angst haben, wissen wir sehr wohl. Ich denke jedoch, wir als ernst zu nehmende Repräsentanten dieses Landes müssen uns Mühe geben, auf diese Ängste mit Erklärungen zum Verlauf des Verfahrens zu reagieren. Ich weiß nicht, ob solche Aktuellen Stunden dem Wunsch der Bevölkerung, Aufklärung zu erhalten, Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich weiß, dass der Begriff „Nachtflugverbot“ eine eminent emotionale Bedeutung hat, und deshalb wundere ich mich auch, dass er im Wahlprogramm der CDU nicht mehr enthalten ist. Herr Koch, das weckt Verdacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken, ob das der Sache dienlich ist. Grundsätzlich sage ich: Der Hessische Landtag ist Verfahrensbeteiligter – das will ich ganz deutlich machen –, aber nicht Herr des Verfahrens.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das steht drin!)

Wir haben einen Antrag der Fraport vorliegen, in dem es um eine Betriebsgenehmigung mit Nachtflugverbot geht. Was sollen wir als Abgeordnete des Landtags anderes machen, als uns hinter diesen Antrag zu stellen? Ich weiß gar nicht, was Sie von uns verlangen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Riege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Bernd Riege (SPD):**

Ich will den letzten Satz des Antrags, den wir im Mai gestellt haben, zitieren. Wir haben mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP Folgendes beschlossen:

Die Landesregierung wird gebeten, die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen des Regionalen Dialogforums, soweit es gesetzlich möglich ist, in die Planfeststellung zu übernehmen.

Das macht ganz deutlich, dass wir Beteiligter und nicht Herr des Verfahrens sind. Daran sollten wir immer wieder erinnern. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Wir haben vereinbart – ich habe das mit dem Geschäftsführer der Fraktion der GRÜNEN besprochen –, dass wir abwarten, bis wir den Protokollauszug haben. Der Protokollauszug wird sehr schnell erstellt. Herr Staatsminister Rhiel wird jetzt noch das Wort ergreifen, damit wir diesen Punkt abschließen können. Wir möchten aber, dass der

Ältestenrat nach der Beratung dieses Punktes schnell zusammentreten kann. Sind wir uns darin einig? – Danke sehr.

Herr Staatsminister Rhiel, Sie haben das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Riege für seine Worte außerordentlich dankbar;

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

denn er hat noch einmal deutlich gemacht, wie ernsthaft die Landesregierung und auch der größte Teil des Parlaments an diese Frage herangehen.

Für die Hessische Landesregierung möchte ich gleich zu Beginn feststellen: Wir halten unser Wort. Wir, die hessische Landesregierung, stehen nach wie vor zu unserer politischen Aussage, dass das Ergebnis der Mediation – Herr Riege hat es eben noch einmal gesagt – die Grundlage aller politischen Überlegungen und der verwaltungsrechtlichen Entscheidung über den von der Fraport beantragten Ausbau des Frankfurter Flughafens darstellt.

Vielleicht sollte ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen: Wenn Sie den Herrn Ministerpräsidenten persönlich ansprechen, bedenken Sie, dass er damals den Antrag mit seinem Inhalt – Nachtflugverbot, Mediationsnacht – in seiner Funktion als Ministerpräsident, aber auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrats entscheidend mit auf den Weg gebracht hat. Wir stehen nach wie vor zu dieser Grundlage.

Es ist uns bewusst, dass in dem laufenden Planfeststellungsverfahren die Frage einer möglichen Nachtflugbeschränkung und eines prinzipiellen Nachtflugverbots in der sogenannten Mediationsnacht viele Menschen in der Region nach wie vor bewegt. Zu Recht erwarten die Menschen in der näheren Umgebung des Frankfurter Flughafens ein qualifiziertes Lärmschutzkonzept für den Fall des Ausbaus.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir erwarten ein Nachtflugverbot, denn das ist versprochen!)

Herr Kaufmann, zu Recht erwarten aber auch all jene in der Region, die am Flughafen arbeiten, die den Flughafen und seine Infrastruktur nutzen und aufgrund ihrer privaten und beruflichen Belange auf ihn angewiesen sind, von der Landesregierung, dass sie optimale und verlässliche Rahmenbedingungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und zur Förderung zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten schafft.

Dass diese Forderungen nicht immer miteinander in Einklang zu bringen sind, liegt in der Natur der Sache. Wir befinden uns in einem Entscheidungsprozess, in dem wir all das gründlich und verantwortungsvoll gegeneinander abwägen. Das dauert bis zum Ende dieses Verfahrens.

Die Aufgabe meines Hauses ist es nun, im Rahmen des luftverkehrsrechtlichen Planfeststellungsverfahrens alle von dem Vorhaben betroffenen Belange zu ermitteln, zu bewerten und gegeneinander abzuwägen. Ich möchte noch einmal betonen: Erst am Ende dieses Prozesses treffe ich nach Recht und Gesetz sowie in Kenntnis der politischen Erwartungen und auch der politischen Be-

schlüsse dieses Landtags die Entscheidung über den Antrag der Fraport.

Würden wir jetzt – das wollen Sie mit Ihrem Antrag provozieren – in Ignoranz der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts das umfassende Abwägungsgebot missachten, indem wir einzelne Aspekte nicht vollständig ermitteln, würden wir fahrlässig und unverantwortlich handeln

(Beifall des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

und, wie es vielleicht Ihre Absicht sein mag, das Scheitern des Planfeststellungsbeschlusses vor Gericht programmieren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ganz sicher vor Gericht!)

Das ist, wie Sie wissen, natürlich nicht unser Ziel, sondern wir wollen ein verlässliches und gerichtsfestes Verfahren und eine ebenso verlässliche und gerichtsfeste Entscheidung haben.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund hat es mein Haus, trotz der Vielzahl der von der Fraport im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens in Auftrag gegebenen Gutachten – Sie haben es angesprochen –, für geboten erachtet, zu einigen Aspekten ergänzende Informationen und verschiedene Gutachten, von uns „Qualitätssicherungsgutachten“ genannt, einzuholen und damit eine noch verlässlichere Grundlage für die Abwägung zu schaffen.

Übrigens ist das der übliche Verlauf und das adäquate Vorgehen in einem solchen Verfahren und, wie Sie erkennen mögen, Zeichen eines verantwortungsvollen Handelns.

Die in diesem Zusammenhang vom Ministerium in Auftrag gegebenen Gutachten wie auch die von Ihnen eben angesprochenen Bedarfsprognosen sind Teil der Verfahrensunterlagen.

Warum sage ich dies? – Die Ergebnisse dieser Gutachten und alle anderen Erkenntnisse und Eingaben sind in die noch laufende Prüfung und Abwägung einzustellen. Aufgabe meiner Mitarbeiter ist es nun, dies alles materiellrechtlich zu würdigen und mit dem gebotenen Gewicht in die Gesamtabwägung und Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Deshalb ist es von der Sache her unmöglich und kann auch logisch nicht möglich sein, eine 1 : 1-Übernahme der Ergebnisse einzelner Gutachten vorzunehmen. Herr Kaufmann, das aber wollten Sie suggerieren. Das lässt aber schon allein die Logik nicht zu – bei unterschiedlichen Gutachten mit unterschiedlichen Werten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben nichts suggeriert! Sie haben etwas versprochen, darum gehts! Wenn Sie etwas versprochen haben, müssen Sie es halten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich nochmals betonen: Diese Gutachten sind Teil des noch laufenden Verfahrens. Herr Kaufmann, all diese Gutachten können wie die Verfahrensunterlagen insgesamt, auch die mit Umweltbezug, nach dem Umweltinformationsgesetz von jedermann in unserem Hause eingesehen werden. Man muss nur einen Antrag dafür stellen.

Von diesem Recht haben viele Gebrauch gemacht, auch Sie und die Anwälte verschiedener Verfahrensbeteiligter. Meine Damen und Herren, ich glaube, da gehört jetzt nicht viel Fantasie dazu, um den Weg herauszufinden, auf dem solche Unterlagen dann in die Medien gelangen, hier in den „Spiegel“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines aber will ich deutlich sagen: Ihr Vorwurf, die Landesregierung würde mit Informationen hinter dem Berg halten, ist deswegen ebenso haltlos wie Ihr Vorwurf, wir würden „dubiose“ – so haben Sie es formuliert – Planspiele betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solche Aussagen von Ihnen könnte man einfach als lächerlich abtun. Aber ich habe es zu Beginn gesagt: In dieser Situation, in der Menschen auf dieses Verfahren schauen, Menschen, die vor Veränderungsprozessen Angst haben

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

und Widerstände entwickeln, die sich aus rationalen und emotionalen Gründen ergeben, dürfen wir, Herr Kaufmann, nicht den Fehler machen, aus billiger politischer, parteipolitischer Opportunität bewusst Unwahrheiten zu sagen. Das ist unverantwortliches Verhalten. Meine Damen und Herren, daran sollten Sie sich erinnern.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen Ihr Versprechen halten, darum geht es!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, ein freundschaftlicher Hinweis: Die Fraktionsredezeit ist schon etwas überschritten.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all die Aussagen über die Zahlen, die es im Ausbaufall geben wird – in der Nacht, beispielsweise auch in der Mediationsnacht –, sind durch nichts gerechtfertigt, wie ich das Ihnen vorge tragen habe.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, null ist versprochen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung steht zu ihrer Infrastrukturentscheidung zugunsten des Frankfurter Flughafens. Diese Entscheidung ist wesentlich für die Sicherung und Entwicklung des Standorts Hessen. Darüber haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen ausführlich diskutiert.

Wir wägen verantwortlich alle Aspekte ab, auch die berechtigten Interessen des Lärmschutzes. Wir organisieren nicht nur ein nachvollziehbares Verfahren, sondern aufgrund der Kenntnisse der Details dieses Verfahrens bin ich davon überzeugt, dass wir nicht nur eine verantwortliche Entscheidung treffen, sondern – vor allem im Hinblick auf die Abwägung aller Aspekte – eine zukunftsorientierte Entscheidung, auch für die Menschen, die einen optimalen Lärmschutz anstreben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat in den Raum 107 ein.

(Unterbrechung von 9.40 bis 10.01 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, wir wollen die Sitzung fortsetzen. Ich teile Ihnen mit, dass der Ältestenrat auf Antrag der Fraktion der GRÜNEN getagt hat, dass wir die Angelegenheit besprochen haben und jetzt die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 59 fortsetzen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 59** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Rauchverbot in Hessen – aktuelle Situation der hessischen Gastwirte) – Drucks. 16/8094 –**

Wer spricht für die FDP? – Herr Kollege Florian Rentsch, bitte sehr.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Plenarsitzung geht weiter, was mich freut. Aber das Thema, das wir hier zu besprechen haben, ist leider kein Thema, das die Hessen zurzeit sehr erfreut. Es geht um das Rauchverbot, das Schwarz, Grün und Rot in diesem Landtag erlassen haben.

Frau Ministerin Lautenschläger ist nicht da, deshalb spreche ich Sie an, Herr Krämer, Herr Ministerpräsident. Wir haben genau die Situation vorhergesagt, die wir heute haben. Sie wollten nicht hören. Wie ein trotziges Kind hat Frau Ministerin Lautenschläger dieses Gesetz durchgepeitscht – bei allen fundierten Bedenken, die wir, die Fachleute und die Gastronomen in diesem Land vorgebracht haben. Sie wollte nicht hören.

Wir Freie Demokraten haben von Anfang an dafür plädiert, dass wir zum Nichtraucherschutz in Hessen die sogenannte Kennzeichnungspflicht einführen, wie sie auch in Spanien vorhanden ist. Diese Kennzeichnungspflicht sorgt dafür, dass Gaststätten mit einem einfachen Schild – einem Raucher- oder einem Nichtraucherzeichen – gekennzeichnet werden und so die Menschen wissen, ob sie sich der Gefahr des Passivrauchens aussetzen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die Botschaft heißt: freie Wahl für Wirte und Gäste. Nein, das war Ihnen zu einfach und zu unbürokratisch. Deshalb haben Sie es abgelehnt. Sie wollten die volle Gesetzeskeule, und nun haben wir das Problem. Hunderte von kleinen Kneipen stehen vor dem Aus. Sie machen ein Kulturgut in diesem Land kaputt, und das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der FDP)

Wachen Sie auf, tun Sie etwas dagegen, dass viele kleine Kneipen schließen müssen, weil sie keine Gäste mehr haben. Tun Sie etwas dagegen, und reden Sie nicht nur darüber.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, es ist nachvollziehbar, dass die DEHOGA und viele kleine Gastwirte in den letzten Wo-

chen auf die Straße gegangen sind, um für die Kennzeichnungspflicht zu werben,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

um mit vielen Aktionen klarzumachen: „Tote Kneipe bedeutet tote Stadt.“

(Beifall bei der FDP)

Diese Aktion, die in Frankfurt vonstatten geht, von Luzie Hartel angeführt, zeigt zu Recht zwei Dinge. Erstens. Viele kleine Kneipen können keinen Raucherraum abtrennen. Sie können keine Mauer durch ihre Theke ziehen. Das zeigt, dass das Gesetz einfach schlecht gemacht ist.

Zweitens. Wo sind all die Nichtraucher, die den Kneipen von Schwarz, Rot und Grün versprochen worden sind und die jetzt angeblich in diese Kneipen gehen? Wo sind sie?

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Peter Beuth und Hartmut Honka (CDU): Hier, hier!)

Herr Kollege Wintermeyer, die Kneipen sind leer. Wir haben es Ihnen gesagt, Sie wollten nicht hören. Die Kneipen gehen in Hessen kaputt.

Meine Damen und Herren, die Situation wird da verschärft, wo die Kneipen an Grenzen zu anderen Bundesländern liegen, die keine Regelung haben, wie z. B. Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen. Dorthin gehen hessische Gäste, wenn sie abends eine Zigarette rauchen und ein Bier trinken wollen. Hessische Kneipen bleiben leer. Das kann nicht die Antwort des Hessischen Landtags sein.

(Beifall bei der FDP)

Besonders interessant wäre es für den Wirtschaftsminister – er scheint auch draußen seine Zigarette zu rauchen, wie der Rest der Regierungsbank.

(Axel Wintermeyer (CDU): Er ist Nichtraucher!)

Der Wirtschaftsminister macht Programme, um die Innenstädte zu beleben.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Sozialministerin macht Gesetze, um die Innenstädte zu entvölkern.

(Beifall bei der FDP)

Das ist grandios. Deshalb würden wir uns angesichts dieser Stadtgestaltung der besonderen Art, die Sie, Herr Kollege Krämer, da vortragen, vom Wirtschaftsminister eine Stellungnahme dazu wünschen, wie er als der Minister, der für das Gastgewerbe zuständig ist, in diesem Land handeln will. Auch das ist ein Skandal.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist vor allem ein Wirtschaftsthema. Herr Kollege Boddenberg, wollen Sie denn wirklich die Kneipenkultur in Hessen vorsätzlich zerstören?

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist albern! – Dr. Thomas Spies (SPD): Gleich fangen wir alle an zu weinen, Herr Rentsch!)

Wollen Sie, dass viele kleine Wirte zu Hartz-IV-Empfängern werden? Wollen Sie Innenstädte abends entvölkern und viele Gäste einer Raucherkneipe entmündigen?

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie entvölkern die Innenstädte mit dem Ladenschlussgesetz, weil jetzt alle in die Supermärkte fahren! Aber doch nicht mit dem Rauchverbot!)

Das kann nicht ernsthaft Ihre Politik sein.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Deshalb werden die Freien Demokraten diese Frage in einer möglichen Koalition zum Thema machen. Herr Kollege Boddenberg, das können wir Ihnen ankündigen.

(Beifall bei der FDP)

Freuen Sie sich, viele Kneipers und Gäste in Hessen freuen sich mit uns. Wir werden für die Kennzeichnungspflicht kämpfen. Unser Minimalziel ist, dass wir eine schnelle Lösung für diese Kleinkneipen finden. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie Sie an Ihren trockenen Plätzen, dass die Kleinkneipen in Hessen sukzessive kaputtgehen und die Menschen Insolvenz anmelden müssen. Das wird es mit der FDP in Hessen nicht geben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was sagt der Bouffier dazu?)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Norbert Schmitt (SPD): Das dauert nur eine Zigarette!)

Wir sind frohen Mutes, dass wir diese Position zumindest zur Lösung der Situation der Kleinkneipen durchsetzen können.

Viele in der Union waren hinter vorgehaltener Hand für unsere Position. Mittlerweile sind es einige nicht mehr hinter vorgehaltener Hand, sondern ganz öffentlich. Wir freuen uns, dass einige Unionschristen, prominente Unionschristen, mittlerweile öffentlich sagen: Die Freien Demokraten haben recht, und ich will auch nicht zusehen, wie viele kleine Kneipen kaputtgehen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben der Landesregierung einen kleinen Merkzettel gebastelt, auf dem steht, was Volker Bouffier beim Sportpresseball in Frankfurt vergangene Woche gesagt hat:

Ich bin dafür, dass die Ein-Raum-Kneipen eine Ausnahmeregelung erhalten und selbst bestimmen können, ob sie Raucher bzw. Nichtraucherbetrieb sind.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Hört, hört!)

Recht hat der Mann.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden diesen Merkzettel Herrn Krämer übergeben. Sie sind der Verantwortliche dafür. Das Motto sollte heißen: Nicht reden, sondern handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat Frau Kollegin Schulz-Asche, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ältestenrat!)

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ach, Herr Hahn, jeder macht sich so lächerlich, wie er kann.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert. Die Familienstrukturen haben sich verändert. Die Zahl der Nichtraucher hat ständig zugenommen. Die Situation in den kleinen Kneipen war so, dass seit Jahren Umsatzrückgänge zu verzeichnen waren. Trotzdem sind Kneipen nach wie vor Orte der Geselligkeit, und zwar für Raucher und Nichtraucher.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin davon überzeugt, darüber herrscht auch Einigkeit hier im Hause, dass Kneipen dies auch bleiben sollen und bleiben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen aus anderen Ländern mit einer ausgeprägten Kneipenkultur wie bei uns, dass der Nichtraucherschutz nur kurzfristig dazu geführt hat, dass der Umsatz zurückging. Der Umsatz ist dann wieder angestiegen und liegt teilweise heute weit über dem, was vor Einführung des Nichtraucherschutzes der Fall war.

(Lachen bei der FDP)

Man muss sich ab und zu auch informieren und nicht nur polarisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Der hessische Nichtraucherschutz ist seit dem 1. Oktober dieses Jahres in Kraft. Wir können feststellen, dass er sich in öffentlichen Gebäuden bewährt hat und in Restaurants zu einer Zunahme von Lebensqualität gekommen ist. Wir müssen aber auch feststellen, dass es in einigen Bereichen zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Das ist vor allem bei kleinen Kneipen der Fall. Es gibt tatsächlich Ein-Raum-Kneipen, die zufällig nicht die Raumgröße oder die Möglichkeit haben, Raucherräume einzurichten. Hier finden Wettbewerbsverzerrungen statt, weil andere kleine Kneipen, die die Möglichkeit dazu haben, davon profitieren. Das muss in Angriff genommen werden. Wir nehmen die Ängste der Gastwirte sehr, sehr ernst.

Was wir aber nicht ernst nehmen, ist, dass die FDP versucht, sich bei diesem Thema als Freiheitskämpfer hochzustilisieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir sind es! – Lachen bei der SPD – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten!)

Dann lassen Sie uns doch einmal einen Blick auf die Regierungsbeteiligung der FDP in verschiedenen Bundesländern werfen und dann das Versprechen, dass Sie hier eben gegeben haben, abwägen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen: Koalition aus CDU und FDP. Der vorliegende Entwurf entspricht dem, was in Hessen beschlossen wurde.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Baden-Württemberg: Koalition aus CDU und FDP. Der Nichtraucherschutz ist am 01.08. dieses Jahres in Kraft getreten.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Niedersachsen: Koalition aus CDU und FDP. Der Nichtraucherschutz ist am 11. Juli dieses Jahres in Kraft getreten. Dieses Gesetz geht noch über das hinaus, was hier in Hessen beschlossen worden ist.

Das ist das, was Sie hier verkaufen und bei dem Sie versuchen, zu polarisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der FDP)

Daraus kann man doch nur den Schluss ziehen: Die Beschwörung der angeblichen Freiheit von Rauchern und Gastwirten endet da, wo es um Ministerposten der FDP geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, auch im Interesse der betroffenen Gastwirte: Hören Sie mit dieser billigen Polarisierung im Wahlkampf auf. Sie tun damit den Gastwirten keinen Gefallen. Lassen Sie uns in Ruhe darüber diskutieren, wie wir den Nichtraucherschutz mit den verschiedenen ökonomischen Interessen der kleinen Kneipen in Verbindung bringen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ausgerechnet gemeinsam! – Florian Rentsch (FDP): Wir haben diskutiert, Sie wollten nicht zuhören!)

So, wie Sie dieses Thema im Moment fahren, polarisieren Sie die Gesellschaft.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Auch die Nichtraucher haben ein Recht auf Schutz. Das dürfen wir nicht hinten anstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Jeder hat auch das Recht, zu rauchen!)

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie anfängt, die Freiheit von anderen einzuschränken. Das ist der Konsens gewesen, den wir hier in großem Maß erreicht haben. Von diesem Konsens hat sich die FDP verabschiedet. Sie polarisieren in einer Situation des Wahlkampfes. Sie nutzen damit den Gastwirten überhaupt nicht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat Herr Dr. Spies, SPD-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Ex-Junkie!)

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme aus Marburg, und Marburg ist eine Stadt mit einer sehr ausgeprägten Kneipenkultur,

(Florian Rentsch (FDP): Die Gastwirte lieben Sie dort!)

mit einer ausgeprägten gastronomischen Kultur, die sich insbesondere durch kleine Kneipen auszeichnet. Meine Gänge durch die Marburger Innenstadt können dieses Lamento, dieses laut vorgetragene Wehklagen der FDP in keiner Weise verifizieren.

(Florian Rentsch (FDP): Die lassen Sie doch gar nicht mehr rein in Marburg!)

– Herr Rentsch, ich weiß nicht, in welche Kneipen Sie gehen. Die, in die ich gehe, haben Ihr Problem nicht.

Es gibt ohne Zweifel ein paar kleine gastronomische Betriebe, die im Oktober geringe, maßvolle Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatten. Frau Schulz-Asche hat darauf hingewiesen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was ist maßvoll? – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Jeder hat es vorher gewusst. In allen Ländern, in denen zuvor Nichtraucherschutz eingeführt wurde, ist ein solches vorübergehendes kurzfristiges Phänomen eingetreten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es geht um Existenzen! – Weitere Zurufe von der FDP)

Man muss sich die Geschichten ein bisschen genauer betrachten. Auch ich habe so einen Brief von einem Gastwirt bekommen, der mir schildert, wie fürchterlich der Nichtraucherschutz seinem gastronomischen Betrieb geschadet habe. Er habe 300.000 € investiert, vor Einführung des Nichtraucherschutzes habe er 10.000 € Umsatz gemacht, nachher 3.000 €. Dann habe ich genauer hingesehen und festgestellt, dass er erst am 1. September eröffnet hat. Im ersten Monat hat er den Laden voll gehabt, und im zweiten ist keiner mehr hingegangen.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist unfassbar!)

Meine Damen und Herren, das sind ganz fragwürdige Beispiele. Die Wahrheit lautet: Das muss man in Ruhe betrachten, und man muss schauen, ob es solche Probleme tatsächlich gibt, die von nachhaltiger Bedeutung sind. Zum jetzigen Zeitpunkt muss man tief durchatmen, denn bis die Nichtraucher – das wussten zuvor alle – die ehemals so verqualmten Kneipen wieder aufsuchen, kann ein paar Tage dauern. Ich bin aber sicher, dass wir zuversichtlich sein können.

Herr Rentsch, was ist das für ein Freiheitsbegriff? Ich sage Ihnen, die FDP ist die Partei der Freiheitseinschränker. Sie schränkt die Partei der Nichtraucher, der Kinder, der Schwangeren und all derjenigen ein, die gern eine Kneipe aufsuchen würden, dies aber aus guten Gründen nicht können. Die FDP ist die Partei der gesunden Besserverdiener und sonst gar nichts. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir stellen fest: Das ist ein erfolgreiches Gesetz und hat sich in den öffentlichen Gebäuden bewährt. Es ist in allen Speisegaststätten erfolgreich. Es gibt an einer Vielzahl von Orten eine große Zu-

friedenheit mit diesem Gesetz – mit nur ganz wenigen Ausnahmen.

(Florian Rentsch (FDP): Raus aus dem Landtag!)

Wenn wir Plakate anbringen, dann sollten es die richtigen sein, und zwar mit dem folgenden Warnhinweis: Diese FDP gefährdet Ihre Gesundheit! – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Caspar für die CDU-Fraktion.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Herr Kollege Caspar, einen Moment, bitte.

(Zurufe des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Kollege Hahn, meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe. Nehmen Sie sich selbst etwas ernst. Herr Kollege Caspar hat das Wort.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun ist das Gesetz bereits sechs Wochen lang in Kraft, und schon gibt es eine Fraktion, die der Meinung ist, man könne es beurteilen. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass wir am 27. Januar Landtagswahl haben.

(Florian Rentsch (FDP): Nein, es klappt einfach nicht!)

Bei einer seriösen Überprüfung dieses Gesetzes sowie einer seriösen Betrachtung seiner Auswirkungen würde man normalerweise ein paar Monate ins Land gehen lassen; und man würde im Anschluss in aller Ruhe fragen: Welche Auswirkungen gibt es? Müssen wir Änderungen machen oder nicht?

In der Art und Weise, wie es vorgebracht wird, kann man erkennen, dass dies bewusst zum Wahlkampfthema gemacht werden soll.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist die Koalitionsfrage der FDP!)

Das dient der Sache nicht. Wir hatten bei solch einer gesetzlichen Maßnahme natürlich Eingriffe in das Grundrecht abzuwägen. Da ging es um das Recht der persönlichen Entfaltung, die unternehmerische Freiheit sowie um die Unverletzlichkeit der Gesundheit der betroffenen Personen. Während dieses Abwägungsprozesses hat die Konferenz der Ministerpräsidenten eine Regelung getroffen und dies bundesweit einvernehmlich geregelt. Das Land Hessen hat diese Regelung entsprechend umgesetzt.

Sie müssen sich natürlich sagen lassen, dass die FDP in den Bundesländern, in welchen sie mitregiert – sei es in Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, wo dies nun in der ersten Lesung verabschiedet wurde –, der Meinung ist, dass das, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben, vernünftig sei. Die FDP sagt dort: „Wir setzen das in unseren Ländern um.“

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich bin sehr gespannt, wie die hessische FDP agieren würde, wenn sie dies umzusetzen hätte. In anderen Bundesländern, dort, wo die FDP mit an der Regierung

ist, wurde diese Regelung – wie bereits gesagt – übernommen.

(Zurufe von der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Gebt ihnen etwas zu rauchen, damit sie ruhiger werden!)

Ich weiß nicht, ob Sie das, was Sie nun zum Wahlkampfthema erhoben haben, auch glaubwürdig rüberbringen können. Dennoch müssen Sie sich diese Frage stellen lassen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ein weiterer Punkt, der an dieser Stelle natürlich erwähnt werden muss, ist, dass im Ausland mit diesen Dingen bereits Erfahrungen gesammelt wurde. Es gibt viele Länder, in welchen wir bereits über lange Erfahrungen verfügen – im Gegensatz zu den sechswöchigen Erfahrungen, die wir in Hessen gesammelt haben. Hierbei geht es zum einen darum, wie sich dies auf die Entwicklung der Arbeitsplätze in der Gastronomie auswirkt. Denn in Irland gab es den Effekt, dass es in den ersten vier Monaten nach der Einführung dieser Regelung einen Beschäftigungsrückgang von 1 % gegeben hat. Bereits nach Ablauf eines Jahres gab es in der Gastronomie wieder 3 % mehr Beschäftigte, d. h.: Es gibt zwar einen kurzfristigen Effekt, der aber nicht langfristig ist.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen geht es darum, wie sich diese Regelung auf die Gesundheit auswirkt. Darum geht es uns im Besonderen. Herr Rentsch, Sie wissen, dass das Fehlen eines Nichtraucherschutzes damit in Verbindung gebracht wird, dass es in Deutschland pro Jahr 3.000 Tote gibt. Wenn Sie sich einmal kundig machen wollen, dann werden Sie feststellen, dass es in Italien und Großbritannien Untersuchungen gibt, die besagen, dass die Anzahl der Herzinfarkte nach der Einführung des Gesetzes um 11 % zurückgegangen ist. Das heißt: Es geht tatsächlich um Menschenleben.

Sie wissen auch, dass das Lungenkrebsrisiko von den Menschen, die sich in rauchbelasteten Räumen aufhalten, um 20 % höher ist, als von jenen, die sich in solchen Räumen nicht aufhalten. Das sind Aspekte, die man aus Gründen des Wahlkampfs nicht einfach vom Tisch wischen kann. Es geht um Menschenleben, und das sollte hier mit der notwendigen Ernsthaftigkeit betrachtet werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die Theorie vertreten, man müsste vor Restaurants Schilder anbringen, dann finde ich es putzig, dass dieser Vorschlag gerade von Ihrer Partei kommt, denn Herr Posch hat sich immer dafür eingesetzt, dass es weniger Schilder geben sollte. Sie wollen aber nun vor jedes Restaurant ein Schild hängen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nicht, dass es besonders sinnvoll ist, derart vorzugehen. Gleichwohl nehmen wir die Probleme sehr ernst, die sich in den Kneipen abspielen. Ich selbst habe in den letzten Wochen in meinem Wahlkreis einige Kneipen besucht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Viele teilen kleine Bereiche ab, da es noch keine Vorschrift gibt, die besagt, dass eine Räumlichkeit besonders groß sein müsse. Ich kann Ihnen Beispiele zeigen, wo in

Restaurants zwei Bereiche durch eine Rigipswand abgetrennt und mit einer Tür versehen worden sind, sodass für diejenigen, die rauchen wollen, eine Möglichkeit vorgesehen ist.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Caspar, Sie müssen, bitte, langsam zum Schluss kommen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lassen Sie Herrn Bouffier die Frage beantworten!)

**Ulrich Caspar (CDU):**

Herr Hahn, wenn Sie von Herrn Bouffier eine Frage beantwortet haben wollen, dann stellen Sie ihm diese. Diese Möglichkeit haben Sie. Ich kann in diesem Zusammenhang lediglich erwähnen, dass das Zitat, das Sie genannt haben, unvollständig ist. Wenn Sie ihn zitieren, dann sollten Sie auch erwähnen, was er hierzu noch im Anschluss gesagt hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann sagen Sie es doch!)

Er hat nämlich noch einen Hinweis zu den rechtlichen Möglichkeiten gegeben, und er hat gesagt, warum diese so sind.

Meine Damen und Herren, wenn man ein Gesetz auf den Prüfstand stellen will, dann ist das in Ordnung. Das kann man machen. Wenn man das aber bereits sechs Wochen nach der Einführung tut, dann kann jeder erkennen, dass es hierbei nicht um eine ernsthafte Prüfung, sondern um eine bloße Wahlkampfmasche geht. Deshalb bin ich nicht der Meinung, dass Sie hierfür eine ernsthafte Unterstützung bekommen werden. Dennoch schließen wir überhaupt nicht aus, dass wir dieses Gesetz, nachdem wir es einige Monate in der Anwendung hatten, überprüfen werden.

(Florian Rentsch (FDP): Dann sind die Kneipen kaputt!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Caspar, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Ulrich Caspar (CDU):**

Wir haben daher in das Gesetz eine Innovationsklausel aufgenommen, sodass neben der räumlichen Abgrenzung auch durch technische Verfahren sichergestellt werden kann, dass die Nichtraucher nicht belastet werden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatssekretär Krämer.

**Gerd Krämer, Staatssekretär im Sozialministerium:**

Herr Präsident, Meine Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatssekretär, einen Moment, bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich um Ruhe. Herr Kollege Rentsch, hören Sie nun auf, mit Ihrem Handtuch – oder was das sein mag – zu wedeln. Bitte, seien Sie so lieb. Wenn ich heute gewusst hätte, wie Sie sich anstellen, dann wäre ich heute Morgen überhaupt nicht gekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Seien Sie bitte wieder ein wenig vernünftig. – Herr Staatssekretär Krämer, Sie haben das Wort.

**Gerd Krämer, Staatssekretär im Sozialministerium:**

Danke schön, Herr Präsident. Nachdem Sie diese ernsthafte Drohung ausgesprochen haben, hoffe ich, dass jetzt Ruhe in den Saal kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tatsache, dass sich 16 Länder darauf geeinigt haben, möglichst einheitliche Vorschriften zum Nichtraucherschutz in jeweiliges Landesrecht zu packen, ist auf einige handfeste Fakten zurückzuführen, die niemand leugnen kann: erstens die wissenschaftliche Erkenntnis über die Schädigung durch Passivrauchen, die je nach Intensität, in der der Passivraucher diesem Rauch ausgesetzt ist, auch unterschiedlich gefährlich ist, zweitens die wachsende Zustimmung zu Rauchfreiheit in weiten Teilen der Gesellschaft, was man an Umfragen messen kann

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– die Zustimmung ist von 53 % im Jahr 2005 auf 67 % im Frühjahr dieses Jahres gestiegen; übrigens gibt es selbst bei FDP-Anhängern 64,6 % Zustimmung zu rauchfreien Gaststätten –, und drittens die internationale Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Liebe Frau Vizepräsidentin, Sie sind in der Lage, sich zu Wort zu melden oder eine Kurzintervention zu machen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das geht beides nicht!)

Ich habe das Mikrofon und bin doch besser hörbar.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist in Ordnung!)

Die europäische und internationale Entwicklung lässt uns zumindest nicht ganz unbeeinflusst: ob Sie nach Italien schauen, nach Irland, nach England, nach Frankreich oder auch in die USA, die das zum Teil schon seit 2003 in einigen ihrer Staaten praktizieren.

Meine Damen und Herren, außerdem ist die gesicherte Erkenntnis Fakt – das war auch der zentrale Punkt in der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses über das Thema Nichtraucherschutz –, dass insbesondere Beschäftigte in der Gastronomie einem signifikanten, statistisch messbar höheren Risiko, nicht nur an Lungenkrebs – da redet man von durchschnittlich 20 %; ich glaube, da hört jeder Spaß auf –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



sondern auch an Atemwegserkrankungen oder Allergien und ähnlichen Erkrankungen zu erkranken, ausgesetzt sind.

Meine Damen und Herren, am Anfang gab es auch einen ganz breiten Konsens im Haus zum Thema Nichtraucher-schutz. Dass wir Verwaltungen, Rathäuser, Bahnhöfe usw. in das Gesetz einbeziehen, war klar.

(Nicola Beer (FDP): Öffentliche Räume und keine privaten! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was meint der Innenminister dazu?)

Nur beim Thema Gaststätten gibt und gab es Meinungs-unterschiede. Es ist doch auch ganz normal, dass man das diskutieren kann. Am Anfang eines Diskussionsprozesses gibt es in allen Parteien unterschiedliche Meinungen dazu, ob man durch eine Deklarationspflicht, durch ge-sonderte Räume, wie wir es jetzt im Recht kodifiziert ha-ben, oder andere Regelungen versuchen kann, beiden Interessen gerecht zu werden. Diese Abwägung ist doch überhaupt nichts Schlimmes.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Am Anfang haben wir darüber diskutiert, dass eigentlich der Bundesarbeitsminister diese Regelung treffen müsste. Warum? Weil es im Grunde eine Arbeitsschutzregelung ist. Es geht nämlich um den Arbeitsschutz der Mitarbei-terinnen und Mitarbeiter in der Gastronomie – die einzige Branche bei uns, die den Arbeitsschutz gegen Passivrauchen bisher noch nicht genießt. Die Tatsache, dass der Bundesarbeitsminister – warum auch immer – nicht mutig genug war, selbst Nichtraucherschutz in Gaststätten als Arbeitsschutzregelung durchzusetzen, hat dann dazu ge-führt, dass 16 Länder sich damit beschäftigen mussten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich denke, Sie sind in der Regierung!)

Herr Rentsch ist ein kluger Kopf. Deshalb schätze ich ihn auch sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

– Herr Hahn, Sie freuen sich zu früh.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, er ist ein kluger Kopf!)

Herr Kollege Rentsch ist ein kluger Kopf. Das stimmt. Das unterschreiben wir alle. Ich schätze ihn sehr. Das unter-schreibe zumindest ich. Aber er hat mir in kluger Voraus-sicht zwei von diesen Pappdeckeln gegeben. Der eine Pappdeckel ist der mit dem Zitat von Minister Bouffier.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja!)

Der zweite Pappdeckel ist leer. Darauf können wir nach der Abschrift dessen, was er im Fernsehen gesagt hat, er-gänzen, dass Minister Bouffier sagt, ungeachtet seiner pri-vaten Meinung sieht er keine rechtliche Chance, das durchzusetzen, so wie die FDP das will. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür sind nicht vorhanden.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Weil die CDU politisch nicht will!)

Meine Damen und Herren, der zweite Pappdeckel ist noch zu bedrucken. Anstatt erst zu reden und dann nach-zudenken, sollten Sie erst denken und dann reden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre klüger gewe-sen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich glaube, wir müssen einmal eine Zigarette zusammen rauchen!)

– Lieber Herr Hahn, wenn Sie jetzt anfangen, zu rauchen, dann müssen wir nachher vor dem Rathaus mal eine rau-chen. Ich rauche aber Zigarillos. Ich bleibe auch dabei.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich weiß aber, dass ich mit meiner Leidenschaft zu den 20 % der Bevölkerung gehöre, die das noch tun. Ich weiß auch, dass rund 80 % nicht rauchen und dass sich diese 80 % nicht nur mehr und mehr gestört, sondern sogar bel-ästigt und auch gesundheitlich beeinträchtigt fühlen. Für mich gehört es dazu, dass ich meine Freiheit zu rauchen so praktiziere, dass ich es bei anderen, die das behelligend, störend oder auch krankmachend finden, nicht mehr tun werde.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das wollen wir auch!)

Deshalb halte ich es wie Ihr Beigeordneter Dr. Musse im Hochtaunuskreis laut Aussage in der „Tauszeitung“: Ich halte mich an das Gesetz. Ich gehe hinaus. Mich stört das nicht.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Dabei tanke ich übrigens ein bisschen frische Luft. Es geht mir dann auch besser, als es vorher war. So viel Frei-heit sollte man immer noch haben, dass man die Freiheit des anderen nicht über Gebühr einschränkt.

(Beifall der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich glaube, wir haben mit unserem Gesetz einen sehr gu-ten Kompromiss gefunden. Ich bin auch sicher, dass die Gastronomie in Hessen die gleiche Entwicklung durch-läuft wie die Gastronomie in allen anderen europäischen Ländern, die Nichtraucherschutzregelungen wie wir ein-geführt haben, dass am Ende – das wurde mir auch in ein paar Gesprächen bestätigt, die ich mit Gastwirten geführt habe – Nichtraucher wieder häufiger in die Gaststätten gehen, weil sie sich durch unseren Rauch nicht mehr ge-stört fühlen müssen, den wir jetzt im Raucherraum, wenn er vorhanden ist, oder vor der Tür produzieren. – Herz-lichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär Krämer. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 59.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 60** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Keine Windradmonster in Hessen – Ypsilantis Schattenminister „scheeren“ aus) – Drucks. 16/8095 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Apel, CDU-Fraktion.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Windradmonster oder Krümelmon-ster?)

**Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne heute Morgen mit Ihnen eine kleine Rechenaufgabe durchspielen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nicht schon wieder!)

Wir müssten einmal rechnen, was 24 mal 365 ergibt. Das sind nämlich die 24 Stunden pro Tag und die 365 Tage pro Jahr. Das ergibt dann 8.760 Jahresstunden. Von diesen 8.760 Jahresstunden weht der Wind, den Sie als unersetzlich ansehen, um Biblis abschalten zu können, nur an 1.500 Jahresstunden. Das heißt, an 83 % aller Jahresstunden steht Windstrom nicht zur Verfügung.

Ganz interessant wird es dann noch, wenn wir von der Sonne ausgehen. Die Sonne scheint nur an 850 Jahresstunden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Siebel (SPD): Ich habe einen Flächenversuch gemacht! Es ist wissenschaftlich gesichert: Jeden Tag scheint sie! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Das heißt, bei Ersatz von Kernenergie durch Sonnenenergie fehlt an 90 % aller Jahresstunden der Strom. Jetzt müssen Sie den Leuten noch erklären, wie sie das mit ihren Kühlschränken, mit ihren Gefriertruhen, den Fernsehern, den Computern und den vielen verschiedenen Haushaltsgeräten handhaben sollen. Sagen Sie den Menschen bitte, dass bei Ihrem Energiekonzept nur an 10 % aller Jahresstunden die Energieversorgung gesichert ist. Sagen Sie den Menschen, dass sich bei Ihrem Energiekonzept der Strompreis mindestens verdoppelt und für eine vierköpfige Familie im Jahr mindestens um 700 € ansteigen wird.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD) – Norbert Schmitt (SPD): War das Adam Riese oder Eva Klein?)

Sagen Sie den Menschen, dass alle Bemühungen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung zunichte gemacht werden, weil durch Ihr Energiekonzept der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verdoppelt wird. Sagen Sie den Menschen, dass die SPD im gesamten Land nicht nur in dieser Frage, aber ganz besonders in dieser Frage,

(Norbert Schmitt (SPD): Wir sagen den Menschen in diesem Land, dass Sie nicht rechnen können! – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

eine zutiefst zerrissene Partei ist.

Als Begründung für diese Aussage nehme ich die Begründung zum Parteitagsbeschluss Hessen-Nord. Herr Kahl war sicherlich auch da. Den Kollegen Quanz sehe ich nicht. Herr Frankenberger war sicherlich auch da. Ich zitiere: Die Windenergie ist trotz verbesserter Steuerungsmöglichkeiten nach wie vor ungeeignet zur Absicherung der für die Sicherheit der Stromversorgung unentbehrlichen Grundlast. – Das ist die Begründung, die von dem Schattenminister Michael Roth, der für Bauen zuständig ist, unterschrieben worden ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Ob die unterschrieben worden ist, ist eine ganz andere Frage!)

Er wusste damals noch nicht, dass diese Begründung eine ganz andere Dynamik bekommt.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Begründung ist nicht unterschrieben worden!)

Er wusste wahrscheinlich auch nicht, dass das Energiekonzept der SPD nur funktioniert, wenn 2.700 neue Windkraftstandorte ausgewiesen werden.

Meine Damen und Herren von der SPD, sagen Sie den Menschen, dass Sie sie belogen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das muss gerade jemand von der CDU in Hessen sagen!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Apel, ich darf Sie auch bitten – –

(Norbert Schmitt (SPD): Notfalls gehen wir in den Ältestenrat!)

Herr Kollege Schmitt, Sie haben nicht das Wort. Eben habe ich das Wort.

Ich habe es heute Morgen dem Kollegen Al-Wazir gesagt, ich sage es auch Ihnen: Das Wort „lügen“ oder „belügen“ ist nicht parlamentarisch. Deshalb bitte ich Sie, das anders zu formulieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Das muss ausgerechnet die Schwarzgeldpartei sagen!)

– Ich muss Sie rügen für den Zwischenruf: „die Schwarzgeldpartei“.

(Michael Siebel (SPD): Herr Präsident, wieso denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie jetzt, wieder zu einem vernünftigen Umgang im Parlament zu kommen.

(Michael Siebel (SPD): Das ist doch festgestellt!)

– Herr Kollege Siebel, Sie haben nicht das Wort. – Das Wort hat jetzt die Frau Kollegin Apel. Wer irgendetwas am Präsidium zu kritisieren hat, der kann den Ältestenrat anrufen. Das sind wir heute schon gewohnt.

(Reinhard Kahl (SPD): Dann müssen wir das machen!)

Das Wort hat die Frau Kollegin Apel.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Ich zitiere aus dem SPD-Energiepapier, Seite 15. Hier geht man von erheblichen Landschaftsgewinnen in Form überflüssig gewordener Hochspannungsmasten und -leitungen aus. Ich zitiere dann aus dem Gesetzentwurf zur Vorrangstellung der Erdverkabelung, den die SPD in der vergangenen Woche verteilt hat. Hier schreibt sie, dieses Gesetz sei notwendig, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Entwicklung eines leistungsfähigen europäischen Verbundnetzes auch bei optimaler Ausnutzung der Potenziale vorhandener Trassen den Neubau von Hochspannungsleitungen mit mehr als 110 kV notwendig mache.

Jetzt müssen Sie den Menschen nur noch erklären, ob Sie weniger oder mehr Hochspannungsmasten versprechen,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sind wirklich gut!)

ob Sie den Menschen mehr oder weniger Windkraftstandorte versprechen. Die Menschen warten auf Ihre Aussage, und sie werden sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass einer nach dem anderem aus dem Schattenkabinett erklärt, er werde diese Pläne nicht mittragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, bevor wir uns wieder eine Sitzung des Ältestenrates einhandeln, will ich hier ausdrücklich sagen: Der Zwischenruf des Kollegen Schmitt war zwar sehr hart, musste aber nicht gerügt werden. Das will ich ganz ausdrücklich sagen. Aber wir sind schon der Meinung, dass man nicht eine Partei so bezeichnen sollte. Aber wir wollen die Rüge ausdrücklich zurücknehmen, Herr Kollege Schmitt, damit Sie sich wieder beruhigen

(Norbert Schmitt (SPD): Ich bin doch gar nicht aufgeregt!)

– Sie waren gar nicht aufgeregt; dann ist es umso besser –, insbesondere damit wir Zeit genug haben, weiterzumachen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie stimmen mir alle zu: Ich habe uns eine weitere Sitzung des Ältestenrats erspart.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb bitte ich Sie um Verständnis für das moderate Verhalten. Wenn ich nachher nicht mehr hier präsidiere, werde ich euch da unten noch etwas sagen. Das machen wir dann aber privat.

Nun hat Frau Kollegin Faeser von der SPD-Fraktion das Wort.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich wollte eigentlich Herrn Schmitt hören! Er hat eine so schöne Begründung!)

**Nancy Faeser (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss schon sagen, wenn man der Kollegin Apel zuhört, könnte man auf die Idee kommen, Ahnenforschung zu betreiben. Versteckt sich vielleicht ein Don Quichotte zwischen Ihren Vorfahren, Frau Apel? So wie Sie hier gegen die Windmühlen anreiten, könnte man meinen, Sie befinden sich wie eben jener Ritter von der traurigen Gestalt in der Traumwelt eines spanischen Dichters. Ich darf Ihnen aber den Hinweis geben, meine Damen und Herren von der CDU: Sie befinden sich in der harten energiepolitischen Realität. Sie befinden sich vor allem in der harten klimapolitischen Realität. Ich fordere Sie auf, sich endlich dieser Realität zu stellen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Hören Sie auf, den Energiewandel zu blockieren. Hören Sie vor allem auf, die Welt unserer Kinder und Kindeskinde mit Ihrem Fehlverhalten bei Atom und Kohle zu verhandeln.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Den ganzen Tag scheint die CDU-Geschäftsstelle nichts anderes zu machen, als Fälle zu konstruieren, bei denen angeblich wieder irgendjemand gegen Windkraft sei.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die Genossen vor allem!)

Aber jetzt werde ich Ihnen sagen, was Ihre Listen und Papierchen, was Ihre Pressemitteilungen, Herr Wagner, wert sind.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Vor vier Wochen habe ich auf einer Pressekonferenz ein Unternehmen im Main-Taunus-Kreis gelobt,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie auch?)

das jetzt schon – man höre und staune, der Landkreis des Ministerpräsidenten – 60 % der Privathaushalte meines Heimatkreises mit erneuerbarer Energie versorgen könnte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist ja auch CDU-geführt!)

Geschäftsführer dieses Unternehmens, lieber Herr Kollege Wintermeyer, ist bekanntermaßen ein Sozialdemokrat. Auch das nehmen Sie zur Kenntnis.

(Axel Wintermeyer (CDU): Er macht das, was die Gesellschafter sagen!)

Wenn dieses Unternehmen seinen Weg konsequent weiter geht, und daran habe ich keinen Zweifel, und Herr Wintermeyer auch nicht, dann werden wir uns in drei Jahren mithilfe von Biomasse und Biogas im Main-Taunus-Kreis komplett mit erneuerbaren Energien versorgen können. – So weit die Fakten.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Weiter so!)

Was würde ein normaler Mensch nun als Reaktion von der CDU erwarten? Ich hätte erwartet, dass mein geschätzter Wahlkreiskollege Roland Koch und auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Herr Wintermeyer, dies auch loben und als gutes Beispiel heranziehen. Aber was tun Sie stattdessen? Sie erfinden den Vorwurf, ich sei gegen Windkraft. Was hat das mit verantwortlicher Politik zu tun, meine Damen und Herren der CDU?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie machen hier aber viel Wind!)

Lieber Herr Wintermeyer, lieber Herr Koch, ich erwarte, dass, wenn ein Unternehmen bald in der Lage sein wird, einen ganzen Landkreis mit erneuerbarer Energie zu versorgen, Sie sich hinter das Unternehmen stellen,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Und die Arbeitsplätze!)

und zwar unabhängig davon, ob der Weg in dem jeweiligen Landkreis Biomasse, Windkraft, Wasserkraft oder Solar heißt. Denn das ist der beste Beitrag, den man leisten kann, um die Welt für unsere Kinder zu retten.

Fangen Sie endlich an, mit uns gemeinsam gegen den Klimawandel zu kämpfen. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht und hören Sie auf, politische Spielchen zu spielen. Was sagt eigentlich Ihre Klimakanzlerin zu diesem Theater hier?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wollen Sie ein weiteres Beispiel hören? Frau Apel hat es angesprochen. Im Gegensatz zur immer wiederholten Be-

hauptung der CDU, die nordhessische SPD sei gegen Windkraft, wurde in der nordhessischen Regionalversammlung mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, der GRÜNEN und der Freien Wähler beschlossen, die auf weitgehenden Ausschluss von Windkraftanlagen zielende Vorlage des Regierungspräsidiums abzulehnen.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Aha!)

Meine Damen und Herren, bei diesen Fällen muss man fragen dürfen: Ist das noch Sachpolitik, was Sie da machen, oder haben Sie das Terrain der Verantwortung für unser Land schon längst verlassen?

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Ältestenrat!)

Besonders bemerkenswert ist, Herr Wagner, dass diese Anti-Windkraft-Kampagne der Hessen-CDU völlig unvereinbar ist mit den Konzepten Ihrer eigenen Landräte. So hat der vor wenigen Wochen wiedergewählte Landrat Robert Fischbach, CDU, ein Wahlprogramm für seinen Wahlkreis Marburg-Biedenkopf vorgelegt, demzufolge dieser bis 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energien werden soll.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Dies ist nur mit Windkraft realisierbar. Folgerichtig hat Herr Fischbach dazu erklärt – hören Sie zu, es ist Ihr Landrat –:

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Erdwärme, Wasserkraft und Windkraft werden in noch zu geringem Umfang genutzt.

So der CDU-Landrat Fischbach.

(Beifall bei der SPD)

Dies entspricht dem Programm der SPD. Für Hessen wird es höchste Zeit, endlich mit dem Energiewandel anzufangen. Aktuell liegt der Anteil erneuerbarer Energien in Hessen unter 2 %. Bei Bioenergie liegt Hessen an drittletzter Stelle unter den Flächenländern.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Faeser, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Ihre sogenannte Analyse konnte weder der Ministerpräsident noch Herr Rhiel belegen. Lassen Sie Ihren Feldzug gegen die erneuerbaren Energien. Die Menschen in diesem Lande haben etwas anderes gesagt. 91 % der Bevölkerung deutschlandweit wollen einen vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich meinem geschätzten Kollegen Walter Lübcke zurufen: Lass dir keinen Maulkorb verpassen. Kämpfe weiter dafür. Investiere weiter in Windkraft. Du bist auf dem richtigen Weg für die Menschen in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Das Wort hat Frau Abg. Hammann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Michael Boddenberg (CDU): 180 Millionen t, Frau Kollegin!)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wunderbar, endlich haben Sie es verstanden.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Keine Windradmonster in Hessen“, so beginnt der Antrag der CDU. Wieder einmal beabsichtigt die CDU, die Stimmung gegen die Windkraft zu schüren.

Was sind denn Monster? Laut Wikipedia – Sie brauchen nur einmal hineinzuschauen – ist dies ein Ausdruck für Dinge, die sich z. B. durch Größe oder Stärke hervorheben – also durchaus positiv.

Unter monster.de finden Sie Angebote für die Menschen, die Arbeitsplätze suchen – also wieder positiv. Sie finden auch kaum jemanden, der die Monster im Film „Monster AG“ als unsympathisch ansieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Krümelmonster ist auch süß!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, es kommt ganz alleine auf die jeweilige Sichtweise an. Wenn wir schon bei Sichtweisen sind, lassen Sie sich von uns GRÜNEN versichern, dass der CDU der notwendige Weitblick für eine zukunftsfähige Energiepolitik seit Jahren fehlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben wenigstens Sichtweisen. GRÜNE und SPD haben die gleiche Zielrichtung. Schnellstmöglich wollen wir die erneuerbaren Energien in Deutschland haben, um wegzukommen aus der Kohleverstromung, um wegzukommen aus der Atompolitik.

(Michael Boddenberg (CDU): 180 Millionen t, Frau Kollegin!)

Wir stimmen nicht in allen Punkten mit der SPD überein. Sie kennen die unterschiedlichen Konzepte, die vorliegen. Wir sehen es durchaus kritisch, dass gerade auch einige Mitglieder vor Ort oftmals dem Ausbau der Nutzung der Windenergie nicht den notwendigen Schub geben.

(Michael Boddenberg (CDU): Aha! Wer ist das denn?)

Aber immerhin gibt es dort ein Konzept. Bei Ihnen fehlt das schon seit Jahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sagen aber auch ganz selbstbewusst: Es bedarf starker Grüner zur Entwicklung neuer Ideen und zu deren Umsetzung. – Meine Damen und Herren der CDU, im Gegensatz zu Ihnen haben wir wirklich Energiekonzepte. Sie kriegen es doch lediglich hin, gegen die Nutzung der Windenergie zu polemisieren. Sie klammern sich doch bedingungslos an die Nutzung der alten und risikoreichen Atomkraftwerke. Sie halten an der Nutzung der klimaschädlichen Kohlekraftwerke fest.

Es ist überhaupt kein Weg erkennbar, wie die CDU ihr selbst gestecktes Ziel erreichen will. Ich will es Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen. Sie wollen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch ohne den Verkehrssektor bis zum Jahr 2015 auf 15 % gesteigert wird. Das können Sie in Drucks. 16/7338 nachlesen. Sie stammt vom 17. August 2007. Hier haben Sie also eine Steigerung vorgesehen. Früher betraf das nur den Anteil an der Stromerzeugung. Jetzt beziehen Sie das auf den Endenergieverbrauch. Meine Damen und Herren, wie Sie das erreichen wollen, bleibt vollkommen nebulös.

Dann kommt Ministerpräsident Koch auch noch daher – gestern hat er es getan –

(Michael Boddenberg (CDU): Was heißt: „Er kommt daher“?)

und vergleicht in polemischer Art die Windkraftanlagen mit dem neuen Flugzeugtyp A 380. Ich wusste gar nicht, dass Herr Koch auch diesem Airbus ablehnend gegenübersteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der von der CDU angetretene Kreuzzug gegen die Windenergie kann angesichts der aus dem von dem CDU-Minister Rhiel geführten Wirtschaftsministerium stammenden Erkenntnisse nur als scheinheilig bezeichnet werden. Denn in einer Stellungnahme der Fachabteilung aus dem Jahr 2003 – das ist etwas, was wir hier schon diskutiert haben – sind 750 Anlagen bis zum Jahr 2010 vorgesehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Dazu hat Ministerpräsident Koch kein Wort gesagt. Das ist kein Wunder. Denn diese Zahl der Windkraftanlagen passt überhaupt nicht zu seinem polemischen Vergleich mit dem Airbus 380.

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie die Stellungnahme durch. Da wird einiges verdeutlicht. Falls Sie es noch nicht getan haben sollten, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass auf Seite 12 eine sehr gute Aussage getroffen wird. Diese Aussage bestätigt unsere Auffassung, dass man mehr tun muss. Da können Sie das nachlesen.

... es ist derzeit nicht erkennbar, welcher Technologiebereich anstelle der Windenergie (mit geringeren Kosten und weniger negativen Umweltauswirkungen) so massiv und zügig ausgebaut werden könnte, dass das Erreichen des „Verdoppelungsziels“ ...

– ich merke an: gemeint ist das Ziel der Bundesrepublik Deutschland beim Strom, einen Anteil von 12,5 % aus erneuerbaren Energien zu erreichen –

bis 2010 bei Verzicht auf den weiteren Ausbau der Windenergie noch möglich erschiene.

Auf Seite 12 können Sie dann auch gleich die Kapitulation des Landes Hessen lesen. Da steht:

Hessen wird daher das für die Bundesrepublik Deutschland geltende 12,5-%-Ziel bis 2010 nicht 1 : 1 übernehmen können, denn bis dahin wird insbesondere auch die energetische Nutzung von Biomasse für die Stromerzeugung noch keinen signifikanten Beitrag leisten können.

Das können Sie so nachlesen. Meine Damen und Herren der CDU, Sie müssen sich doch wirklich fragen: Wie wollen Sie Ihr selbst gestecktes Ziel, 15 % bis zum Jahr 2015,

erreichen? – Sie haben das doch noch getoppt. Es sollen 20 % bis zum Jahre 2020 werden.

Wir brauchen hinsichtlich der Energiepolitik nicht nur Worte. Wir brauchen Taten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hammann, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Da nützt die Polemik gegen die Nutzung der Windkraft überhaupt nichts. – Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Eine zukunftsfähige Politik ist gefragt, aber nicht visionslose Politik à la CDU. Ich empfehle Ihnen: Nutzen Sie die Zeit ohne Regierungsverantwortung nach dem 27. Januar 2008 und nehmen Sie Nachhilfeunterricht bei Ihrem CDU-Kollegen Peter Harry Carstensen, dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Kollege Heinrich Heidel. Er spricht für die FDP-Fraktion.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will als Erstes von diesem Pult aus noch einmal erklären, wofür die Liberalen stehen. Wir Liberale stehen für einen verlässlichen, wirtschaftlichen und sinnvollen Energiemix, der sowohl die Nutzung der erneuerbaren Energien, die Nutzung der Kohle- und Gaskraftwerke, aber auch die der Atomkraftwerke beinhaltet. Das ist unsere Prämisse.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ich habe immer gemeint, es gilt: Kornkraft statt Kernkraft!)

Zu den erneuerbaren Energien will ich eines ganz deutlich sagen. Die erneuerbaren Energien sollen alle gleichwertig bedacht werden. Sie sollen alle gleichwertige Chancen haben. Es soll nicht aus ideologischen Gründen das eine oder andere bevorzugt werden, wie es bisher der Fall war. Rot-Grün hat einseitig auf die Nutzung der Wind- und Solarenergie gesetzt. Das kann in Zukunft so nicht mehr sein. Mittlerweile kann man feststellen, dass die Sozialdemokraten jetzt für sozialdemokratisches Biogas kämpfen, wie Frau Kollegin Faeser uns eben deutlich machen wollte.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist nichts Neues!)

Sie wollte damit davon ablenken, dass sie mit vielen anderen Sozialdemokraten zu nennen ist, die sich alle gegen die Nutzung der Windenergie ausgesprochen haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das können Sie nicht vom Tisch wischen, auch wenn Sie heute Morgen nach dem Motto verfahren sind: Angriff ist die beste Verteidigung. – Das stimmt nicht. Herr Schaub, Herr Schnur, Frau Faeser und Herr Walter, sie alle haben sich gegen die Nutzung der Windkraft vor der eigenen Haustür ausgesprochen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist scheinheilig und verlogen – –

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Heinrich, Herr Kollege Heidel, ich denke, wir sind uns da einig.

(Heinrich Heidel (FDP): Jawohl!)

Dann sage ich nichts weiter.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, ich nehme das zurück. – Das ist scheinheilig. Hier wird dann so getan, als ob sie in der Lage wären, das umzusetzen.

Ich sage Ihnen aber auch noch etwas anderes. Die SPD muss allmählich erkennen, dass das Energiekonzept, das sie vorgelegt hat, so nicht funktionieren kann. Es ist nicht finanzierbar. Es ist wirklichkeitsfremd und nicht durchdacht.

Auch der Dampfplauderer Hermann Scheer muss allmählich feststellen, dass er Gegenwind aus den eigenen Reihen der SPD erhält. Von dort bläst ihm der Wind ganz mächtig entgegen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das ganz bewusst. Denn ich habe auch etwas anderes über Hermann Scheer gesagt. Dazu stehe ich. Er hat sich sehr früh für die Nutzung alternativer Energien eingesetzt. Ich muss allerdings feststellen: Was er jetzt von sich gibt, ist bar jeglicher Realität. Ich meine, das muss von diesem Pult aus gesagt werden dürfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Damit die Freude auf der einen Seite nicht zu groß wird, will ich auch noch zwei Bemerkungen zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion machen, mit dem wir uns heute Morgen auch befassen. Er hat den Betreff: „verantwortungsvolle Energiepolitik statt utopische Träumereien“.

Frau Kollegin Apel, jawohl, ich habe aber etwas vermisst. Sie hätten noch einen Abschnitt hinzufügen können, mit dem Sie darauf hätten eingehen können, was Ihr Wirtschaftsminister gestern oder vorgestern an diesem Pult gesagt hat. Sie hätten das mit der Zerschlagung der Stromkonzerne aufnehmen können. Warum fordern Sie das dann nicht in Ihrem Dringlichen Entschließungsantrag, wenn Sie hinter dem stehen, so wie es hier diskutiert wurde? Das hätte meines Erachtens auch noch in den Dringlichen Entschließungsantrag hineingehört.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dorothea Henzler (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Das glaube ich auch!)

Ich glaube, da hat Sie am Ende der Mut ein bisschen verlassen.

Ich stelle noch einmal Folgendes fest und will damit zum Thema Klimaschutz abschließend ein paar Worte an die SPD-Fraktion richten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihnen das Thema Klimaschutz so wichtig ist, dann müssen Sie meines Erachtens dem Bundesumweltminister einmal deutlich machen: Klimaschutz kann nicht dadurch erreicht werden, dass man in die Antarktis fliegt oder in den Zoo geht und Knut kuschelt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Du warst auch schon besser!)

Ich will Sie da nur auf eines hinweisen: Vergessen Sie bitte nicht den 5. Dezember 2007. Am 5. Dezember 2007 wird Knut ein Jahr alt. Das sollten Sie als großes Event feiern. Hinterher können Sie das dann als Ihren Beitrag zum Klimaschutz verkaufen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir feiern auch deinen Geburtstag!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Mit der FDP wird es nur realistische Maßnahmen geben, die auch umgesetzt werden können. Wir werden keinen Wolkenkuckucksheime nachhängen, wie Sie es mit Ihrer Klimaschutzpolitik tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Dr. Rhiel hat nun das Wort.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nun der dritte Tag, an dem wir Themen aus dem Debattenkreis Energieversorgung im Landtag diskutieren. Ich denke, die Debatte, die wir heute Morgen führen, macht noch einmal deutlich, dass eine einseitige Konzeption, also das Setzen auf nur einen primären Energieträger, unsinnig und unverantwortlich ist. Das widerspricht auch den physikalischen Gesetzen.

Wir müssen doch folgendes Ziel erreichen. Ich wiederhole es noch einmal. Wir brauchen eine dauerhaft sichere, eine saubere, aber auch eine preiswerte Energieversorgung. Das betrifft insbesondere die Versorgung mit Strom.

Eines ist deutlich geworden: Die SPD hat sich mit ihren einseitigen Plänen und ihren Utopien vergaloppiert. Das ist nicht nur in dieser Debatte deutlich geworden. Vielmehr haben das die Bekenntnisse und Aussagen führender Sozialdemokraten aus allen Landesteilen verdeutlicht. Die Beispiele wurden eben noch einmal genannt. Die entsprechenden Zitate wurden genannt.

Frau Faeser, Sie haben den Versuch unternommen, sich sozusagen auf das rettende Boot der Landesregierung zu schwingen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Was? Wie bitte?)

Sie haben zusammen mit uns betont, dass wir einen breiten Ansatz mit allen erneuerbaren Energien brauchen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Sie wollten damit versuchen, von Ihrer Aussage abzulenken, dass Sie die Nutzung der Windenergie, wie sie von der SPD vorgeschlagen wird, für baren Unsinn halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss in diesem Raum doch einmal folgendes Zitat genannt werden:

Oh heiliger Sankt Florian, beschütz mein Haus, zünd' andere an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war Ihre Aussage. Wenn man all die Gebete und Fürbitten der SPD aus allen Landesteilen einmal addiert, kommt man zu dem Schluss, dass dieses Haus, das nicht angezündet werden soll – im übertragenen Sinne steht das für die Nutzung der Windkraft, die installiert werden soll –, nicht in Hessen gebaut werden kann. Denn Sie haben keine Region ausgelassen, die Sie nicht geschützt sehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, es ist klug und vernünftig, auf absehbare Zeit auch auf die konventionellen Energieträger zu setzen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was meinen Sie damit? Meinen Sie damit die Atomkraft und Kohle?)

Wir müssen sie sukzessive ersetzen, aber auch die Effizienz ihrer Nutzung verbessern. Wir müssen klar auf das Ziel hinmarschieren, das sich die Landesregierung gestellt hat, ab dem Jahr 2015 15 % und ab dem Jahr 2020 20 % des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen zu decken.

Es gilt, vor allem den Formen der Energieerzeugung mehr Raum zu geben, die permanent zur Verfügung stehen, also nicht von Licht- oder Windschwankungen betroffen sind. Dabei handelt es sich zum einen natürlich um die eben schon angesprochene Biomasse. Aber auch hier brauchen wir Weiterentwicklungen.

Wenn Sie diese Weiterentwicklungen kennenlernen wollen, dann lade ich Sie herzlich auf unser Versuchsgut auf dem Eichhof bei Bad Hersfeld ein. Dort ist eine moderne Anlage dieser Art installiert, die nicht allein auf wertvolles Getreide – in dem Fall Mais – zurückgreifen muss, sodass diese Form der Energieerzeugung nicht in Konkurrenz zu den Ernährungszielen steht. Außerdem lade ich Sie herzlich ein, zur Technischen Universität Darmstadt zu kommen, wo neue, kurzfristig realisierbare Experimente – Stichwort: Geothermie – massiv vorangetrieben werden.

(Zurufe von der SPD)

Hier gibt es ein riesiges Entwicklungspotenzial. Deswegen ist eine einseitige Ausweitung der Zahl der Windenergieanlagen ökonomisch, aber auch ökologisch unsinnig, und es ist auch von der Ästhetik her ein Gebot der Stunde, das nicht zu tun.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen die Menschen nicht. Deshalb sind wir mit unserer Politik auf der Seite der Menschen. Das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Rhiel. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Punkt.

Wir haben über **Tagesordnungspunkt 74** abzustimmen, über den **Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend verantwortungsvolle Energiepolitik statt utopischer Träumereien, Drucks. 16/8187**. Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 61** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Studiengebühren verfassungswidrig – Moratorium jetzt) – Drucks. 16/8096 –**

Das Wort hat der Kollege Siebel.

### Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen, wonach die Universität Marburg einem Studenten die Studiengebühr zurückzahlen muss, ist eine schallende Ohrfeige für die Hessische Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Zum zweiten Mal bekommen Sie von Gerichten attestiert, dass Ihre Interpretation der Verfassung völlig falsch ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Von einem einzigen Gericht!)

– Herr Milde, wenn Sie jetzt wieder aufgeregt Zwischenrufe machen: Es kommt nicht darauf an, die Verfassung zu interpretieren, sondern es kommt darauf an, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Das tun wir mit unserer Einlassung, dass wir die Studiengebühren abschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Milde, schauen Sie sich die Stellungnahme der Landesanwältin an. Ganz abgesehen davon ist in der Anhörung von den Gutachtern x-mal gesagt worden, dass das Gesetz verfassungswidrig ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die SPD-Gutachter haben das gesagt!)

– Viele Male ist gesagt worden, dass nach der Hessischen Verfassung die Erhebung von Studiengebühren, wie Sie sie im Studienguthabengesetz formuliert haben, nicht zulässig ist. Es ist von dieser Landesregierung aber zuviel verlangt, endlich einzusehen, dass das Gesetz verfassungswidrig ist. Dazu herrschen, das merken wir immer wieder, Borniertheit und Selbstverliebtheit zu sehr vor.

(Zuruf des Abg. Rafael Reißer (CDU))

– Herr Reißer, wenn Sie schon das Gesetz nicht zurückziehen, dann fordern wir Sie – gerade nach dem jüngsten Urteil – auf, ein Moratorium zu erlassen. Setzen Sie den Vollzug des Gesetzes aus, bis der Staatsgerichtshof gesprochen hat. Nehmen Sie den Studierenden an den Hochschulen die wachsende Rechtsunsicherheit. Sehen Sie ein, dass Ihre bornierte Haltung die Verunsicherung an den Hochschulen wachsen lässt.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich finde, dass Ihre Haltung mittlerweile auch eine staatsrechtliche Dimension hat, denn Ihre Ignoranz gegenüber Entscheidungen eines Gerichts malt doch das Bild, dass Ihnen Entscheidungen der dritten Gewalt absolut schnuppe sind. Sie tragen aber auch als Landesregierung die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass junge Menschen ein Gefühl dafür bekommen, dass die Verfassung unseres Landes etwas Achtens- und Ehrenwertes ist. Das Gegenteil ist der Fall. Sie vermitteln den Eindruck, dass die Verfassung etwas Beliebiges sei.

Sie werden sagen: „Lieber Herr Siebel, schauen Sie doch einmal in die Hochschulen; dort sind alle ganz begeistert von den Studiengebühren; es sind z. B. zusätzliche Hörsäle angemietet worden“. – Herr Corts, Sie waren doch bei der Tour der Landesregierung durch die Universitäten dabei. Das hat mich ein bisschen an die Ziehung der Lottozahlen erinnert. Auch beim Ziehen der Lottozahlen muss das Ergebnis ordnungsgemäß amtlich festgestellt werden. In diesem Fall haben sich einige Mitglieder des Kabinetts von der ordnungsgemäßen Umsetzung dieses Gesetzes vor Ort überzeugt.

Herr Corts, warum hatten Sie nicht den Mut, auch mit denen zu kommunizieren, die die Studiengebühren kritisch sehen? Warum hatten Sie nicht den Mut, auch mit denen zu sprechen, die beispielsweise in Kassel und an anderen Hochschulstandorten in überfüllten Seminaren gesessen haben? Warum hatten Sie nicht den Mut, auch mit denen zu sprechen, die beispielsweise in Darmstadt die glorreiche Öffnung der Unibibliothek bis 2 Uhr nachts besucht haben? Auf der einen Seite wurde das öffentlich gefeiert, auf der anderen Seite musste man aber feststellen, dass der öffentliche Personennahverkehr zu dieser Zeit nicht mehr fährt, sodass Sie eigentlich Feldbetten für die hätten aufstellen müssen, die das gemacht haben. Warum haben Sie nicht den Mut, sich mit denen auseinanderzusetzen, die Studiengebühren für den falschen Weg halten?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon vor einiger Zeit ein Moratorium gefordert, und zwar kurz nachdem Sie den Hochschulen eine Vorläufigkeitserklärung gegeben hatten. Das war von den Hochschulen erzwungen worden, weil sie keine Lust hatten, auf den Vorabfinanzierungen sitzenzubleiben. Die hatten wirklich Bedenken, dass der Staatsgerichtshof Ihr Gesetz kassieren würde. Schon damals wäre die konsequente Fortführung der Vorläufigkeitserklärung der Erlass eines Moratoriums gewesen.

Mit welchem Recht geben Sie den Hochschulen über eine Vorläufigkeitserklärung Rechtssicherheit, während Sie den Studierenden genau diese Rechtssicherheit verweigern? Sie könnten diese Rechtssicherheit geben, indem Sie einem Moratorium zustimmen würden. Deshalb fordern wir Sie auf, das Gesetz jetzt auszusetzen, damit die Situation nicht noch chaotischer wird, als sie sowieso schon ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Abg. Kühne-Hörmann für die Fraktion der CDU.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute zu behandelnde Antrag der SPD-Fraktion betreffend eine Aktuelle Stunde – Studiengebühren verfassungswidrig, Moratorium jetzt – ist ein erneuter untauglicher Versuch, die Erhebung von Studienbeiträgen zu verhindern, Herr Kollege Siebel.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gemerkt, dass der Protest gegen die Erhebung von Studienbeiträgen im Sand verlaufen ist, und Sie versuchen wieder einmal, das versenkte Thema hochzuziehen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dazu reichen zwei erstinstanzliche Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Gießen nicht.

Sie können es nicht ertragen, dass die Studienbeiträge in Hessen die Situation der Studierenden verbessern. Herr Kollege Siebel, man hat eben gemerkt, dass Sie gar nicht wissen, was Sie sagen sollen, da alle an den Hochschulen – insbesondere die Studierenden – die Studienbeiträge positiv als eine Verbesserung einschätzen, wenn das Kabinett durchs Land zieht und die Hochschulen besucht.

(Lachen bei der SPD)

Nur die SPD-Fraktion kann nicht verstehen, dass diese Beiträge positiv wirken, und kann damit auch nicht umgehen. Herr Kollege Siebel, warten wir das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof ab. Auch das macht einen Rechtsstaat aus. Es kann nicht sein, dass die SPD behauptet, das Gesetz sei verfassungswidrig, bevor der Staatsgerichtshof überhaupt entschieden hat.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe der SPD)

– Es wird vor dem Staatsgerichtshof entschieden. Wir – und im Grunde genommen auch Sie – sind gut beraten, wenn wir die Entscheidung des Staatsgerichtshofs abwarten und nicht meinen, dass das Verwaltungsgericht Gießen in erster Instanz die Verfassungswidrigkeit feststellen kann. Auch das gehört zu einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie finanzielle Vorsorge getroffen?)

Der Herr Minister hat in dem Weißbuch dankenswerterweise viele Beispiele zusammengefasst. Herr Kollege, Ihnen müssten die Augen tränen, wenn Sie da hineinschauen und von den Verbesserungen für die Studierenden an jeder einzelnen Hochschule lesen. Die Studierenden sagen: Ja, die Situation verbessert sich, wir haben etwas von dem Geld.

Wenn man einmal in die Vergangenheit schaut, dann sieht man, dass Sie versucht haben, Proteste zu organisieren. Die haben – aus Ihrer Sicht leider – nicht den Umfang erfahren, den Sie sich gewünscht hätten. Sie haben zum Boykott aufgerufen; die Studierenden sollten die 500 € nicht zahlen. Der Boykott war aber ein totaler Flop. Sie haben außerdem gehofft, dass die Hochschulen keine Verbesserungsvorschläge für das Wintersemester 2007/2008 machen würden. Alles das ist nicht eingetreten.

Gegen die beiden Urteile ist Beschwerde zum Verwaltungsgerichtshof eingelegt worden. Es besteht vorläufiger Rechtsschutz.

(Norbert Schmitt (SPD): Deshalb sind es Beschlüsse und keine Urteile!)

Daher besteht überhaupt kein Grund, den Gesetzesvollzug auszusetzen. Man muss sich einmal die Gesamtzahl



der Beitragsbescheide anschauen, die mit Rechtsmitteln belegt sind. Bei 150.000 Studierenden gibt es gerade einmal zwölf anhängige Gerichtsverfahren. Die meisten dieser Gerichtsverfahren beschäftigen sich mit Härtefällen.

Ich habe eben schon gesagt, uns wird es darum gehen, dass am Ende der Staatsgerichtshof darüber entscheidet. Ich finde, die Wählerinnen und Wähler sollten in Hessen wissen, was im Wahlprogramm der SPD steht. Darin steht nämlich, dass in den ersten 100 Tagen die Studienbeiträge abzuschaffen sind. Die Menschen in Hessen und besonders die Studierenden sollten wissen, die SPD steht damit für eine Verschlechterung der Studienbedingungen und damit auch für Rückschritt in der Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kühne-Hörmann, ich finde schon, dass Sie mit dieser Art des Vortragens dem Problem und der Sache nicht gerecht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns in den letzten Monaten in zahlreichen Debatten über das politische Für und Wider von Studiengebühren auseinandergesetzt. Ich glaube auch, dass wir eine Einigkeit in diesem Hause in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreichen werden. Wir sind gegen Studiengebühren – ich habe das immer wieder betont – zum einen aus sozialen Gründen. Studiengebühren schrecken ab, vor allem diejenigen aus sogenannten bildungsfernen Schichten. Und das wollen wir nicht.

Studiengebühren führen dazu, dass Leute abgeschreckt werden, anstatt dass mehr Studierende an die Hochschulen kommen. Das ist die politische Dimension, die hier ausreichend ausgetauscht ist. Wir hoffen auf die Wählerinnen und Wähler am 27. Januar.

Meine Damen und Herren, eine andere Dimension ist die juristische. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren ist in Hessen verfassungswidrig. Um diesen Punkt geht es hier heute.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, ich kann nicht verhehlen, dass mir heute an diesem Punkt diese Thematik große Freude bereitet, denn alle juristischen Stellungnahmen und die Urteile der letzten Wochen und Monaten haben unisono unsere Meinung, dass nämlich Studiengebühren verfassungswidrig sind, bestätigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Meinen Sie die drei?)

– Herr Kollege Milde, was ich meine, führe ich im Einzelnen auf. Hören Sie gut zu.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ja!)

Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn Sie sich die Stellungnahmen der Verwaltungsgerichte noch einmal im Wortlaut zu Gemüte führen würden. Im Übrigen sind sie

auf der Homepage des Verwaltungsgerichts Gießen einsehbar. Ich empfehle Ihnen den Link sehr herzlich.

Es hat im August mit der Landesanwältin Frau Prof. Sacksosky angefangen. Sie kommt in ihrer Stellungnahme – Ende August ist sie veröffentlicht worden – zu dem Fazit:

Nach gegenwärtiger Verfassungslage ist dem hessischen Gesetzgeber die Einführung allgemeiner Studiengebühren untersagt. Studiengebühren wären nur zulässig, wenn wirtschaftlich Schwache von der Zahlung von Studiengebühren freigestellt würden. Will der hessische Gesetzgeber von allen Studierenden Studiengebühren erheben, ist er auf den Weg der Verfassungsänderung verwiesen.

Das ist relativ klar und deutlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann gab es eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen vom 8. Oktober. Das Gericht hat ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Studiengebührengesetzes geäußert, und zwar ohne dass dies vom Verfahren überhaupt erforderlich gewesen wäre. In dem Urteil heißt es, eine Differenzierung zwischen wirtschaftlich leistungsfähigen und nicht wirtschaftlich leistungsfähigen Studierenden und damit zwischen einem beitragszahlungsfähigen und nicht beitragszahlungsfähigen Personenkreis sei nach der Hessischen Verfassung vorgegeben und werde durch §§ 1 bis 8 Hessisches Studienbeitragsgesetz ausdrücklich nicht nachvollzogen.

Es geht im Oktober weiter. Die dritte Kammer des Verwaltungsgerichts Gießen hat wegen ernstlicher Zweifel an der Vereinbarkeit des Hessischen Studienbeitragsgesetzes mit Art. 59 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen in einem ausführlich begründeten Eilbeschluss vom 30.10. dieses Jahres die aufschiebende Wirkung der Klage gegen einen Studienbeitragsbescheid angeordnet. Grund dafür ist auch hier, dass nach Art. 59 Abs. 1 Satz 4 der Hessischen Verfassung eine gesetzliche Anordnung von Schulgeld nur dann ergehen kann, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder sonstigen Unterhaltspflichtigen dies gestattet.

Dann kommen wir zum nächsten Urteil. Die dritte Kammer des Verwaltungsgerichts Gießen hat wegen ernstlicher Zweifel an der Vereinbarkeit des Hessischen Studienbeitragsgesetzes mit Art. 59 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen in einem Eilbeschluss vom 12.11. die aufschiebende Wirkung der Klage gegen einen Studienbeitragsbescheid der Universität Marburg und darüber hinaus die Rückzahlung des bereits gezahlten Studienbeitrages für das Wintersemester 2007/08 angeordnet. Das Gericht ordnete die Aufhebung der Vollziehung des Bescheides und damit die Rückzahlung des bereits gezahlten Studienbeitrages an, da die Zahlung unter dem Eindruck drohender Vollziehung erfolgte. Das will heißen, die Antragstellerin hätte sich ohne Zahlung des Studienbeitrages nicht zum Wintersemester 2007/2008 zurückmelden können.

Meine Damen und Herren, so weit die Lage der Gerichtsentscheidungen hier in Hessen in den letzten Wochen und Monaten. Ich will jetzt gar nicht mehr inhaltlich auf die Nichtverfassungsmäßigkeit des Gesetzes eingehen, sondern auf das Verhalten der Landesregierung zu diesen Vorgängen. Ich finde nämlich, dass der Umgang ein wirkliches Unding ist – Frau Kühne-Hörmann hat es ganz deutlich gezeigt. Sie müssen diese Tatsachen doch zur

Kenntnis nehmen und verantwortungsvoll mit diesen Tatsachen umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede – sehr herzlichen Dank.

Ich fordere Sie auf, in die Haushalte, nämlich in den Nachtragshaushalt für dieses Jahr, aber auch in den Haushalt für nächstes Jahr, die Rücklage für die Studiengebühren einzusetzen. Das ist das Mindeste, was Sie tun sollten. Ich fordere Sie erneut auf, ein Moratorium für die Studiengebühren zu machen, weil es nicht einsehbar ist, dass die Rechtslage auf Kosten der einzelnen Studierenden ausgetragen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Beer für die FDP.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion wird sich auch bei dieser erneuten Debatte des Themas Moratorium der Forderung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht anschließen. Frau Kollegin Sorge, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen ist ein ganz normaler verwaltungsrechtlicher Vorgang, und zwar in einem Eilverfahren.

Eines Moratoriums bedarf es dann nicht, denn sollte der Staatsgerichtshof, auf den es letztendlich im Hauptsacheverfahren, das hier anhängig ist, ankommt, das Beitragsgesetz der CDU für verfassungswidrig halten, erhalten die betroffenen Studierenden ihr Geld zurück.

Zudem muss ich sagen, finde ich die Argumentation seitens der SPD mehr als scheinheilig, denn gerade die SPD hätte bei ihrer Klage vor dem Staatsgerichtshof die Möglichkeit gehabt, den Weg des Eilverfahrens zu beschreiten. Sie hätte nach § 26 Staatsgerichtshofgesetz eine einstweilige Anordnung gegen die Vollziehung des Gesetzes beantragen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Ist das jetzt schon Rechtsberatung?)

Sie sind diesen Weg nicht gegangen. Hier jetzt politisch ein entsprechendes Moratorium zu fordern, wenn Sie die juristischen Möglichkeiten, solch eines herzustellen, nicht genutzt haben,

(Norbert Schmitt (SPD): War das jetzt schon gebührenpflichtig?)

kann nur als scheinheilig bezeichnet werden, Herr Kollege Schmitt.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Sorge, ich möchte auf einen wichtigen Unterschied hinweisen, den Sie erneut durcheinander gebracht haben. Gerade die von Ihnen zitierte Frau Sacksofsky hat als Landesanwältin hier ganz deutlich mit den Sätzen, die Sie zitiert haben, belegt, dass es einen Unterschied gibt, ob die Frage Studiengebühren verfassungswidrig ist. Das ist sie nicht. Frau Sacksofsky hat in ihrem Schriftsatz selbst aufgezeigt, unter welchen Voraussetzungen Studiengebühren möglich sind

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Herr Kollege Siebel –, nämlich dann, wenn es entsprechende soziale Befreiungstatbestände gibt. Die Frage, die wir in der Diskussion um den Entwurf eines CDU-Gesetzes hatten, ist, ob das CDU-Gesetz verfassungswidrig ist, und nicht, ob Studiengebühren in diesem Lande verfassungswidrig sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von was reden wir denn?)

Meine Damen und Herren, das ist ein wesentlicher Unterschied.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wir als FDP-Fraktion diesem Hause ein Alternativmodell vorgelegt haben, dass es den Hochschulen überlassen hätte, ob sie Studiengebühren, für welchen Studiengang sie Studiengebühren und in welcher Höhe sie Studiengebühren einführen. Dieser Gesetzentwurf war mit einer großen Anzahl sozialer Befreiungstatbestände kombiniert, die verhindert hätten, dass jemand in irgendeiner sozialen Notlage befänglich verpflichtet gewesen wäre, Studiengebühren zu bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Dementsprechend hatte dieses Haus die Möglichkeit, einen verfassungskonformen Gesetzentwurf zum Thema Studiengebühren zu beschließen. Dieses Haus hat mit seiner CDU-Mehrheit einen anderen Beschluss gefasst. Das wissen wir alle miteinander. Aber das ist in der Hinsicht wichtig, um festzustellen, dass es mitnichten so ist, dass in Hessen Studiengebühren allgemein verfassungswidrig seien, wie Sie es behauptet haben, Frau Kollegin Sorge. Es kommt darauf an, ein verfassungskonformes Gesetz zu machen, das gerade die Situation weniger Begüterter entsprechend berücksichtigt.

Herr Kollege Siebel, lassen Sie mich zudem bei der Gelegenheit noch kurz darauf hinweisen, weil Sie offensichtlich schon wieder von starken Kopfschmerzen geplagt sind, dass es doch bemerkenswert ist, dass unserer Tage die Zeitungen entgegen den von Ihnen groß als Gefahr an die Wand gemalten Tatsachen titeln: Keine Massenflucht aus Hörsälen. – Die Zahlen der Erstsemestler und auch der Fachsemestler sind entgegen Ihrer Vorhersagen angestiegen, d. h., die Studierenden entscheiden sich offensichtlich doch auf der Grundlage der sich mittlerweile schon abzeichnenden Studienbedingungsverbesserungen.

Wenn ich einmal sehe, dass an unseren Hochschulen inzwischen große Beiträge in zusätzliches Lehrpersonal sowohl für Professoren, aber auch für Tutorien investiert und damit die Betreuungsrelation Studierende zu Lehrende verbessert wird, dass überschlägig 44 Millionen € in unsere Bibliotheken investiert werden, dann kann ich auch verstehen, warum die Studierenden davon absehen, wie Sie es ihnen angeraten haben, das Studium nicht aufzunehmen, sondern weiter in Hessen studieren.

Unsere Hochschulen machen eine gute Arbeit. Ob das CDU-Gesetz ein gutes, will heißen: ein verfassungskonformes ist, wird der Staatsgerichtshof entscheiden. Das FDP-Gesetz wäre es gewesen. Es wäre auch ein besseres gewesen. Wir werden bei der Landtagswahl und in der neuen Legislaturperiode dafür kämpfen, dass diese Freiheit auch im Hinblick auf Studiengebühren den Hochschulen und Studierenden gewährt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich möchte zunächst einmal festhalten: Die Frage, ob das Studienbeitragsgesetz verfassungsgemäß ist oder nicht, entscheidet nicht ein erstinstanzliches Gericht, nicht ein zweitinstanzliches Gericht, sondern ausschließlich der Staatsgerichtshof in Wiesbaden.

Das möchte ich festhalten; denn die Überschrift ist für die Öffentlichkeit wieder einmal absolut irreführend: „Studiengebühren verfassungswidrig – Moratorium jetzt“.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das heißt, Sie haben keine Kenntnis von dem Recht in diesem Lande, wenn Sie hier so etwas erklären.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

„Moratorium“ jetzt, heißt es. Verehrter Herr Siebel, Sie haben gesagt: Setzen Sie das Gesetz aus. – Ich frage mich, welche abenteuerlichen Vorstellungen Sie von einem Rechtsstaat haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lieber Herr Siebel, wie soll ich das Gesetz aussetzen? Auf welche Rechtsgrundlage würden Sie sich berufen?

(Norbert Schmitt (SPD): Wir stehen kurz vor dem Zusammentritt des Ältestenrats, wenn Sie so weitermachen!)

Sie liegen völlig falsch. Aber ich sehe, Herr Siebel hat schon aufgegeben. Er hat abgeschaltet. Lassen wir das.

Ich will Ihnen eines sagen: Das Ministerium und die Hochschulen sind an Recht und Gesetz gebunden. Das lässt sich aus Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes ableiten. Ich gehe davon aus, dass die SPD dies nicht infrage stellen möchte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt, aber Sie haben das Gesetz beschlossen!)

Wir haben dieses Gesetz verfassungsgemäß mit der Mehrheit der Stimmen – Frau Sorge, Sie sprechen immer von einer „arroganten Mehrheit“, wir sprechen von einer „demokratischen Mehrheit“ – zustande gebracht. Im nächsten Jahr wird der Staatsgerichtshof entscheiden, ob dieses Gesetz verfassungsgemäß oder verfassungswidrig ist.

Zwei Seiten sollten wir kurz beleuchten. Die politische Seite ist schon angesprochen worden. An dem Boykott, den Sie in Gang zu setzen versucht haben, haben sich weniger als 5 % der Studierenden beteiligt. Er ist abgebrochen worden.

Gerade 7 % der Studierenden haben Darlehen beantragt. Sie sprechen schließlich immer davon, dass die Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten von der Aufnahme eines Studium abgehalten werden. Gestern haben wir vom Statistischen Landesamt die entsprechende Statistik erhalten: Danach hat, anders als von Ihnen prognostiziert, die Zahl der Erstsemester zugenommen. Sie ist nicht eingebrochen. Auch das sollte man hier festhalten.

Last, but not least möchte ich etwas zum Weißbuch sagen. Hessen ist das einzige Bundesland, das ein Weißbuch herausgegeben hat, um deutlich zu machen, wohin die zusätzlichen Mittel geflossen sind. Dadurch wird ganz klar, dass das Geld richtig eingesetzt wird und den Studierenden zugute kommt. Davon hat sich das Kabinett am vergangenen Montag überzeugt. Im Übrigen ist eine Akzeptanz vorhanden.

Zu den rechtlichen Entscheidungen. Es sind nicht verschiedene Gerichte, wie eben gesagt worden ist, sondern es handelt sich um ein Gericht, nämlich um das Gericht in Gießen. Außerdem ist es ein und dieselbe Kammer, die zwei Beschlüsse zu den Klagen zweier Studierender getroffen hat.

Für die Statistik sollte man Folgendes festhalten. Wir haben mehr als 150.000 Studenten. Vor hessischen Gerichten sind gerade einmal zwölf Verfahren anhängig.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber 70.000 Unterschriften!)

– Wir haben 70.000 Unterschriften, das ist richtig. Aber wir haben 6 Millionen Bürger. Diese Zahl müssen Sie dazu in Relation setzen; denn jeder über 18 konnte unterschreiben. Das ist der kleine Unterschied. Von 150.000 Studenten können sich nur zwölf als belastet und beschwert ansehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben ein erstinstanzliches Verfahren. Wir sind im vorläufigen Rechtsschutz. Es handelt sich um ein Eilverfahren an einem Gericht. In diesem Eilverfahren ist Folgendes gesagt worden. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Beschluss. Bevor Sie grölen, warten Sie bitte ab, bis ich den ganzen Satz gesagt habe. Beim Repetitor haben wir gelernt, dass wir immer bis zum Ende zuhören sollen:

Ernstliche Zweifel hat die Kammer, da gewichtige Gründe gegen die Vereinbarkeit der Rechtsgrundlagen des Beitragsbescheides sprechen und deshalb der Erfolg des Rechtsbehelfs im Hauptsacheverfahren im vorliegenden Fall mindestens ebenso wahrscheinlich ist wie auch ein Misserfolg.

Das heißt, das Gericht hat ernstliche Bedenken. Wenn das Gericht geglaubt hätte, dieses Gesetz sei verfassungswidrig, hätte es das Gesetz und diese Frage nach Art. 133 Abs. 1 der Hessischen Verfassung auf dem Dienstweg über den Präsidenten dem Staatsgerichtshof vorlegen müssen. Das hat es aber nicht getan.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat es das nicht gemacht? Es steht mir nicht zu, ein Gericht zu kritisieren. Ich werde es auch nicht machen. Aber die zeitlichen Zusammenhänge sind doch sehr auffallend. Ich will Ihnen damit noch einmal deutlich machen, welchen Weg das Gericht hätte gehen müssen, wenn es geglaubt hätte, das Gesetz sei verfassungswidrig.

Im Umkehrschluss folgere ich daraus, dass das Gericht Bedenken hat. Das hat es auch ausdrücklich erklärt, indem es formuliert hat, es könne das eine oder das andere dabei herauskommen.

Auch das haben wir gesagt: Für den absolut unwahrscheinlichen Fall, dass dieses Gesetz verfassungswidrig ist – wir gehen fest davon aus, dass es verfassungsgemäß ist –, sind wir bereit, den Hochschulen die Auslagen zu erstatten, damit den Studierenden das Geld zurückgezahlt werden kann. Das haben wir nie in Zweifel gezogen, und dabei werden wir auch bleiben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zusammenfassend stelle ich fest: Es handelt sich um eine Aktuelle Stunde. Sie haben schon heute Morgen im Ältestenrat bzw. davor ihre gesamte Kraft verbraucht. Ich merke – Gott sei Dank; ich bedanke mich dafür –, dass auch vernünftige Argumente bei Ihnen ankommen. Herr Siebel, Sie sehen, das war einfach nur leere Luft – oder was auch immer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Leere Luft“! Ein Physiker wird aus Ihnen nicht mehr!)

Jedenfalls war es nichts, aus dem man mehr machen könnte. Frau Kollegin Beer hat deutlich gemacht, welche anderen Wege Ihnen offengestanden hätten, wenn Sie nur gewollt hätten. Aber, meine Damen und Herren, dazu haben Sie wohl nicht den Mut gehabt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Damit ist die Aktuelle Stunde abgehalten.

Wir kommen **Tagesordnungspunkt 48:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend G 8 macht Kinder krank – Drucksache 16/8055 –**

hierzu **Tagesordnungspunkt 49:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend G-8-Stress beenden – für gute Bildung und eine lebendige Kindheit und Jugend – Drucks. 16/8061 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 76:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend G 8 verbessern – Gymnasien und Gymnasiallehrausbildung erhalten – rot-rot-grüne Zwangseinheitsschule verhindern – Drucks. 16/8200 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Als Erste hat Frau Kollegin Habermann für die Fraktion der SPD das Wort.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Stress, Überbelastung und mangelnde Freizeit aufgrund längerer Unterrichtszeiten sowie eine regelmäßig sehr hohe Hausaufgabenbelastung lassen kaum noch Freistunden für sportliche und musikalische Aktivitäten. Das Familienleben leidet unter der immensen Arbeitsbelastung der Kinder. Auch am Wochenende muss regelmäßig gelernt werden, um in der Schule mitzukommen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

So ist es in einem offenen Brief des Landeselternbeirats zu lesen, den er am 5. September an die Kultusministerin über die Auswirkungen von G 8 geschrieben hat. Das ist ein Brief, der von den Mitgliedern des Landeselternbeirats nach einer Diskussion formuliert wurde. Deshalb ist die gestrige Presseerklärung von Herrn Irmer mit dem Titel „Frau Geis lässt sich vor den Karren der SPD spannen“ eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, sich von diesen Äußerungen zu distanzieren. Sie diffamieren damit nicht nur die Vorsitzende, sondern den gesamten Landeselternbeirat, der die Eltern in diesem Land vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Irmer, Entgleisungen dieser Art sind wir von Ihnen gewohnt. Ich will noch aus einem Artikel des „Darmstädter Echos“ vom 31.10. zitieren. Es ging um eine Wahlkampfveranstaltung der CDU in Roßdorf. Hier berichtet Herr Irmer von einer Reise, auf der er die Staatlichen Schulämter besucht hat, und stellt fest, es gebe eigentlich gar keine Probleme mit G 8. Er sagt wörtlich:

Die normalen Eltern haben keine nennenswerten Probleme. Die Berufseltern mit anderer Feldpostadresse lasse ich mal beiseite.

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Bildungspolitik ist schlimm genug. Aber dass Sie es zulassen, dass Herr Irmer mit den berechtigten Anliegen der Eltern sein parteipolitisches Süppchen kocht und angesichts des Wahlkampfes in blinde Hetzerei verfällt, ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Herr Irmer, wenn Sie nicht nur mit den Vertretern der Staatlichen Schulämter, sondern auch mit den Eltern reden würden, wüssten Sie, dass die Darstellungen des Landeselternbeirats noch sehr moderat sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Im Gegensatz zu Ihnen!)

Ich weiß aus Gesprächen, dass Eltern Arbeitsgemeinschaften zur abwechselnden Hausaufgabenbetreuung gründen. Ich weiß von den Eltern, dass ihre Kinder Stresssymptome zeigen und dass sie befürchten, dass die sozialen Kontakte mit Gleichaltrigen massiv unter der G-8-Belastung leiden.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Sportvereine!)

Die Kinder werden aus Sport- und Musikvereinen abgemeldet, damit die Zeit für die Hausaufgaben reicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist!)

Auch der Landessportbund weist inzwischen in einem Positionspapier auf diese Problematik hin. Er stellt fest, dass Kinder wegen G 8 nicht mehr zum Sporttraining kommen können, und fordert, die Gymnasialzeitverkürzung in der Mittelstufe zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Auf den Internetseiten des Kultusministeriums zur Information der Eltern über G 8 liest es sich noch ganz anders – ich zitiere –:

Wenn der unterrichtsfreie Samstag beibehalten wird, führt dies zwar zu einer Ausweitung des Unterrichts über die sechste Stunde hinaus, die Mehrbelastung am Nachmittag wird sich jedoch in Grenzen halten.

Frau Kultusministerin, dies ist ein Hohn. Sie wissen genau wie ich, welche Probleme die Eltern in diesem Lande vortragen. Diese Internetseite sollten Sie schleunigst korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber genauso hat diese Kultusministerin noch bis Anfang September selbst geredet,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

bis dann der nahende Wahltermin zu einer späten Einsicht führte und man Veränderungsbedarf signalisierte.

Was passiert nun mit diesem Veränderungsbedarf?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts!)

Man hat eine Arbeitsgruppe gegründet. Das ist sehr lobenswert. Frau Kultusministerin, in Ihrer ersten Stellungnahme – die habe ich sehr ernst genommen, die habe ich Ihnen auch abgenommen – haben Sie gesagt, bis zum Schuljahr 2009/2010 sei realistischerweise mit Veränderungen der Lehrpläne zu rechnen. Sie haben darauf hingewiesen, dass laut Vereinbarung der Kultusministerkonferenz bis zum Abitur 265 Stunden in den Stundentafeln untergebracht werden müssen, und Sie haben angedeutet, man könne auch darüber nachdenken, ob man einen Teil dieser Stunden schon in der Grundschule vorzieht.

Ich glaube, das würde die Situation eher noch verschlimmern – wenn man diesen Stress auch noch in die Grundschule überträgt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen:

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Ich halte diese Argumentation für realistisch. Deswegen ist Ihr Vorschlag ein Ausweg für Helden: Sie spitzen zwar den Mund, aber Sie pfeifen nicht. Sie fordern möglichst umgehend eine Veränderung der Lehrpläne, wissen aber, dass das eine gewisse Zeit braucht, wenn man das ordentlich machen will.

(Ministerin Karin Wolff: Stimmt!)

Frau Kultusministerin, Lehrpläne für G 9 gibt es allerdings, und danach arbeiten auch noch Klassen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist mit den nach acht Jahren?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie haben auch offengelassen, was Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 heißt. Heißt das denn, dass man die Wahlfreiheit hat wie derzeit, an einer integrierten Gesamtschule oder an einem Gymnasium Abitur zu machen? Oder heißt das, Sie wollen die Gymnasien auffordern, G 8 und G 9 gleichzeitig anzubieten? Ich glaube, auch die Klärung dieser Frage würde etwas dazu beitragen, dass wir uns mit Ihrem Konzept etwas näher auseinandersetzen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kultusministerin, Sie haben die Bedenken von Eltern, Lehrerverbänden und Schülern von Anfang an mit gewohnter Arroganz ignoriert. Schon bei der Verabschiedung Ihres Gesetzes zum Abbau der Qualität in hessischen Schulen haben die Ihnen mit 25.000 Unterschriften

bescheinigt, was sie von der Einführung von G 8 halten – nämlich gar nichts.

Übrigens waren die Argumente damals die gleichen wie heute. Wie üblich haben Sie Ihre bildungspolitischen Experimente mit der Brechstange durchgesetzt,

(Mark Weinmeister (CDU): Na, na, na!)

ohne auf die Kritik der Betroffenen zu hören, die frühzeitig geäußert wurde.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wenn man fragt, warum, dann hört man immer, ein Hauptargument für die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit ist, die Chancen der hessischen Jugendlichen im internationalen Vergleich müssten durch Verkürzung der Ausbildungszeiten verbessert werden.

Frau Kultusministerin, ich habe Ihnen gestern in der Debatte zum Haushalt schon einmal gesagt, wenn Sie dieses Argument selbst ernst nehmen, dann müssen Sie sich fragen lassen, warum Sie nicht durch die flexible Eingangsstufe den Kindern schon am Schulanfang die Chance geben, ihre schulische Ausbildung zu verkürzen.

Lernzeit kann ebenso wie der Unterricht individuell und flexibel gestaltet werden. Das gilt für den Schuleintritt und auch für die Ausgangsphase in der Oberstufe.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Auch eine weit reichende Flexibilisierung der Oberstufe führt zur Schulzeitverkürzung, ohne sie für alle verbindlich zu machen. Deswegen soll es einen individuellen Weg zum Abitur nach zwölf Jahren geben,

(Mark Weinmeister (CDU): Das haben wir doch!)

es muss aber auch die Möglichkeit bestehen bleiben, dass Kinder 13 Schuljahre zum Abitur haben, ohne ständig unter Druck und Versagensängste zu geraten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das System muss sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen, nicht umgekehrt. Schnell lernende Kinder sollen auch schneller voranschreiten können, langsam lernende Kinder sollen sich mehr Zeit lassen können.

(Mark Weinmeister (CDU): Was wollt Ihr jetzt, G 8, G 9 oder G 10?)

Nur so wird es möglich sein, allen Kindern eine optimale Entwicklung zu ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

– Herr Weinmeister, jetzt will ich noch einmal über Ihren Antrag sprechen. Er ist intellektuell so schlicht, dass man darüber wirklich noch ein paar Worte verlieren muss.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Sie bringen es tatsächlich fertig, Schulwahlfreiheit und Verkürzung der gymnasialen Mittelstufe in einem Antrag zu verbraten und uns verbieten zu wollen,

(Mark Weinmeister (CDU): Sie wollen eine Einheitsschule!)

die Diskussion um G 8 – –

(An den Präsidenten gewandt:)

Könnten Sie einmal für Ruhe sorgen? Ich kann mich nicht mehr konzentrieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben das Mikrofon. Zwischenrufe sind etwas Normales. Ich kann auch nicht feststellen, dass das so brutal ist, wie Sie das meinen. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Heike Habermann (SPD):**

Gut, ich fange also noch einmal an. Vielleicht ist Herr Weinmeister dann in der Lage, dem intellektuell zu folgen.

(Zurufe von der CDU)

Sie bringen es fertig, festzustellen,

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

dass unsere Diskussion um G 8 den Gymnasien schaden wolle. Das ist wirklich eine intellektuelle Glanzleistung –

(Mark Weinmeister (CDU): Sie wollen das Gymnasium abschaffen!)

wenn ich gleichzeitig die Botschaft des Landesvorsitzenden des Hessischen Philologenverbandes Knud Dittmann vom Vertretertag in Fulda an die Kultusministerin sehe; ich zitiere aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 09.11. dieses Jahres:

G 8 ist Hokuspokus, seine Einführung eine krasse Fehlentscheidung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Er fordert die Abschaffung der verkürzten Schulzeit bis zum Abitur und stellt fest, das Turbo-Abitur führe zu einem Qualitätsverlust und einer immensen Belastung für die Gymnasiasten.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es, da hat er recht!)

Meine Damen und Herren, der Realitätsverlust bei Ihnen muss wirklich sehr groß sein, wenn Sie sagen, wir greifen das Gymnasium an, weil wir die gleichen Argumente gebrauchen, die die Gymnasiallehrer in der Öffentlichkeit vertreten. Das ist wirklich eine Glanzleistung.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zum Abschluss kommen. Peter Harnack hat es in der letzten Woche in der „Frankfurter Rundschau“ sehr schön auf den Punkt gebracht: G 8 heißt mehr Frust und weniger Bildung, und deswegen muss das hessische Modell der verkürzten Gymnasialzeit zurückgenommen werden. Es muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Weinmeister für die Fraktion der CDU.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Habermann, es sieht zwar fast so aus, als ob wir

heute hier im Partnerlook erscheinen – aber ich glaube, das ist auch die einzige Gemeinsamkeit, die ich heute Morgen bei uns beiden konstatieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Aber Frau Habermann hat 38 als Größe!)

Ich möchte mit drei Zitaten beginnen.

Für eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre sprechen gute Gründe. In vielen anderen Ländern erreichen die Jugendlichen in gleicher Zeit vergleichbare Schulabschlüsse. Sie gewinnen Zeit, um sich frühzeitiger einen Berufsweg zu erschließen und ihre berufliche Existenz aufzubauen.

Das war das erste Zitat. Jetzt das zweite.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die verkürzte Schulzeit, das Zentralabitur und die Profiloberstufe seien die Eckpfeiler des umgestalteten gymnasialen Bildungsganges. „Wir haben auf die veränderten Anforderungen von Hochschulen und Wirtschaft reagiert und erhöhen damit die Chancen unserer Abiturientinnen und Abiturienten im Studium und auf dem Arbeitsmarkt.“

Drittes Zitat:

Das Interesse der Schulen und Kommunen an den neuen Angeboten des Landes, das eine fundierte Umsetzung eines achtjährigen Gymnasiums ermöglicht, ist sehr erfreulich.

So, und jetzt kommen wir zu denen, die das gesagt haben.

Das erste Zitat stammt von der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Hamburg zur Einführung von G 8 in Hamburg.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das zweite Zitat stammt von ihrer Kultusministerin aus Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave. Sie hat sich am 27.09. dieses Jahres deutlich für G 8 ausgesprochen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ei, ei, ei!)

Das dritte Zitat stammt aus der Region direkt gegenüber, aus Mainz. Es ist die Originalantwort von Doris Ahnen auf ihrer Homepage zur Einführung von G 8 in neuen Modellprojekten in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sind doch in Ihrer eigenen SPD vollkommen isoliert, Sie sind doch autistisch.

(Norbert Schmitt (SPD): Wieso klagen dann die hessischen Eltern darüber?)

Das ist doch ein deutliches Zeichen.

Liebe Frau Habermann, Sie haben hier einen durchsichtigen Versuch gestartet, um den Eltern, die sich natürlich darüber Gedanken machen, ob die zusätzlichen Aufgaben und Inhalte, die auf die Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I zukommen, leistbar sind. Viele Eltern machen sich darüber Gedanken, das stimmt. Diese Gedanken muss man auch sehr ernst nehmen. Dass Sie aber diese Eltern dazu benutzen, Ihre Wahlkampfziele durchzusetzen,

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

das ist das eigentlich Perfide an diesem Vorgang.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sagen wir ganz deutlich: Wir glauben, dass wir hier Veränderungen herbeiführen müssen. Deswegen ist es richtig, dass die Kultusministerin diese Arbeitsgruppe eingesetzt hat und dass daran gearbeitet wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Ihnen aber früh eingefallen!)

Der Landeselternbeirat – Frau Geis ist ja auch in der „FR“ zitiert worden – sagt: Ja, wir können dort mitarbeiten und werden sehen, was am Ende dabei herauskommt.

Sie sollten diese Arbeitsgruppe nicht schon vorher diskreditieren, sondern Sie sollten darauf achten, was hinterher dabei herauskommt. Dann schauen wir, was erreicht werden kann.

(Zurufe von der SPD)

Frau Habermann, eines aber ist deutlich geworden: Diese ganze Kritik an G 8 – mit der Sie innerhalb der Bundes-SPD vollkommen alleine stehen – ist doch nur dazu gedacht, um von Ihrem Projekt der Zerschlagung der Gymnasien, der Haupt- und Realschulen und der kooperativen Gesamtschulen abzulenken.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Ich sage es noch einmal und werde es immer wieder sagen, und Sie haben es selbst niedergeschrieben, unter [www.wissenwollen.de](http://www.wissenwollen.de). Ich habe das vor vier Wochen erzählt, und Sie haben es nicht aus dem Netz genommen, also scheint es immer noch zu stimmen. Dort steht unter „Das Haus der Bildung“, Punkt 3 „Der Weg zu unserem Haus der Bildung“, Punkt 3.2 „Die Schritte der Reform“:

Im Bereich der weiterführenden Schule strebt die hessische SPD ... eine Schulstruktur an, in der alle

– ich betone: alle –

weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 eine gemeinsame Sekundarstufe I für alle anbieten.

Meine Damen und Herren, es ist doch ganz deutlich, was Sie wollen: Sie wollen unser System komplett zerschlagen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das war jetzt auch wieder eine intellektuelle Meisterleistung! Mein lieber Schwan!)

Jetzt kommen wir zum Thema G 8 und zu der Frage, was der Landeselternbeirat dazu sagt. Herr Kollege Hanack von der „Frankfurter Rundschau“

(Norbert Schmitt (SPD): Kollege?)

– der Journalist Hanack hat Frau Geis ein paar Fragen gestellt. Sie hat darauf geantwortet, und das müsste Ihnen, liebe Frau Habermann, zu denken geben: „Wir müssen jetzt mit der Situation umgehen.“

(Andrea Ypsilanti (SPD): Was bleibt ihr denn sonst übrig?)

Ich finde es viel schwieriger, wenn es im einen Jahr hü und im anderen hott heißt.“ Sie führt weiter aus: „Das bringt ein solches Maß an Turbulenz und Unsicherheit, dass man sich die Frage stellt, ob man das unseren Schülerinnen und Schülern antun sollte.“ – Nämlich G 8 wieder zurückzunehmen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt weiterlesen! – Norbert Schmitt (SPD): Wie bei

uns! Da hat er zweimal Zitate durch Auslassungen gefälscht!)

Jetzt ist die Frage: Wollen wir das unseren Schülerinnen und Schülern wirklich antun? Wir sind in Hessen im Konzert mit den anderen Bundesländern. Insgesamt 14 Bundesländer haben G 8 eingeführt. Auch international ist G 8 verbreitet. Der Kollege Domisch, den Sie hier auf den Schild heben – der heute leider wieder nicht bei der Debatte mit dabei ist; ich hätte mich sehr gefreut, wenn er da wäre –

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Norbert Schmitt (SPD): Hätten Sie doch beantragt, dass er reden darf!)

hält das System in Finnland mit dem 12-jährigen Gymnasium – G 8 – für in Ordnung.

Wir haben das in Hessen nicht wie in anderen Bundesländern gemacht. Wir haben das Ganze nämlich nicht komplett in einem Jahrgang eingeführt, sodass wir irgendwann – 2013 – einen Doppeljahrgang gehabt hätten, sondern wir haben es verteilt, sodass es bei der Hochschul- und Berufsausbildung zu einer Entlastung kommen wird. Da haben wir ein Stück differenzierter als die anderen Bundesländer gehandelt.

Wir haben ein Fünfjahresprogramm für zusätzliche 25 Millionen € für Schulen – gerade für die Umsetzung von G 8 – aufgelegt. Wir haben im KFA 100 Millionen € zusätzliche Mittel für den Schulbau eingesetzt. Sie sind ganz deutlich mit der Bitte an die Schulträger gegeben worden, sie für Ganztagsangebote, für die G-8-Ausbildung an den Gymnasien und die gymnasialen Zweige der kooperativen Gesamtschule einzusetzen – dort, wo noch keine Ganztagsangebote eingerichtet sind. Ich denke, dass wir auf einem Weg sind, der sich sehen lassen kann.

Wir halten grundsätzlich an G 8 fest. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat und den Schulen Verbesserungen vornehmen. Wir wollen unseren Abiturientinnen und Abiturienten die gleichen Chancen bieten wie der Rest der Republik und sie nicht, wie die Sozialdemokraten das wollen, dieser Chancen berauben.

(Norbert Schmitt (SPD): Zum Glück spielst du besser im Tor, als du redest!)

Meine Damen und Herren, entscheidend ist dabei auch die Frage, ob wir zu einem Verfahren kommen, das eine große Übereinstimmung in diesem Land findet. Ich glaube, wir können das schaffen.

Ihr Weg ist, einfach zu sagen: „Wir wollen es nicht, wir gehen zurück auf G 9.“ Damit sind Sie in dieser Republik isoliert. Sie werden auch nicht verschleiern können, dass es Ihnen gar nicht um G 8 oder G 9 geht, sondern darum, die Gymnasien zu zerschlagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Wagner. – Oh, Frau Kollegin Habermann meldet sich zu einer Kurzintervention. Danach kommt Herr Wagner.

(Zuruf von der CDU: Rechnen Sie doch einmal ein bisschen!)

**Heike Habermann (SPD):**

Wenn ich Sie sehe, fällt mir das schwer.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weinmeister, ich habe etwas dagegen, wenn Sie hier vorne am Rednerpult Menschen zitieren, die sich nicht dagegen wehren können, falsch zitiert zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie die Vorsitzende des Landeselternbeirats zitiert haben, kann vielleicht Herr Wagner in seiner anschließenden Rede noch richtig stellen,

(Mark Weinmeister (CDU): Ich habe sie aus dem Internet zitiert!)

aber wie Sie Herrn Domisch zitiert haben, werde ich hier nicht so stehen lassen. Finnland hat zwar zwölf Jahre bis zum Abitur,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wie alle Europäer!)

aber es hat genau das System, über das ich vorhin gesprochen habe,

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

nämlich eine flexible Schulzeit, die es zulässt, dass Kinder auch 13 oder gar 14 Jahre bis zum Abitur in der Schule sind, ohne deswegen – wie das in Ihrem System üblich ist – mehrere „Ehrenrunden“ drehen zu müssen und Angst zu haben, überhaupt nicht mehr zu einer Abschlussprüfung zu kommen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zweitens hat Finnland vor langer Zeit das geschafft, bei dem wir noch am Anfang stehen, nämlich eine frühkindliche Bildung auf die Beine zu stellen, die gleiche Bildungschancen und bessere Startchancen von Anfang an gewährleistet. Sehen Sie, das genau ist der Unterschied. Wenn Sie zwölf Jahre zur Regel machen wollen, können Sie nicht mit einem solchen Schulstart und mit einem solchen Stand der frühkindlichen Bildung ins Rennen gehen, denn dann riskieren Sie, dass Sie unterwegs viel zu viele auf der Strecke lassen. Deswegen werden wir zunächst genau das ändern, und dann reden wir über alles andere.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Erwiderung, Herr Kollege Weinmeister.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Frau Kollegin Habermann, in Finnland ist G 8 die Regel. Natürlich gibt es individuell auch die Möglichkeit, nach längeren Schulzeiten zum Abitur zu kommen. Meine liebe Frau Kollegin, das gibt es doch bei uns auch.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja eben, natürlich!)

Von einer integrierten Gesamtschule kann man in eine gymnasiale Oberstufe wechseln, dann hat man das Abitur nach 13 Jahren. Ebenso kann ich von einem Realschulzweig oder einer Realschule in die gymnasiale Oberstufe wechseln und hat das Abitur dann auch nach 13 Jahren. Diese Möglichkeit besteht doch bei uns genauso. Wir müssen nicht das schlechtere, was wir hier haben. Wir sind

genauso flexibel und haben diese Möglichkeiten. Es gibt nicht nur einen Weg zum Abitur, sondern viele. Das finde ich auch gut so, weil Lernbiografien individuell sind.

Der zweite Punkt, den Sie genannt haben, ist der absolute Hammer. Sie sprechen hier die frühkindliche Bildung an. Als wir 1999 die Regierung übernommen haben, spielte bei Ihnen die frühkindliche Bildung überhaupt keine Rolle. Der erste Bildungs- und Erziehungsplan, den wir – und zwar unsere Sozial- und unsere Kultusministerin – zusammen mit Bayern auf den Weg gebracht haben, hat den Weg dafür eröffnet, dass wir frühkindliche Bildung schaffen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist das Entscheidende. Sie haben nichts getan, während wir uns auf den Weg begeben haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt hat Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zu meiner Rede über G 8 komme, noch zwei Anmerkungen zu Herrn Kollegen Weinmeister.

Herr Kollege Weinmeister, Sie müssten sich jetzt schon einmal entscheiden, wie Sie hier mit dem Landeselternbeirat umgehen wollen.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gestern erklärt der Kollege Irmer, der Landeselternbeirat sei parteipolitisch instrumentalisiert, und beschimpft dieses Gremium auf übelste Art und Weise.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich habe die Vorsitzende kritisiert!)

– Okay, Herr Irmer, Sie haben die Vorsitzende kritisiert. Das macht es aber mitnichten besser.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es allein schon inakzeptabel, so mit der Elternvertretung in unserem Land umzugehen.

(Zurufe von der CDU)

Machen Sie nur so weiter. – Einen Tag später sagt der Kollege Weinmeister, der Landeselternbeirat und seine Vorsitzende seien die Kronzeugen gegen das, was die SPD hier betreibt. Schizophrener geht es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Mark Weinmeister (CDU) hält eine Unterlage hoch.)

Ich schlage einfach einmal vor: Wir instrumentalisieren den Landeselternbeirat nicht, sondern nehmen ernst, was er sagt. Damit kämen wir bei der G-8-Debatte ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Dann lobt Herr Kollege Weinmeister die Möglichkeit, dass man nach dem Besuch einer integrierten Gesamtschule das Abitur nach neun Jahren ablegen kann

(Mark Weinmeister (CDU): Und nach dem Besuch von Realschulen!)

– und nach dem Besuch von Realschulen. Herr Kollege Weinmeister, es ist gut, dass Sie erkannt haben, dass Wahlfreiheit sehr wichtig ist. Da nähern Sie sich sehr dem an, was wir GRÜNEN sagen. Ich frage Sie nur: Warum genehmigen Sie dann integrierte Gesamtschulen landauf, landab in diesem Land nicht, obwohl es die Schulgemeinden wollen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In Frankfurt, in Offenbach, in Waldeck-Frankenberg, auch der Schulentwicklungsplan in Limburg-Weilburg ist noch nicht genehmigt – überall genehmigen Sie es nicht. Das zeigt, dass Sie hier mit gespaltener Zunge sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zum Thema G 8. Bei dem Thema G 8 verbinden sich wie so oft bei dieser Landesregierung zwei Sachen auf eine sehr unheilige Art und Weise, nämlich missionarischer Eifer und handwerkliches Unvermögen. Im Ergebnis haben Sie, Frau Kultusministerin, zusammen mit dem Ministerpräsidenten an einer ganzen Schülergeneration einen unverantwortlichen Feldversuch durchgeführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben Gymnasien zu Zwangsganztagsschulen ohne Mittagessen gemacht. Die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern leiden massiv unter dem, was Sie an den Gymnasien angerichtet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

So sagt der Landeselternbeirat anlässlich des Weltkindertages am 20. September:

Stress, Überbelastung und mangelnde Freizeit aufgrund längerer Unterrichtszeiten sowie eine regelmäßig sehr hohe Hausaufgabenbelastung lassen kaum noch Freistunden für sportliche und musikalische Aktivitäten. Das Familienleben leidet häufig unter der immensen Arbeitsbelastung der Kinder.

So weit der Landeselternbeirat von Hessen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, man muss einfach einmal wörtlich zitieren, was der Landeselternbeirat sagt, und ihn nicht instrumentalisieren.

Was sagt der Philologenverband? Ich zitiere:

Die Einführung von G 8 war eine krasse Fehlentscheidung, die zulasten der Beteiligten, der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen geht. Sie bedarf dringend der Korrektur.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Der Ministerpräsident hat in der Generaldebatte gestern Herrn Dinges vom „Darmstädter Echo“ als Kronzeugen für bildungspolitische Fragen angeführt, sicher nicht ganz zu Unrecht. Was sagt Herr Dinges, der der Kronzeuge der Landesregierung in der Bildungspolitik ist? Ich zitiere aus dem „Darmstädter Echo“ vom 13. November:

Überlange Schulzeiten, dazu noch in den meisten Fällen ohne eine richtige Mittagspause und warmes Mittagessen, Hausaufgaben am späten Nachmittag und somit keine Zeit mehr für Freizeitaktivitäten.

So weit die Bilanz Ihres bildungspolitischen Kronzeugen aus dem Journalismus über Ihr G 8.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der „Frankfurter Rundschau“ finden wir die Schilderung des Arbeitsalltags – man muss bei Schülerinnen und Schülern in G 8 leider mittlerweile „Arbeitsalltag“ sagen – einer Elfjährigen. Ich zitiere: „Katja geht in die 6c. Heute hat sie neun Stunden. ‚Ich finde das nicht gut‘, sagt sie, als sie zur Bushaltestelle stapft. 35 Stunden stehen auf dem Wochenplan. Mutter Gaby schüttelt den Kopf: ‚Viel zu viel. Wo soll das hinführen?‘“ Später wird die Mutter zitiert: „Für unsere Kinder ist G 8 die Hölle.“

Das ist die Wahrheit, was Sie mit G 8 angerichtet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Sie hätten es, das ist das Schlimmste, alles wissen können. Es handelt sich nicht nur um handwerkliches Unvermögen, sondern es war auch missionarischer Eifer, wie Sie G 8 eingeführt haben.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

In den Jahren 2003 und 2004 wurde in diesem Hessischen Landtag sehr intensiv über diese Fragen diskutiert. Auf all die Fehlentwicklungen wurden Sie damals schon hingewiesen. Ich zitiere aus einer Rede meiner Kollegin Priska Hinz vom 9. Juli 2003:

Man muss einfach sehen, dass es in den Klassen 5 bis 9 zu einer erhöhten Stundenzahl kommen wird. Dort müssen die Schülerinnen und Schüler in einer kürzeren Zeit mehr lernen.

Frau Hinz hatte sehr recht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das hat keiner bestritten!)

Jetzt ruft Herr Kollege Irmer, ähnlich wie im Jahr 2003, dazwischen: Na und! – Herr Kollege Irmer, im Jahr 2003 hatten Sie dazwischengerufen: „Mein Gott, das ist unglaublich! Was für ein Skandal ist das!“

Dafür gibt es jetzt zwei Erklärungen. Entweder Sie haben diese beiden Sätze ernst gemeint und damals schon erkannt, dass es Murks ist, was Sie hier auf den Weg bringen, oder – das ist viel schlimmer – Sie verhöhnen die Belastung, die mit G 8 in unsere Schulen Einkehr gehalten hat. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Hessische Jugendring hatte schon im Jahr 2004 auf die erheblichen Probleme hingewiesen, der Philologenverband selbstverständlich auch und im Übrigen auch der Landeselternbeirat. Ich finde es einer Ministerin nicht würdig, wie sie mit diesem Gremium umgeht, indem Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, der Landeselternbeirat hätte damals der Einführung von G 8 zugestimmt.

(Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

Das ist mitnichten so. Der Landeselternbeirat hat gemeinsam mit der Landeschülervertretung und dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer 74.000

Unterschriften gesammelt, und in der Resolution, zu der er die Unterschriften gesammelt hat, spricht er sich eindeutig gegen die Verdichtung und Verkürzung der gymnasialen Schulzeit aus. Also zitieren Sie sauber, und gehen Sie anständig mit dem Landeselternbeirat in unserem Land um.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Wolff hätte es besser wissen können. Sie müsste es spätestens jetzt aus der Realität besser wissen. Was sagt aber diese Ministerin zu all diesen Entwicklungen? Da lohnt es sich, zu schauen, was die Ministerin sagt, wenn sie sich in einem Landesteil äußert, wo es für die Union noch große Zustimmungsraten gibt, nämlich in Fulda.

Ich zitiere aus einem Interview aus der „Fuldaer Zeitung“ vom 22.09.2007. Die Ministerin wurde gefragt, ob sie Änderungsbedarf am G 8 sehe. Die „Fuldaer Zeitung“ schreibt: „Dazu sieht die Ministerin gar keinen Grund, wie sie im Gespräch mit unserer Zeitung deutlich macht: G 8 sei ‚sehr behutsam und gut eingeführt worden ...‘“

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommt der Hammer und die erneute Verhöhnung der Menschen, die unter diesem G 8 leiden: „Und die Belastung durch eine gestiegene Stundenzahl – vor allem der unteren Klassen – hält sie eher für eine ‚gefühlte Veränderung‘.“ – Das ist keine gefühlte Veränderung, das ist wahre Realität, unter der Menschen in diesem Land leiden. Frau Ministerin, wenn Sie das nicht wahrnehmen, haben Sie Ihren Job verfehlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 4. November ist sogar noch der Stundenplan abgebildet.

(Ministerin Karin Wolff: Der ist falsch!)

Auf diesem Stundenplan ist die erhebliche Belastung abgebildet, darüber steht als Überschrift und Kommentar der Ministerin: „Nach wie vor eine richtige Entscheidung.“

(Ministerpräsident Roland Koch: Das müssen Sie doch wissen, dass das falsch ist!)

Frau Wolff, wissen Sie, Fehler zu machen ist menschlich. Fehler zu machen, wenn man gewarnt wurde, ist fahrlässig. Fehler zu machen, wenn man gewarnt wurde, und dann noch nicht einmal die Größe zu haben, sie zu korrigieren, das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ministerin Karin Wolff: Was ist mit der Redlichkeit? – Gegenruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen über Redlichkeit reden! – Weitere Zurufe von der CDU)

Kosmetische Korrekturen, wie Sie sie jetzt für die ferne Zukunft in Aussicht gestellt haben, reichen nicht aus. Es bringt den Schülerinnen und Schülern und den Eltern, die heute unter dem G 8 leiden, nichts, wenn Sie sagen, zum Schuljahr 2009/2010 treten vielleicht Änderungen in Kraft. Da sind die Ersten schon wieder aus der Mittelstufe heraus; in der Mittelstufe haben wir das größte Problem. Diese kosmetischen Korrekturen reichen nicht. Wir brauchen grundsätzliche Änderungen.

So wenig, wie uns ein „Weiter so“ beim G 8 weiterhilft, hilft es uns aber auch nicht weiter, zu sagen, wir machen alles wieder rückgängig und gehen wieder zurück auf Los. Das bringt uns absolut nicht weiter. Es hilft vor allem den Schülerinnen und Schülern nichts.

Den Schülerinnen und Schülern, die heute im G 8 sind, würde eine einfache Rückkehr zu G 9 überhaupt nichts bringen, weil eine solche Reform natürlich nur für die Schülerinnen und Schüler greifen könnte, die ab Klasse 5 neu beginnen. Man muss sich deshalb etwas mehr Arbeit machen, als sich manche politischen Mitbewerber in diesem Haus machen, wenn man G 8 verändern will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir haben eine klare Position. Wir GRÜNEN sagen: Wir wollen ein deutlich geändertes G 8, wir wollen Wahlfreiheit der Eltern zwischen einem deutlich geänderten G 8 und dem G 9. Das ist eine ganz klare Position. Diese Position wäre im nächsten Schuljahr ohne Probleme umsetzbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Kahl (SPD): Das wird doch noch problematischer! Wie soll das funktionieren? Was für eine Konzeption des Schulwesens!)

Was schlagen wir konkret vor? Wir wollen, dass im G 8 umgehend die Lehrpläne entschlackt werden. Wir wollen, dass der Unterrichtsstoff anders auf die zwölf Jahre verteilt wird und die Verdichtung nicht ausgerechnet in der Mittelstufe stattfindet, in einer Zeit, in der Kinder und Jugendliche ohnehin schon vielfältige Probleme haben. Wir wollen, dass die Ganztagsangebote an den Schulen ausgeweitet werden und dass mehr Zeit für Lernen und für Förderung bleibt. Wir wollen, dass die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse 7 beginnt, auch, damit die Durchlässigkeit zwischen Realschule und Gymnasium gewahrt bleibt.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Das sind alles Reformen, Änderungen, die zum nächsten Schuljahr machbar wären. Das sind alles Änderungsvorschläge, die es im Übrigen in dieser schönen Bundesrepublik bereits gibt, nur eben nicht in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir müssten nur von anderen abschreiben, dann könnten wir das ganz schnell verwirklichen.

Weil Herr Kollege Weinmeister die Landesvorsitzende des Elternbeirats zitiert hat, dass sie nicht für eine komplette Rücknahme des G 8 sei, will ich das Zitat der Vollständigkeit halber fortsetzen. Die Vorsitzende des Landeselternbeirats wurde in diesem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ auch gefragt, was sie von unserem zweiten großen Vorschlag halte, nämlich der Wahlfreiheit der Eltern zwischen einem geänderten G 8 und dem G 9. Dazu sagt die Vorsitzende des Landeselternbeirats: „Diese Idee hat Charme.“ – Dann sollten wir sie vielleicht durchführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wären Veränderungen, die sofort machbar wären: ein geändertes G 8 und die Wahlfreiheit zwischen einem geänderten G 8 und G 9. Frau Ministerin, ich weiß gar nicht, was gegen irgendeinen dieser Punkte spricht. Was spricht dagegen, die Lehrpläne schleunigst zu entschlacken, statt sie in den Kommissionen auf die lange Bank zu schieben?

Was spricht denn eigentlich dagegen, den Unterrichtsstoff schon zum nächsten Schuljahr anders zu verteilen? Was spricht denn eigentlich dagegen, den Schulen die Möglichkeit zu geben, vernünftige Ganztagsangebote zu machen? Was spricht denn eigentlich dagegen, die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse 7 beginnen zu lassen, wie es andere Bundesländer machen? Was spricht eigentlich dagegen, außer dass Sie sich in Ihrem ideologischen Eifer einmal mehr verrannt haben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, was spricht dagegen, den Eltern Wahlfreiheit zwischen einem geänderten G 8 und dem G 9 zu geben, wie uns das andere Bundesländer bereits vormachen? In Hamburg wird es gerade eingeführt. Die Schulsenatorin in Hamburg ist Ihnen keine Unbekannte, es ist eine frühere Mitarbeiterin von Ihnen, Frau Dinges-Dierig. In Hamburg wird genau das gerade eingeführt, ein G 8 am Gymnasium und parallel ein G 9 in einer Stadtteilschule.

(Mark Weinmeister (CDU): Das haben wir doch auch schon!)

Nur die hessische CDU ist wieder meilenweit hinter den bildungspolitischen Debatten ihrer eigenen Bundespartei her.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den Sozialdemokraten, weil sie uns auch so freundlich angesprochen haben. Wir sind sehr zuversichtlich, wenn wir am 27. Januar einen Wählerauftrag bekommen, auch mit Herrn Domisch das, was ich hier gerade vorgetragen habe, verwirklichen zu können.

(Zurufe von der SPD)

Selbst euer Schattenminister hat gesagt, die komplette Abkehr vom G 8 und eine Umstellung auf G 9 entspreche nicht dem internationalen Standard. Wir können uns eine Zusammenarbeit mit Herrn Domisch sehr gut vorstellen. Wir glauben, dass wir uns auf das, was ich hier gerade als Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragen habe, sehr gut und sehr schnell einigen könnten, im Interesse der Schülerinnen und Schüler und Eltern, die heute unter dem vermurksten G 8 von Frau Wolff leiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion stelle ich fest: Die anderen drei Fraktionen im Hause haben gemerkt, dass bei diesem Thema Handlungsbedarf besteht.

(Mark Weinmeister (CDU): Aha!)

Wir haben bereits im letzten Plenum einen Antrag zu diesem Thema eingebracht.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

In diesem Antrag stand sehr deutlich:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen unverzüglich vorzunehmen, damit die Schulzeitverkürzung im gymnasialen Bildungsgang in Hessen ihre Vorteile für die Schülerinnen und Schüler entfalten kann.

Dazu steht die FDP nach wie vor. Wir halten den verkürzten Weg zum Abitur für richtig, er hat Vorteile für alle Kinder.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir haben bereits im letzten Plenum sehr deutlich gefordert, dass die Lehrpläne entschlackt werden sollen. Man sollte sich sowieso einmal darauf verständigen, dass Lehrpläne deutlich mehr standardisiert werden, um den Lehrern mehr Freiheit beim Unterrichten zu lassen, damit sie sich mehr auf die Leistungsstärke ihrer Kinder einstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben auch gefordert, dass die schulischen Möglichkeiten für einen strukturierten Unterricht, der in den Nachmittag hineingeht, verbessert werden. Aber auch hierzu muss ich ganz deutlich sagen: Wenn Sie durch Hessen fahren, werden Sie feststellen, dass sich an den Schulen sehr viel tut. Viele Schulen sind bereits dabei, Mensen einzurichten, ein Mittagessen anzubieten sowie den Unterricht anders zu strukturieren. Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag leider im Ausschuss abgelehnt. Das bedauern wir sehr, denn er ging in die richtige Richtung. Die Ministerin hat gesagt, sie wolle das, was wir angeregt haben, in einer Arbeitsgruppe erarbeiten sowie umsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Zwischen dem letzten und dem heutigen Plenum haben wir einige Wahlkampfveranstaltungen gehabt. Die Eltern haben sich insbesondere während der Podiumsdiskussion in Frankfurt massiv gegen das G 8 gewehrt sowie dessen Umsetzung beklagt.

Man muss die Sorgen der Eltern ernst nehmen. Wir sind sehr dieser Meinung, doch sage ich hierzu auch: Diese Sorgen muss man richtig bewerten, und man darf sie nicht schüren. Da die Überschrift über dem Antrag der SPD lautet: „G 8 macht Kinder krank“, muss man sich nicht darüber wundern, dass Eltern in Sorge geraten, sich aufregen und unruhig werden.

Ich habe bereits gestern gesagt, dass es nicht viel bringt, zu sagen: Das Gymnasium ist der einzige Weg zum Abitur; und das Abitur ist für Kinder der einzig erstrebenswerte Bildungsabschluss.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch falsch, zu sagen, dass jemand, der in die Hauptschule geht, nichts wert sei und in diesem Leben sowie auf dem beruflichen Markt keine Chance habe.

(Zuruf von der CDU: Ah!)

– Sagen Sie nicht „Ah“, denn genau das wird gesagt. Dann brauche ich mich auch nicht zu wundern, dass es seitens der Eltern einen „Run“ auf das Gymnasium gibt – wohl wissend, dass ihre Kinder dort das G 8 erwartet und dass es dort sehr anstrengend ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Landeselternbeirat ist dieser Meinung, und Frau Geis hat während der Podiumsdiskussion gesagt, dass sie keinen Weg zurück sehe. Man könne nicht alles komplett zurückdrehen, doch müsse man schnellstmöglich Veränderungen herbeiführen.

Ich sage ganz klipp und klar, dass es leistungsstarke Kinder gibt. Das haben die Turboklassen der Gymnasien gezeigt. Denn es war unproblematisch, diese Kinder in zwölf Jahren zum Abitur zu führen. Da die Kinder unterschiedlich leistungsstark sind, wollen die Eltern eine Alternative. Sie wollen eine Alternative zum G 8, und die muss man ihnen in möglichst großer Vielfalt und mit zahlreichen Angeboten bieten.

(Beifall bei der FDP)

Insgesamt 14 kooperative Gesamtschulen haben den Antrag gestellt, in integrierte Gesamtschulen umgewandelt zu werden. Zehn Anträge sind genehmigt worden, vier nicht. Da muss man sich fragen, warum das so gewesen ist. Denn wenn es integrierte Systeme gibt, die genügend Zulauf bzw. Schülerzahlen haben, wie wir dies von der Herderschule gehört haben, dann muss man dies genehmigen, und zwar möglichst schnell.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Das Gleiche gilt z. B. für die Schule in Edertal, denn diese hat ebenfalls genügend große Schülerzahlen. Dort gibt es im gesamten Kreis keine Alternative zum G 8. Daher hätte man diese Alternative sehr viel schneller genehmigen können.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt an der Ideologie von Frau Wolff!)

– Ich weiß nicht, ob man dies als Ideologie bezeichnen kann. – Als das G 8 eingeführt wurde, habe ich hinter diesem Podium stehend davor gewarnt und gefragt: Liebe Abgeordneten der CDU, wisst ihr, was ihr da tut? Ihr stärkt damit die integrierten Gesamtschulen, die ihr eigentlich nicht mögt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das hat die CDU nicht gewusst!)

Es ist genau so gekommen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, was damals nicht gemacht worden ist und was wir heute erneut fordern, ist die Stärkung – –

(Mark Weinmeister (CDU): Wir stärken die Gesamtschulen nicht!)

– Natürlich ist der Zulauf bei den integrierten Gesamtschulen aufgrund einer Alternative zum G 8 entstanden, aber selbstverständlich.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Die Eltern wollen die Wahl haben.

(Zurufe des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

– Lieber Herr Weinmeister, es gibt auch Gymnasialschüler, die neun Jahre bis zum Abitur brauchen. Diese sind ebenso gute Abiturienten und Studenten. Daher brauchen wir eine Alternative zum verkürzten Gymnasialzweig: einen neunjährigen Gymnasialzweig.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt noch etwas, was Sie bisher nicht gemacht haben, was man aber heute noch immer machen könnte, sodass ich nicht verstehe, warum dies abgelehnt wird. Warum sagt man den kooperativen Gesamtschulen nicht: „Wir überlassen es der Schule vor Ort“? Denn es hat etwas mit Eigenverantwortung zu tun, ob sie einen achtjährigen oder neunjährigen Gang zum Gymnasium anbietet.

Nun zum Modell der kooperativen Gesamtschule mit der Förderstufe. Es ging darum, länger gemeinsam zu lernen, die Kinder noch für zwei Jahre in der Förderstufe zusammen lernen zu lassen und erst dann zu entscheiden, in welchen Bildungsgang die Schüler gehen – und zwar zielgerichtet, entsprechend ihrer Abschlussprüfung. Das wäre der richtige Weg gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt kooperative Gesamtschulen, die ganz klar sagen: Nein, wir müssen verkürzen, da wir uns in einer direkten Konkurrenz zum Gymnasium befinden. Wir stärken dafür aber unseren Realschulzweig, indem wir sagen: Die Kinder, die einen guten Realschulabschluss machen, sollen in die Oberstufe wechseln.

Es gibt aber auch kooperative Gesamtschulen, die ganz klar sagen: Wir würden viel lieber wieder zu unserer Förderstufe zurückkehren und unsere Kinder in neun Jahren zum Abitur führen.

Wir müssen den Schulen diesen Weg freistellen. Dann hätten wir nach meiner Meinung auch das Alternativenproblem nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in Hessen 167 Gymnasien sowie 82 integrierte Gesamtschulen. Wir haben aber 129 kooperativ arbeitende Gesamtschulen. Wenn nur die Hälfte dieser Schulen umgewandelt würde, dann gäbe es für die Eltern, die ihre Kinder nicht in acht Jahren zum Abitur führen, sondern neun Jahre lang Zeit haben wollen, ein gutes Alternativangebot.

Im Rahmen der Eigenverantwortung muss man aber auch ganz klar einen Appell an die Gymnasien richten. Ich glaube, es liegt vieles an der Umsetzung sowie daran, wie sich die Gymnasien zum Problem beim G 8 stellen. Wenn die Kinder an einem Dienstag acht Unterrichtsstunden haben – und zwar in acht verschiedenen Fächern –, um vier Uhr nach Hause gehen, wobei sie in allen acht Fächern Hausaufgaben aufbekommen haben, und am darauf folgenden Mittwoch ebenfalls acht Unterrichtsstunden – wiederum in acht verschiedenen Unterrichtsfächern – stattfinden, dann braucht man sich natürlich nicht darüber zu wundern, dass die Schüler am Mittwochmorgen absolut gestresst sind.

(Beifall bei der FDP – Mark Weinmeister (CDU): Das hat etwas mit der Eigenverantwortung der Schulen zu tun!)

– Lieber Herr Weinmeister, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass ich dies eingangs gesagt habe. Ich habe gesagt, man müsse an die Eigenverantwortung der Schulen appellieren. Die Gymnasien sollten das Ganze positiv aufnehmen und versuchen, die Unterrichtsstruktur sowie die Fächer so zu legen, dass die Kinder eben nicht bis zum Abend in der Schule sitzen und darüber hinaus noch Hausaufgaben aufbekommen. Die Fachlehrer sollten sich stattdessen absprechen und vereinbaren, dass

der eine Lehrer etwas mehr und der andere Lehrer dafür etwas weniger aufgibt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich kann auch nicht verstehen, was die GRÜNEN, die immer die Eigenverantwortung großschreiben, in ihrem Antrag fordern. Sie schreiben, der Lernstoff solle woanders verdichtet werden. – Aber wo denn, bitte? In den Grundschulen? Das ist von ihnen eindeutig abgelehnt worden. In der gymnasialen Oberstufe? Sagen Sie doch ganz genau, wo der Unterrichtsstoff verdichtet werden soll. Aber das tun Sie nicht.

Nun zur Wahlfreiheit G 8/G 9. Dazu frage ich Sie: Wo soll es diese Wahlfreiheit geben? Beim Gymnasium oder bei der Gesamtschule? – Ich habe ganz klar gesagt: Wir wollen die Wahlfreiheit haben. Das Gymnasium soll in acht Jahren zum Abitur führen. Die Gesamtschulen können entweder als integrierte Gesamtschule einen neunjährigen Zweig anbieten oder als kooperative Gesamtschule wählen.

Herr Wagner, nun komme ich dazu, dass mit der zweiten Fremdsprache erst in Klasse 7 begonnen werden soll. Es gibt in diesem Land etliche Gymnasien und Gesamtschulen, die mit der zweiten Fremdsprache bereits in der 5. Klasse beginnen, weil die Lehrer sagen, die Kinder kämen, da sie zum Teil in der Grundschule zwei Jahre Englischunterricht hätten, mit Fremdsprachenkenntnissen zu ihnen; und je früher man die zweite Fremdsprache anbiete, desto besser sei das. Wenn Sie dabei bleiben, dass die zweite Fremdsprache erst in der 7. Klasse eingeführt werden soll, dann widerspricht das der Realität sowie der Eigenverantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP steht nach wie vor zu einer Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs. Wir halten es für sehr wichtig, dass leistungsstarke Schüler die Schule schon früher verlassen und Abitur machen können. – Ich fasse alles zusammen: Es war wieder einmal gut gedacht, aber schlecht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist wieder einmal eine Diskussion, die der Wahrheitsliebe wenig dient.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt die Richtigkeit!)

Wenn ich mich frage, was die Motive der Antragsteller, der SPD sowie der GRÜNEN, sind, dann stelle ich fest: Es geht darum, sich aus wahlkampfaktischen Gründen einen Unmut zunutze zu machen, obgleich man mit der Schulform, um die es geht, eigentlich überhaupt nichts am Hut hat und diese am liebsten beenden würde.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, sich zum angeblichen Schutzhelfer der außerschulischen Angebote zu machen, die man im Grunde mit einer verbindlichen Ganztagschule nicht mehr haben will und auch nicht mehr haben wird.

(Norbert Schmitt (SPD): So viel zu Ihrer Wahrheitsliebe!)

Wir sollten die Sorgen der Schüler, der Eltern und auch der Lehrkräfte in der Tat ernst nehmen. Wir sollten – dieses Wort ist schon oft gefallen und genauso oft missbraucht worden – Eltern nicht instrumentalisieren. Es kann in der heutigen Zeit nicht mehr darum gehen, dass wir als eines von 15 Ländern, die es eingeführt haben, das G 8 wieder rückgängig machen.

Es kann nicht darum gehen, dass wir zu einem Zeitpunkt, zu dem selbst Rheinland-Pfalz im Pilotversuch einen verkürzten achtjährigen Bildungsgang einführt, als letztes Land überlegen, ob wir wie Geisterfahrer in eine andere Richtung gehen.

Es kann angesichts der internationalen Situation nicht sein, dass wir uns in dem internationalen Vergleich und in der gewonnenen Bedeutung des lebenslangen Lernens wieder zu einer Verlängerung der Schulzeit hinwenden. Das kann nicht das Thema dieser Debatte sein.

Ich rate auch, dass wir uns nicht mit den Dingen auseinandersetzen, die für unser Schulsystem eine zusätzliche Gefährdung darstellen und rückwärtsgerichtet sind. Da ich mir vorstelle, wir würden eine zusätzliche Wahlfreiheit schaffen, rate ich Ihnen: Schauen Sie sich an, in welchen Gebieten des Landes es beispielsweise lediglich kooperative Gesamtschulen und ansonsten keine anderen Möglichkeiten gibt. Ich rate dazu, zu schauen, ob wir dann tatsächlich eine Wahlfreiheit hätten oder nur eine noch größere Zersplitterung des Bildungswesens, die die Schulen, die wählen könnten, in Gefahr brächte.

Ich rate auch sehr dazu, sich die Frage zu stellen, ob wir es tatsächlich einer ernsthaften Diskussion angelegen sein lassen sollten, eine Frage zu diskutieren, mit der ich bei jeder Debatte konfrontiert werde: ob nämlich das Unterrichtsfach Englisch in den Kindergarten oder die Jahrgangsstufe 1 gelegt werden sollte; ob wir es wieder rückgängig machen sollten, mit der zweiten Fremdsprache bereits in Klasse 6 zu beginnen, oder ob wir wieder in Klasse 7 damit beginnen sollten. Das ist keine moderne Diskussion. Das können wir uns nicht erlauben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat so, dass wir uns mit den wirklichen Sorgen der Menschen auseinandersetzen müssen. Es gibt wirkliche Sorgen, und daran kann man überhaupt nicht vorbeischaun. Natürlich müssen wir uns genau anschauen, wie es zu dieser Stoffdichte kommt. Wir müssen uns fragen, was wir dagegen tun können, dass die Kinder nicht in diesem Maße mit einer Stoffdichte belastet werden. Natürlich müssen wir uns ganz konkret mit der Organisation von Stundenplänen in Schulen auseinandersetzen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie viele Hausaufgaben gegeben werden, sowie damit, wie es um den Einsatz der Fachlehrer in ihren Klassen und um die schulinternen Absprachen steht.

(Norbert Schmitt (SPD): Das fällt Ihnen früh ein!)

Herr Kollege Wagner, wir müssen uns letztlich auch mit Fragestellungen auseinandersetzen, die zumindest dann etwas mehr Zeit brauchen, wenn man sich an Recht und Gesetz hält – was Ordnungen angeht – und ein bestimmtes Verfahren durchlaufen muss.

Auch damit werden wir uns auseinandersetzen. Das sind die faktischen Sorgen der Menschen. Die nehmen wir ernst. Wir sprechen mit den Menschen. Für die Sorgen wollen und werden wir Lösungen finden.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines lasse ich uns aber nicht an die Backe malen: dass wir in Hessen nicht in besonderer und in – dadurch unterscheiden wir uns von anderen Ländern – guter Sorgfältigkeit G 8 eingeführt haben.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie gelegentlich in anderen Ländern nach. Alles, was hier darüber gesagt worden ist, was in anderen Ländern angeblich anders geht als in Hessen, entspricht nicht der Wahrheit, um es sehr parlamentarisch auszudrücken.

(Zurufe der Abg. Mark Weinmeister (CDU) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber mit der Wahrheit ist das beim Kollegen Wagner auch ein bisschen schwierig.

(Gernot Grumbach (SPD): Da spricht die Fachfrau!)

Der politische Wille ist bereits seit 1998/1999 unstrittig erklärt. Das hat zwei Wahlen überstanden. Wir haben G 8 ganz spät eingeführt. Warum haben wir das gemacht? Weil vorher Unterricht ausgefallen ist, weil die Grundschule mit sehr wenigen Stunden bedacht worden ist. Deswegen sind wir erst das 13. von 16 Bundesländern gewesen, das G 8 eingeführt hat.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt bis zum heutigen Tage kein anderes Land – sie beneiden uns um diese Lösung –, das die Etappenlösung eingeführt hat. Wir haben es in drei Jahrgängen hintereinander und nicht in beiden Jahrgängen gleichzeitig eingeführt. Wir haben sowohl die Stundentafel als auch die Lehrpläne gestrafft. Das ist auch völlig unstrittig. Die einzige Frage ist: Ist das ausreichend, oder müssen wir dort möglicherweise noch einmal härter herangehen?

Herr Wagner, dieser Stundentafel und diesen Lehrplänen hat der Landeselternbeirat zugestimmt. Deswegen ist es schlicht die Unwahrheit, wie Sie mich in falscher Weise zitieren. Diese Zustimmung liegt vor. Ich habe noch bei keiner einzigen Verordnung – nur bei einem Erlass vor wenigen Wochen – den Landeselternbeirat überstimmt. Der Landeselternbeirat hat zugestimmt. Es gibt 25 Millionen € für zusätzliche Bücher. Es gibt IZBB-Mittel. Es gibt das 100-Millionen-€-Investitionsprogramm für Ganztagschulen auch für G-8-Schulen, an G-8-Schulen sogar befördert. Wir sichern die Anschlussfähigkeit für Realschüler und Gesamtschüler in die gymnasiale Oberstufe hinein und machen es möglich, dass auch diese Schüler Abitur machen. Bei den Realschülern hat sich der Anteil sogar um 20 % erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen setzen wir uns mit den faktischen Sorgen auseinander. Deswegen habe ich die Arbeitsgruppe einberufen, der dankenswerterweise die Spitze des Landeselternbeirates mit zwei weiteren Vertretern aus dem Landeselternbeirat angehört, drei Schulleiterinnen und Schulleiter und eine Vertreterin der Schulaufsicht. Diese Arbeitsgruppe hat in erster Runde mit mir gemeinsam getagt. Sie hat in zweiter Runde getagt. Wir werten diese ersten beiden Runden intensiv und schnell aus. Wir schichten in der Arbeitsgruppe im Moment ab: Was geht kurzfristig? Was

geht mittelfristig? Was geht langfristig? In der Art und Weise, wie es geht, wird es gemeinsam umgesetzt.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dabei geht es um die Ergebnisse, was die Unterrichtspraxis, die Umsetzung an den einzelnen Schulen angeht. Es geht dabei um die Erinnerung an manches, was an Schulen eigentlich die Regel ist. Es geht dabei um die Frage: Was kann gegebenenfalls sehr schnell mit Erlassen festgelegt werden? Es geht dabei um die Frage: Was muss im Rahmen von Standards und Kerncurricula geändert werden, was die Inhalte angeht? – Meine Damen und Herren, das ist ein seriöses Vorgehen. Ich bitte schlicht um die Möglichkeit, dass die Arbeitsgruppe, die sich aus verantwortungsbewussten Menschen zusammensetzt, diese Arbeit mit uns gemeinsam zu einem guten Ergebnis führen kann.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine schlechte Abschiedsrede! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lasst mich in Ruhe, heißt das! – Gegenruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das war wieder Al-Wazir! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ältestenratsverdächtig! – Ministerpräsident Roland Koch: Nur wenn er angegriffen wird, ist er sehr sensibel!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Alle drei Anträge sollen an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Oder will jemand direkt abstimmen? – Da keiner widersprochen hat, werden die Anträge an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, kurz zur Geschäftslage. Sie wissen, dass wir hier nur bis ca. 13 Uhr tagen können. Danach haben wir noch ein bisschen Luft. Aber ich darf Sie trotzdem bitten, die Redezeiten nicht ganz auszuschöpfen. Das würde uns insgesamt helfen. Nachher tagt hier die Stadtverordnetenversammlung. Dies nur zu Ihrer Information.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 46** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verpackungsverordnung – kein Grüner Punkt auf Brötchentüte und andere Serviceverpackungen – Drucks. 16/8051 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 79:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verpackungsverordnung im Ganzen ändern statt kleine Brötchen backen – Drucks. 16/8214 –**

Die Redezeit beträgt 15 Minuten. Das Wort hat Herr Kollege Heidel für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion legt Ihnen heute einen Antrag vor, der heißt: kein Grüner Punkt auf Brötchentüte und andere Serviceverpackungen. – Dies ist das Corpus Delicti, um das es geht.

(Der Redner hält eine Brötchentüte in die Höhe. – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du musst es aufblasen!)

– Herr Kaufmann, für das Aufblasen sind eigentlich immer Sie zuständig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht wie Mr. Bean im Flugzeug!)

Lassen Sie mich dazu auch aus Zeitgründen nur einige wenige Bemerkungen machen. Wir haben Ihnen den Antrag heute vorgelegt, weil wir in Gesprächen mit der Fleischerinnung und mit der Bäckerinnung – ich bin dankbar, dass Herr Nennhuber heute bei uns ist, um diese Debatte zu verfolgen – zu der Überzeugung gelangt sind, dass es nicht sein kann, dass wir den Verbraucher in Zukunft für Verpackungen wie die Brötchentüte bzw. das Wursteinwickelpapier, aber auch – das wird vor Weihnachten wieder interessant werden – für das Blumenpapier doppelt zahlen lassen. Ich will Ihnen deutlich machen, warum es Unsinn ist, dass hier der Grüne Punkt draufkommt. Wenn Sie eine Brötchentüte nehmen, das Brötchen herausnehmen, sie dann auf dem Frühstückstisch liegen bleibt und mit Marmelade bekleckert wird: Was machen Sie dann damit?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In die Spülmaschine!)

Wäre die Tüte sauber, könnte sie in den Papiermüll. Ist die Tüte bekleckert, fällt sie nicht mehr unter die Verpackungsverordnung. Also muss sie in den Restmüll. In die Biotonne kann sie leider auch nicht, weil es Papier ist. – Meine Damen und Herren, ich glaube, an dem Beispiel wird ganz schnell deutlich, was das für ein Unsinn ist, der als bürokratisches Monster von Herrn Gabriel auf den Weg gebracht werden soll.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will Ihnen verdeutlichen, wie das in der Praxis aussehen wird. Nehmen wir an, wir haben eine Bäckerei mit mehreren Filialen. In diese Filialen kommen morgens die Brötchentüten. In den Tüten werden die Brötchen verkauft. Abends muss sich in jeder Filiale die Verkäuferin hinstellen und die Brötchentüten abzählen: Wie viele habe ich heute verbraucht? – Denn das muss dokumentiert werden. Das läuft dann alles wieder in der Zentrale der Bäckerei zusammen, wo das zusammengefasst wird und dann die Meldung gemacht werden kann, nach dem Motto: „Wir haben heute soundsoviele Brötchenverpackungen verbraucht.“ Das muss dann gemeldet werden. Dafür ist dann ein Lizenzentgelt an den Grünen Punkt abzuführen. Das Entgelt wird also von jeder Bäckerei abgeführt. Gleichzeitig wirft der Verbraucher aber die besagte Brötchentüte, die er bekleckert hat, in die Restmülltonne und zahlt dafür seine Restmüllgebühr. Dem Verbraucher soll also die doppelte Belastung aufgebürdet werden.

(Beifall bei der FDP)

Die Bäckerinnung hat hochgerechnet, was im Jahr auf eine Verkaufsstelle zukommen würde, und ist auf die Summe von sage und schreibe 1.000 € pro Verkaufsstelle gekommen. Die Fleischerinnung ist der Meinung, dass für sie sogar die doppelte Summe relevant werden würde. Diese Summe wird natürlich auf den Verbraucher umgelegt. Es ist ganz logisch, dass das in den Verkaufspreis eingerechnet wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, an meinem Beispiel ist deutlich geworden, dass es zum einen aus ökologischer Sicht Unsinn ist, was gemacht werden soll, dass es zweitens aber ökonomisch ein genauso großer Unsinn ist. Deshalb muss jetzt die Chance genutzt werden, zu verhindern, dass das mit der fünften Novelle der Verpackungsverordnung so umgesetzt wird.

Bundeswirtschaftsminister Glos hat, um Umweltminister Gabriel entgegenzutreten zu können, schon ein Gutachten erstellen lassen, das zu genau demselben Ergebnis gekommen ist, wie ich es Ihnen eben vorgetragen habe. Es ist unrealistisch zu glauben, dass dadurch irgendetwas besser würde.

Die Bundestagsfraktion der FDP hat einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, der sich im Sinne dessen bewegt, was heute die GRÜNEN als zusätzlichen Antrag vorgelegt haben, nämlich die Verpackungsverordnung grundsätzlich zu novellieren. Das wäre der richtige Weg. Wir haben als FDP-Landtagsfraktion versucht, zunächst Schadensbegrenzung zu betreiben, und uns darauf bezogen, Brötchentüten nicht in die Verpackungsverordnung hineinzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Grünen Punkt noch eine Anmerkung machen. Dass die Regelungen zum Grünen Punkt novelliert werden müssen, wird an zwei Zahlen ganz deutlich. Mit einem Milliardenaufwand wird über den Grünen Punkt 1,4 % des Gesamtabfalls erreicht. Gleichzeitig haben wir noch das Problem, dass in manchen Bereichen zwischen 50 % und 60 % Fehlwürfe erfolgen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir müssen wegkommen von dieser Getrenntsammelei vor der Haustür. Wir müssen dahin kommen, dass hinterher maschinell sortiert wird, weil wir damit wesentlich höhere Reinheitsgrade und eine wesentlich höhere Verwertungsquote erreichen können.

(Beifall bei der FDP)

Zum Abschluss will ich sagen: Wir wollen das verändern, was alle als falsch erkannt haben. Aber alle anderen sind anscheinend der Meinung, auch wenn es falsch ist, sollen alle für das Falsche bezahlen. Das wird in einem Presseartikel des Bundes der Streuerzahler vom November dieses Jahres dokumentiert.

Wir als FDP sagen: Weg mit der Brötchentütenverordnung, weg mit dem Grünen Punkt auf der Brötchentüte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weg mit der FDP? – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sollen wir den Ältestenrat anrufen, oder was?)

Lassen Sie die Finger von dem, was noch als kleines Stück Freiheit geblieben ist. Die Brötchentüte muss auch in Zukunft ihren eigenen Weg gehen können.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Heidel, Freiheit für die Brötchentüte – das konnte man heute von Ihnen vernehmen. Aber Sie backen wieder einmal zu kleine Brötchen; denn in der Verpackungsverordnung sind weitere Ungereimtheiten enthalten. Deshalb springen Sie unseres Erachtens zu kurz.

Meine Damen und Herren, in dieser Auseinandersetzung mit der Verpackungsverordnung sind einige Dinge entscheidend. Die muss man besonders betrachten. Das sind Dinge, die einzufordern sind. Zum einen: Entfaltet dieses System überhaupt eine Lenkungswirkung? Führen die unterschiedlichen Gebühren und Lizenzkosten dazu, dass die Abfall- und Reststoffmenge insgesamt reduziert wird oder zumindest ein Umstieg auf umweltverträgliche Verpackungen möglich ist?

Zweitens. Erfahren die unterschiedlich in den Verkehr gebrachten Verpackungen und sonstigen Wertstoffe eine Gleichbehandlung? Auch das ist natürlich zu überprüfen.

Als dritter Punkt ist für uns natürlich wichtig: Wirkt sich die oben angesprochene Lenkungswirkung, die notwendig ist, somit auf alle Verpackungen und im Umlauf befindlichen Wertstoffe aus?

Das sind Dinge, die bei einer Überprüfung natürlich eine große Rolle spielen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Getrennterfassung von Abfällen zu mehr Abfallbewusstsein innerhalb der Bevölkerung geführt hat. Auch darüber haben wir schon einmal im Parlament diskutiert. Wir stimmen nicht mit der FDP überein, dass alles in einer Tonne zusammengeschmissen werden soll. Die Problematik der anhaftenden Schmutzteile ist uns allen bekannt. Das heißt, die Wiederverwertbarkeit ist damit ein Problem. Wenn man das machen würde, würde es auch zu mehr Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher führen. Deshalb ist das nicht zielführend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, kommen wir kurz zu den Lizenzkosten von DSD. Zwar sind die Lizenzkosten beim Dualen System Deutschland je nach Wiederverwertbarkeit, Transport, Aufwand und Marktpreisen des Materials gestaffelt. So liegt das Lizenzentgelt für Papier, Pappe und Karton im Jahr 2007 bei 17,6 Cent/kg, bei Kunststoffen hingegen bei 129,6 Cent/kg und damit beim Siebenfachen. Nach Angaben vom DSD haben sich nach der Einführung des Grünen Punktes im Jahre 1991 Wirtschaftswachstum und Verpackungswachstum voneinander entkoppelt. Leider stellen wir momentan eine gegenteilige Entwicklung fest. Die jüngsten vom DSD präsentierten Zahlen bis zum Jahr 2000 zeigen, dass gerade in der jüngeren Zeit diese Entkoppelung wieder zurückgegangen ist.

Meine Damen und Herren, Verpackungen werden also weiterhin aufwendiger produziert, und es ist wieder mehr Verpackungsmüll vorhanden. Das ist eine Fehlentwicklung, die aus umweltökologischer Sicht nicht akzeptiert werden darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Lenkungswirkung durch unterschiedliche Lizenzierungsgebühren und die Getrennterfassung von Verpackungen und Restmüll reichen nicht aus, um das oberste Ziel des Abfallrechtes – das ist nun einmal die Abfallvermeidung – in einem Sinne zu erreichen, dass von Erfolgen gesprochen werden kann. Wer über die Verpackungsver-

ordnung redet, sollte sich daher Gedanken darüber machen, wie wir die Entkoppelung von Wirtschafts- und Müllwachstum bewerkstelligen oder steigern können und wie wir unnötige Verpackungen erst gar nicht produzieren, damit Müll gar nicht erst entsteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heutige System erweist sich als unzureichend und bedarf – das ist in unseren Augen sehr wichtig – einer Veränderung. Wenn man merkt, dass das System nicht mehr das bringt, was man von politischer Seite anstrebt, dann gehört es auf den Prüfstand.

Meine Damen und Herren, neben der Frage der Lenkungswirkung ist die Frage der Gleichbehandlung im Zusammenhang mit der Verpackungsverordnung zu stellen. Denn die Gleichbehandlung der Verpackungen bei der Frage, wer wie viel für welche Art von Verpackung zu bezahlen hat, ist zu gewährleisten. Die heutige Situation der in ihrer ursprünglichen Form von einer schwarz-gelben Bundesregierung – die FDP war damals dabei – eingeführten Verpackungsverordnung stellt sich wie folgt dar: Die Mehrheit der Verpackungen ist mit einem Grünen Punkt versehen und wird über den gelben Sack oder die gelbe Tonne entsorgt. Die besten Beispiele hierfür sind Tetrapak oder die Chipstüte.

Zweitens sind Verpackungen mit einem Grünen Punkt versehen, die dennoch – das betrifft auch die Papiertüte – im Altpapier landen, also nicht die Brötchentüte, sondern z. B. die Kekspackung oder die Tiefkühlerbsenpackung. Das heißt, die Hersteller zahlen zwar Lizenzgebühren dafür, aber entsorgt wird das nicht über die gelbe Tonne, sondern – da sind die Verbraucher sehr umweltbewusst – gleich über die Papiertonne, und das ist auch gut so. Das heißt, hier wird die Dienstleistung des Dualen Systems erst gar nicht in Anspruch genommen, und es erfolgt in diesem Bereich überhaupt keine Verrechnung.

Drittens gibt es Verpackungen, die keinen Grünen Punkt tragen, aber von den Verbraucherinnen und Verbrauchern dennoch im gelben Sack entsorgt werden. Als Beispiel dienen hier die Folien, in die auf dem Markt Käse oder Wurst eingepackt werden. Das Duale System oder auch das Bundesumweltministerium sprechen hier von den sogenannten Trittbrettfahrern.

Viertens schauen wir auf die von Ihnen heute bereits angesprochene, viel diskutierte Brötchentüte, die bislang keinen Grünen Punkt trägt, aber auch auf keinen Fall über den gelben Sack entsorgt wird und auch nicht dort entsorgt werden soll. Vielmehr soll sie dort landen, wo sie schon die ganze Zeit gelandet ist, im Altpapier.

Die in der vergangenen Woche von der Bundesregierung vorgelegte fünfte Novellierung der Verpackungsverordnung – der Bundesrat muss ihr noch zustimmen – hat eine bedeutende Änderung für die beiden letztgenannten Verpackungstypen gebracht. Die sogenannten Serviceverpackungen, die eben angesprochenen Wursteinwickelfolie, die Brötchentüte oder auch der Eisbecher aus Verbundmaterial sollen ebenfalls mit Lizenzgebühren belegt werden und dem Diktat des Dualen Systems unterworfen werden.

Meine Damen und Herren, während diese Änderung bei der Wursteinwickelfolie oder dem Eisbecher irgendwie nachzuvollziehen ist, ergibt das bei den Brötchentüten absolut keinen Sinn, da diese nie einen Sammelbehälter oder eine Sortieranlage des DSD zu Gesicht bekommen werden. Es kann deshalb – hier sind wir mit der FDP einig



– nicht sein, dass das Duale System seine Finanzprobleme auf dem Rücken des Bäckerhandwerks zu beheben versucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden dem Antrag der FDP dennoch nicht zustimmen können; denn kleine Brötchen zu backen bringt uns in diesem Fall wirklich nicht weiter. Wir fordern stattdessen, dass die Verpackungsverordnung nicht nur in diesem einen Detail zum Schutz bestimmter Klientelen in Wahlkampfzeiten geändert wird, sondern dass das dahinter stehende Konzept in Gänze einer Überprüfung unterzogen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns sind die Bestandteile einer neuen und fairen Verpackungs- und auch Wertstoffverordnung sehr klar. Es muss so sein, dass eine gerechte und an der Umweltbelastung orientierte Beteiligung der Verursacher an den Entsorgungskosten sowie – das ist der zweite Punkt – die Einbeziehung anderer Wertstoffe in das Entsorgungssystem stattfinden, sodass das Paradoxon aufgehoben wird, dass zwar die Plastikflasche einer Verwertung zugeführt wird, nicht aber die Plastikseifenschale, wenn sie entsorgt werden muss. Das heißt, wir wollen und wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Ressourcen geschont werden. Das bedeutet an erster Stelle die Vermeidung, aber dann muss eine sinnvolle Verwertung etabliert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat sich sehr wohl Gedanken gemacht. Sie hat auch einen neuen Vorschlag gebracht, die sogenannte gelbe Tonne plus – das ist nicht die Unterichtsgarantie plus, sondern die gelbe Tonne plus.

Das zeigt, dass man in die richtige Richtung denkt. Aber generell müssen wir dieses System auf den Prüfstand stellen. Das wollen wir mit unserem Antrag erreichen. Deshalb liegt Ihnen unser Antrag vor. Wir wollen eben keine kleinen Brötchen backen; denn das ist nicht zielführend. Ich hoffe, dass wir Ihre Unterstützung für diesen weitergehenden Antrag bekommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rolf Müller, CDU-Fraktion.

#### **Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur drei Anmerkungen zu dem FDP-Antrag machen, weil ich erstens meine großen Sympathiewerte nicht gefährden will, zweitens mit Blick auf die Zeit und weil wir drittens in der Tat sehr viel intensiver über die Verpackungsverordnung diskutieren müssen, als dies im Antrag der FDP deutlich wird.

Erstens. Ich glaube, bei aller bildlichen Darstellung, zu der der Kollege Heidel heute wieder fähig war, ist es ein großes Manko, dass Sie nur einen Teilaspekt dieser fünften Novellierung aufgegriffen haben, die in sich sehr viel mehr Risiken birgt, übrigens nicht nur rechtliche Risiken.

Kein Wort zu dem großen Problem der Verrechnung, die ein Ansatz war, um sogenannte Trittbrettfahrer erst ein-

mal fernhalten zu können. Auch kein Wort zu dem, was uns beschäftigt, nachdem wir den Heldenkampf für den Apfelwein gekämpft haben: zur flächendeckenden Lizenzierung für Weinflaschen. Dort werden wir das nächste Problem haben. Auch kein Wort zu der Frage, wie man in das ganze System einen Vollständigkeitsnachweis einbringen kann. Ich will das nur ansprechen. Wie gesagt, drei Pinselfrisuren zu der ganzen Problematik.

Zweitens. Ich glaube in der Tat – da bin ich sehr nahe bei Frau Kollegin Hammann

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh!)

– es ist bald Weihnachten –, dass wir die fünfte Novellierung sehr viel grundsätzlicher diskutieren müssen. Denn noch nicht jedem ist deutlich geworden,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass das, was Herr Gabriel vorlegt – es war in erster Linie Herr Gabriel; es ist kein Geheimnis, dass es zu dieser Frage Riesenauseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern in Berlin gegeben hat –, viel mehr als eine Reparaturnovelle ist, wie er so leicht betont. Aus meiner Sicht sind in dieser fünften Novellierung der Verpackungsverordnung wesentliche Elemente eines Systembruchs versteckt. Ich glaube, darüber müssen wir reden.

Das führt zum dritten Punkt, der zunächst einmal deutlich macht, dass es einen erheblichen Änderungsbedarf bei dem gibt, was bisher auf dem Tisch liegt. Ich glaube, wir haben alle gemeinsam – Frau Kollegin Hammann, bei Ihnen habe ich viele Ansätze dazu gefunden – großen Anlass, bestimmte Änderungen in die Novelle einzubringen, vielleicht auch über den Bundesrat, damit der jetzt vorliegende Entwurf nicht am Ende Gesetzeskraft erhält.

Deswegen sage ich: Wir haben da noch viel zu tun und müssen Hand anlegen, damit es nicht zu einem Systembruch kommt. Den will offensichtlich, zumindest von denen, die hier gesprochen haben, keiner. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Dr. Müller, vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Abg. Grumbach von der SPD-Fraktion.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Plenum schon vor einem halben Jahr mit der Verpackungsverordnung beschäftigt. Wir haben also einen Teil der grundsätzlichen Argumente schon ausgetauscht. Ich will es deshalb mit ganz wenigen Sätzen sagen.

Erstens. Mit dem Grünen Punkt wurde ein künstliches Monopol geschaffen. In der Anfangsphase seiner Tätigkeit erzielte es im Wesentlichen Gewinn und hat weniger für die Entsorgung gesorgt.

Zweitens. Die hessische SPD hat immer wieder versucht, jene Menschen zu unterstützen, die Alternativen zu diesem Monopol aufgebaut haben. Zum Teil geschah dies auch mit hohem persönlichem Risiko. Denn wir glauben, dass das keine vernünftige Struktur ist.

Drittens. Wir hatten auch große Sympathien für die Grundidee, die Herr Heidel genannt hat. Wir müssen

irgendwann einmal von dem Sortieren loskommen und das maschinell erledigen lassen. Nach unseren Informationen ist da aber die Technik noch nicht soweit.

Viertens. Wenn man ein System, bei dem Probleme bestehen, auf die Spitze treibt, wird das System nicht besser, sondern die Probleme werden größer.

Deswegen neigen wir genauso wie die Mitglieder der GRÜNEN dazu, sehr ausführlich über die gesamte Verpackungsverordnung reden zu wollen. Wir können deshalb dem Dringlichen Antrag der GRÜNEN zustimmen. Wir hoffen, dass wir im Ausschuss noch Gelegenheit haben werden, ein bisschen darüber zu reden. Den Rest werden dann die Kollegen in der nächsten Legislaturperiode erledigen müssen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Grumbach, herzlichen Dank. – Das Wort hat nun Herr Staatsminister Wilhelm Dietzel.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir alle einer Auffassung!)

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird einmal mehr über die Verpackungsverordnung diskutiert, die wir seit dem Jahr 1991 in unserem Land haben.

Der ursprüngliche Ansatz wird immer mehr aus den Augen verloren. Ursprünglich war das einmal ein umweltrechtlicher Ansatz. Heute reden wir mehr und mehr darüber, welche Verzerrungen des Wettbewerbs dadurch entstehen. Wir reden auch darüber, wie Frau Kollegin Hamann eben, welche Ungereimtheiten sich entwickelt haben. Ich habe das Gefühl, mit jeder Veränderung werden zumindest die Ungereimtheiten, aber auch die Wettbewerbsverzerrungen nicht besser. Auch das muss man sehen. Wenn man hier über die Brötchentüte redet, muss man sehen, dass das nur einen kleinen Teil dessen ausmacht, worum es bei der Verpackungsverordnung geht.

Im Bundestag und im Bundesrat wird gerade die fünfte Novelle diskutiert. Dabei geht es auch um die Frage, ob die Tätigkeitsbereiche des Dualen Systems und der Selbstversorger entzerrt oder getrennt werden sollen.

Man muss sich die Diskussion einmal anschauen. Das sollte eine ganz kleine Novelle werden. Ich habe das Gefühl, je länger die Diskussion andauert, desto größer wird die Novelle.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Das zeigen mir die Informationen, die mich aus dem Bundestag erreichen.

Hier geht es aber um die Behandlung der Serviceverpackungen. Denn darum geht es in dem Antrag der Fraktion der FDP. Ich denke einmal, dass die Auseinandersetzung darüber in Berlin und in den anderen Bundesländern schon gelaufen ist. Herr Glos hat das Thema aufgegriffen. Er hat ein Rechtsgutachten dazu erstellen lassen. Das Ergebnis dieses Rechtsgutachtens war: Eine solche Befreiung würde dem Gleichheitsgebot des Art. 3 Grundgesetz

widersprechen. Auch das sollte man nicht ganz aus dem Auge verlieren.

Auch Herr Kollege Sander aus Niedersachsen hat das Thema schon einmal aufgegriffen. Er hat das dann aber auf die Aussage reduziert: Europa soll das richten. – Der Antrag der FDP-Fraktion sieht eine generelle Herausnahme vor, sagt dann aber auch, dass das auf der Ebene der Europäischen Union geregelt werden muss. Da wird man meiner Meinung nach auf dieselben Probleme stoßen, wie wenn man es bei uns in Deutschland anspricht.

Wenn ich mir die gesamten Entwicklungen bei der Verpackungsverordnung einmal ansehe, habe ich das Gefühl, dass dort einfache Lösungen nicht gefragt sind. Ich will nur ein Beispiel nennen. Bei der Diskussion um das Dosenpfand haben wir vorgeschlagen, dass 90 % der Verpackungen in Mehrwegverfahren bleiben oder der Wiederverwertung zugeführt werden müssten. Das wäre eine relativ einfache Lösung gewesen. Die wurde aber nicht angenommen. Zugegebenermaßen sind uns da auch die Kollegen aus Bayern in den Rücken gefallen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So sind die Bayern! – Zurufe: Oh!)

Wir haben diese einfache Lösung nicht durchbekommen.

Ein Problem wurde von Herrn Grumbach gerade eben auch angesprochen. Es handelt sich um ein kompliziertes System, das durch die ständigen Veränderungen zumindest nicht einfacher geworden ist. Ich habe sogar das Gefühl, dass es komplizierter geworden ist.

Man muss sich da auch die Entwicklung ansehen. Wir reden im Moment über die fünfte Novelle. Gleichzeitig wird aber die sechste Novelle schon diskutiert, die sofort hinterherkommen soll. Sie soll dann noch umfangreicher als die fünfte Novelle werden.

Sicherlich diskutieren wir im Moment über die Brötchentüten. Es gibt 175.000 Unterschriften für die Position der Bäcker.

Es ist uns aber noch etwas anderes aufgefallen. Inzwischen ist auch der Wein wieder in die Diskussion geraten. Zumindest geht es in der Diskussion um die Verpackungsverordnung um Teile des Weins.

Deswegen meine ich, dass wir uns im Ausschuss über das Thema unterhalten sollten. Es gibt den Vorschlag des Herrn Glos von der CSU. Es gibt den Vorschlag des Herrn Sander von der FDP. Es gibt den des Herrn Dr. von Boetticher. Er ist Mitglied der CDU und Minister in Schleswig-Holstein. Er hat vorgeschlagen, den öffentlich-rechtlichen Trägern die Entsorgung der Verpackungen für Papier, Pappe und Kartonage zu übertragen. Damit wäre das Bäckertütenproblem gelöst. So einfach ist die Welt dann aber auch nicht. Deswegen sollten wir uns im Ausschuss über alle Aspekte unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister Dietzel, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es ist vorgeschlagen, den Antrag, Drucks. 16/8051, und den Dringlichen Antrag, Drucks. 16/8214, dem Fachausschuss zu überweisen, das wäre der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. – Darüber besteht Einigkeit.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 24** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Hessisches Gesetz über Einkommensverbesserungen für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (GEVerbTöD) – Drucks. 16/8213 zu Drucks. 16/8080 zu Drucks. 16/7637 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Frömmrich. – Herr Frömmrich, bitte sehr.

**Jürgen Frömmrich, Berichterstatter:**

Herr Präsident, vielen Dank. – Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/8201 – und damit in der aus der Anlage zu Drucks. 16/8213 ersichtlichen Fassung – in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag waren dem Innenausschuss in der 145. Plenarsitzung am 13. November 2007 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf am 13. November 2007 beraten und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP die zuvor wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

Zuvor war der Änderungsantrag Drucks. 16/8201 mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen worden.

Herr Präsident, unter Zeugen übergebe ich Ihnen jetzt die Beschlussempfehlung und den Zweiten Bericht.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Da hast du Glück gehabt. – Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Zuerst spricht Herr Kollege Beuth für die CDU-Fraktion.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sehen mit dem Gesetzentwurf eine Einkommensverbesserung von 3,1 % für die Tarifbeschäftigten im Lande Hessen vor. Das lässt sich auch im Vergleich der anderen Länder durchaus sehen. Dort wurde mit 2,9 % abgeschlossen.

In der Debatte wurde gelegentlich vergessen, zu sagen, dass die lineare Erhöhung von 2,4 % genauso dazu gehört wie natürlich die Einmalzahlung, die in diesem Jahr erfolgt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist nur einmalig! Im nächsten Jahr ist das wieder weg!)

Dazu kommt noch die Familienkomponente, also der Zuschlag ab dem dritten Kind.

Wir haben das bereits in der Debatte am vergangenen Dienstag hier miteinander behandelt. Förmliche Tarifverhandlungen wurden von den Gewerkschaften selbst als verfrüht angesehen. Es hat ein Angebot der Landesregierung gegeben. Der Minister hat aus dem Schreiben zitiert.

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung hat es aber gleichwohl zugelassen – im Grunde genommen erfordert sie es auch –, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg des Landes Hessen zu beteiligen. Das war aber aufgrund der Meistbegünstigungsklausel vor dem 1. Januar 2008 nicht möglich. Das haben wir hier miteinander hinreichend diskutiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es ist doch schon alles gesagt!)

Es war aber auch nicht möglich, die Verhandlungen vor dem 1. Januar 2008 zum Abschluss zu bringen.

Ich möchte eines noch einmal erwähnen, denn Herr Kollege Frömmrich war so freundlich, das in der Debatte am Dienstag noch einmal vorzutragen. Natürlich ist es am Ende nicht von dieser Welt, zu glauben, dass, wenn man am 1. Januar des nächsten Jahres beginnen würde, Tarifverhandlungen zu führen – man muss es dann auch erst einmal hinbringen, dass das dann gleich beginnt –, man im ersten Quartal des kommenden Jahres zu einem Abschluss kommen würde.

(Günter Rudolph (SPD): Wieso? Sie haben es doch noch gar nicht versucht!)

Wir haben am 27. Januar 2008 einen Termin, der uns alle beschäftigt. Danach wird es zur Regierungsbildung kommen. Vor dem Sommer wäre nichts geschehen. Wenn man Ihrer Vorstellung überhaupt folgen wollte, dann würde den Tarifbeschäftigten dieses Landes im Grunde genommen mit einem Jahr Verspätung eine Einkommensverbesserung ermöglicht. Das heißt, dass Sie möglicherweise den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Einkommensverbesserung zwar gönnen, aber nicht jetzt. Das ist das Ergebnis.

Herr Kollege Hahn

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hier!)

hat davon gesprochen, dass sich das am Rande der Verfassungswidrigkeit bewegen würde. Ich war noch die Fundstelle für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schuldig geblieben. In Band 94, Seite 268, steht etwas anderes. Danach haben die Tarifvertragsparteien kein Normsetzungsmonopol. Deswegen bleibt dem Gesetzgeber eine Regelung auch im Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz nicht verwehrt. Das haben im Übrigen im vergangenen Jahr auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN so gesehen, als sie beim Gesetz hinsichtlich der Einmalzahlung einen entsprechenden Antrag für die Tarifbeschäftigten eingebracht haben.

Am Ende bleibt noch festzuhalten, dass weder die Bezeichnung „Gutsherrenart“ noch die Bezeichnung „Tarifdiktat“ die richtigen Begriffe sind. Vielmehr haben wir die Verantwortung und die Fürsorge für die Mitarbeiter übernommen. Das wird in unserem Gesetzentwurf ordentlich beschrieben. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Beuth, vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Abg. Rudolph von der SPD-Fraktion.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Beuth, wir hatten immer noch gehofft. Sie hatten bis zur dritten Lesung noch einmal Zeit, diese falsche politische Weichenstellung zu korrigieren. Ihrem Beitrag konnte man aber entnehmen, dass das nichts genutzt hat. Denn Sie sind beratungsresistent.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wollen einen Tarifvertrag und kein Lohn- oder Gesetzesdiktat, wie diese Landesregierung es vorsieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die klare und eindeutige Botschaft der letzten Wochen. Einkommensverbesserungen für Tarifbeschäftigte per Gesetz zu beschließen – meine Damen und Herren der CDU, das wollen Sie tun –, ist und bleibt ein schwerer Verstoß gegen die in Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz besonders geschützte Tarifautonomie. Da fühlen wir uns durch die Anhörung bestätigt. Selbst Herr Hahn musste konstatieren, dass sich das am Rande des Verfassungsbruchs bewegt. Auf gut Deutsch heißt das: Eigentlich ist das ein Verfassungsbruch. – Das wollte ich hier sehr deutlich sagen. Deswegen ist das falsch, was die Landesregierung hier tun will.

(Beifall der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber was schert die Anhörung, was schert der Sachverständ die CDU in ihrer bekannten Art und Weise? Mit Ihrer absoluten Mehrheit ignorieren Sie einfach die Gesetze und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Wir hingegen wollen, dass der faire Ausgleich der Interessen der Beschäftigten und der Arbeitgeber, der in Hessen aufgrund der ideologischen Verbohrtheit der CDU nicht möglich ist, wie in 14 Bundesländern per Tarifvertrag geregelt wird. Die Mitarbeiter in der Landesverwaltung haben einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung – nicht mehr und nicht weniger. Die Mitarbeiter dürfen nicht nach dem Motto „Es steht eine Landtagswahl an, deshalb gibt es eine Erhöhung“ behandelt werden. Das ist der entscheidende Unterschied: Wie wollen ordentliche Tarifverhandlungen, wie es Praxis und guter Brauch war. Die Mitarbeiter der Landesverwaltung werden von der CDU wie ein politischer Spielball behandelt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, Sie haben am Dienstag in der zweiten Lesung gesagt, die SPD habe im letzten Jahr den Änderungsantrag eingebracht, per Gesetz festzulegen, auch den Tarifbeschäftigten mehr Geld zu geben. Sie haben das Ganze natürlich nicht im Zusammenhang dargestellt. Der Änderungsantrag bezog sich nämlich auf eine Einmalzahlung an Beamte. Unser Ansatz war, dass die Tarifbeschäftigten im Sinne einer Gleichbehandlung ebenfalls eine Einmalzahlung bekommen sollten. Was war das Ergebnis? Sie haben den Antrag abgelehnt, und die Tarifbeschäftigten haben im letzten Jahr keine Einmalzahlung bekommen. Das war sozial ungerecht und Hintergrund unseres Antrags. Das haben Sie so natürlich nicht dargestellt. Es war ein ganz netter Versuch, Herr Bouffier, aber er ist kläglich gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis bleibt bei den Mitarbeitern viel Frust. Die Landesregierung setzt auf das Prinzip „Wir gewähren eine kleine Gehaltserhöhung, dann werden sich zwar ei-

nige ärgern, aber die Masse wird sie nehmen“. Ein kleiner Hinweis: Bayern erhöht die Besoldung seiner Beamten, übrigens rückwirkend zum Oktober, um 3 %. Die Hessische Landesregierung protzt und prahlt damit, dass sie den Beamten 2,4 % mehr zahlen wird, das sei ganz toll. Ich sage Ihnen das, weil Sie sich auch sonst an Bayern orientieren.

In der Konsequenz liegen wir richtig. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Wir fordern die Landesregierung auf, in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren und in einem geordneten Verfahren einen Tarifvertrag auszuhandeln. Das ist das Gebot der Stunde. Da Sie dazu weder willens noch bereit sind, werden die Wählerinnen und Wähler die Gelegenheit haben, solch ein Verfahren zu ermöglichen. Wir sind zuversichtlich, dass wir das hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Das Wort hat der Abg. Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Themenbereich ist alles gesagt, auch von der FDP-Fraktion. Wenn jemand, ohne auch nur einen einzigen inhaltlichen Vorschlag vorzutragen, eine dritte Lesung provoziert, sollte man die Debatte nicht weiter ausdehnen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es richtig ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landesverwaltung an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Das Ob stand deshalb auch nie infrage, aber das Wie ist hart an der Grenze der Verfassungswidrigkeit. Das habe ich am Dienstag für die FDP-Fraktion ausgeführt. Deshalb ist eines klar: Ab dem 5. April nächsten Jahres wird der dann gewählte Innenminister des Landes Hessen den Auftrag erhalten, mit den Tarifparteien unverzüglich einen Tarifvertrag auszuhandeln, damit dieser an der Grenze zur Verfassungswidrigkeit liegende Akt aufgehoben wird und wir wieder zu Tarifverträgen in Hessen zurückkommen – aber nicht zu bundesweit geltenden Verträgen, sondern zu einem passgenauen Tarifvertrag für unser Land und unsere Mitarbeiter.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hahn, wir haben deshalb eine dritte Lesung beantragt, weil wir nach dem Motto „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ der CDU-Fraktion in diesem Hause die Möglichkeit geben wollten, noch einmal darüber nachzudenken, wie sie Personalpolitik, Tarifpolitik betreibt und ob es richtig ist, die Einkommensentwicklung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter per Gesetz festzusetzen.

Der zweite Grund war, dass die CDU-Fraktion bei diesem Gesetzentwurf so sehr gemurkst hat. Zuerst musste sie

eine Regelung für die Waldarbeiter nachreichen, dann musste sie eine Regelung für die Auszubildenden in der Forstwirtschaft nachreichen. Von daher gesehen war eine dritte Lesung geboten.

Ich kann, auch nach der Beratung im Innenausschuss, nur feststellen, dass die CDU-Fraktion genauso weitermacht wie bisher. Sie sind beratungsresistent. Anhörungen stören Sie nicht, die Meinungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stören Sie nicht, und auch die Auffassungen der Opposition sind ohne Belang. Sie machen Personalpolitik nach Gutsherrenart – Augen zu und durch. Das haben wir schon mehrfach erlebt. Das haben wir bei den Beamten erlebt. Jetzt erleben wir es bei den Angestellten. Nach dem gebrochenen Versprechen des Ministerpräsidenten, es werde kein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamte geben, haben wir jetzt das gebrochene Versprechen des Innenministers, dass es für Angestellte keine solche Regelung geben wird wie für Beamte. Ich habe das schon in der zweiten Lesung zitiert und erspare es mir jetzt. Aber der Umgang der Landesregierung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie setzen nicht auf Kommunikation, sie setzen nicht auf Ausgleich, sondern Sie setzen auf Konfrontation und fahren damit vor die Wand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stehen vor dem zweiten Systemwechsel, den Sie in der Personalpolitik vornehmen. Zum ersten Systemwechsel kam es bei den Beamten, da Sie nur mit einem Verband geredet haben und nicht der alten Prämisse gefolgt sind, dass die Regelung für die Beamten der Regelung für den Tarifbereich folgt. Den zweiten Systemwechsel wollen Sie jetzt vornehmen, indem Sie die Einkommensverbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tarifbereich per Gesetz festschreiben.

Das ist keine Petitesse in der Landespolitik. Das, was Sie hier machen, ist ein Generalangriff dieser Landesregierung auf die organisierte Arbeitnehmerschaft im öffentlichen Dienst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Gewerkschaften sind Ihnen einfach ein Gräuel. Das haben wir schon vielfach erlebt. Zuletzt haben wir es erlebt, als der Innenminister die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die gegen diese Personalpolitik öffentlich demonstriert haben, als „Krawallmacher“ bezeichnet hat. Auch das ist ein einmaliger Vorgang in diesem Land.

(Zurufe von der CDU)

Sie werden den Gesetzentwurf mit Mehrheit annehmen. Das ist in der Tat ein Angriff auf die Tarifautonomie. Das ist ein Angriff auf Art. 9 des Grundgesetzes, der die Tarifautonomie garantiert. Das haben wir in den Anhörungen im Innenausschuss gehört. Ich möchte Ihnen nur ein Zitat aus der Anhörung vortragen. Der Juristen Prof. Dr. Wieland von der Universität Frankfurt sagte:

Eine gesetzliche Regelung des Arbeitsentgelts greift in die grundgesetzlich geschützte Rechtsstellung der Arbeitnehmer ein, weil ihnen der Staat nicht mehr allein als Arbeitgeber gegenübertritt, sondern einen Kerngehalt der tarifvertraglich zu re-

gelnden Beziehungen einseitig hoheitlich bestimmt.

Ich kann Sie nur auffordern, zu einer anderen Politik im Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzukehren. Wir wollen eine andere Form des Umgangs mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir werden das nach der Landtagswahl am 27. Januar auch tun. Wir wollen, dass dieses Land wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. Wir wollen wieder mit den Gewerkschaften verhandeln und diskutieren.

Auch wir wissen, dass sich die Interessen des Landes als Arbeitgeber und der Gewerkschaften unterscheiden, aber Tarifverhandlungen waren noch nie vergnügungsteuerpflichtige Veranstaltungen. Das muss auch so sein, weil es eben unterschiedliche Interessen gibt. Wir sind für einen fairen Ausgleich. Wir sind gegen Konfrontation und für Kommunikation. Das, was Sie gemacht haben, verehrte Damen und Herren von der CDU, ist Personalpolitik, die in den letzten viereinhalb Jahren vor die Wand gefahren ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Das Wort hat Herr Staatsminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und meine Herren! Ich hatte zu keinem Zeitpunkt die Illusion, dass die Argumente, die wir schon in der zweiten Lesung ausgetauscht haben, bei Ihnen irgendeine Wirkung entfalten würden.

(Günter Rudolph (SPD): Dito!)

Deshalb können wir gemeinsam festhalten: Es gibt kein einziges neues Argument. Es gibt unterschiedliche Positionen. Das muss man hinnehmen.

Wir wollen, dass auch die Angestellten und Arbeiter der Landesverwaltung noch in diesem Jahr ihren Anteil an der verbesserten wirtschaftlichen Lage bekommen. Sie wollen das nicht. Ich freue mich aber darüber, wenn jetzt in dritter Lesung beschlossen wird, dass 50.000 Beschäftigte des Landes Hessen einen Anteil an der Einkommensentwicklung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Gesetz wird nach meiner festen Überzeugung verfassungsgemäß sein. Herr Kollege Rudolph, ich habe den Text Ihres Antrags vom letzten Jahr hier.

(Günter Rudolph (SPD): Ich auch!)

Ganz schlicht: Man kann doch nicht sagen, die Frage, ob man eine zusätzliche Zahlung durch ein Gesetz oder durch einen Tarifvertrag – was wir alle eigentlich lieber hätten – festsetzt, war vor einem Jahr Teil Ihres Antrags. Sie wollten per Gesetz geregelt haben, dass die Einmalzahlungen auch für die Tarifbeschäftigten gelten.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben den Antrag gestellt, dass die überhaupt etwas bekommen, weil Sie überhaupt nichts gemacht haben!)

Wenn Sie sich selbst ernst nehmen, können Sie doch nicht vor einem Jahr mit der eben gegebenen Begründung beantragen, per Gesetz den Tarifbeschäftigten Zahlungen zukommen zu lassen, und ein Jahr später erklären, dass es plötzlich ein Anschlag auf die Verfassung sei, wenn Tarifbeschäftigte durch Gesetz nun einen bestimmten Betrag bekommen sollen.

(Zurufe von der SPD)

Sie müssen sich entscheiden: entweder so herum oder so herum. Da Sie letztes Jahr zu diesem Punkt genau die gleiche Auffassung wie die Landesregierung vertreten haben, bin ich sicher, dass auch die Sozialdemokratische Partei davon ausgeht, dass das verfassungsgemäß ist.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist ja süß!)

Letzte Bemerkung. Ich nehme das sehr ernst. Wir haben nicht die Absicht, einen organisierten – wie heißt das so schön? – Zentralangriff auf die Arbeitnehmerschaft durchzuführen. Wer wären wir denn? Diese Landesregierung wird getragen von der Union.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Union hat in der letzten Wahl die absolute Mehrheit erhalten. Die absolute Mehrheit kann man in diesem Land nur erhalten, wenn man die breite Zustimmung der Arbeitnehmerschaft erhält. Wir fühlen uns der Arbeitnehmerschaft sehr verpflichtet. Was wir hier tun, kommt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieses Landes zugute.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sieht man bei Mindestlohn, Tarifvertrag und beim Kündigungsschutz!)

Ich räume allerdings ein, dass der eine oder andere Funktionär das anders sehen kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Neel!)

Unsere Aufgabe ist es aber nicht, hier Gewerkschaftspolitik und Funktionspolitik abzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande etwas zu tun. Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung in dritter Lesung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU für ein Hessisches Gesetz zur Einkommensverbesserung für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen.

Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU. Gegenstimmen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – FDP. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit Mehrheit beschlossen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bevor wir hier fertig sind, weise ich Sie erst einmal darauf hin, dass um 14 Uhr die Härtefallkommission im Raum 510 W tagt.

Nun haben wir noch einige Punkte zu behandeln, und zwar **Tagesordnungspunkt 26**, Große Anfrage der Fraktion der SPD, mit **Tagesordnungspunkt 38**. Es wird vorgeschlagen, weitere Beratung im Rechtsausschuss. – Zustimmung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeweils abschließend!)

– Ja, ja, ja. – **Tagesordnungspunkt 27**, Große Anfrage der CDU, weitere Beratung Innenausschuss.

(Axel Wintermeyer (CDU): Abschließend!)

– Ja, das ist in Ordnung. Da sind wir uns ja einig: abschließend. Ich habe gar nichts dagegen, wenn Sie recht haben. Meistens haben wir ja recht.

(Heiterkeit)

**Tagesordnungspunkt 28**, Große Anfrage der Abg. Schäfer-Gümbel usw., zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

**Tagesordnungspunkt 29**, Große Anfrage der Abg. Hammann und Fraktion, zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Tagesordnungspunkt 30**, Große Anfrage der SPD-Fraktion, abschließend an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

**Tagesordnungspunkt 31**, Große Anfrage der SPD, abschließend im Haushaltsausschuss.

**Tagesordnungspunkt 32**, Antrag der Fraktion der CDU, abschließend im Hauptausschuss.

**Tagesordnungspunkt 33**, Antrag der Fraktion der FDP, abschließend im Innenausschuss, federführend. Der Sozialpolitische Ausschuss wird beteiligt.

**Tagesordnungspunkt 34**, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, abschließend.

**Tagesordnungspunkt 35**, Antrag der Fraktion der CDU, Haushaltsausschuss, abschließend.

**Tagesordnungspunkt 37**, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, abschließend.

**Tagesordnungspunkt 40**, Große Anfrage der Abg. Erfurth, Kaufmann usw., Innenausschuss, abschließend.

**Tagesordnungspunkt 43**, Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies usw., Sozialpolitischer Ausschuss, abschließend.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ganz abschließend!)

Das hat allgemein die Zustimmung gefunden. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Sitzung. Ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten drei Tagen bedanken, insbesondere für das lebhaftige Miteinander am heutigen Tag. Die Sitzung ist geschlossen. Glück auf und alles Gute.

(Schluss: 13.16 Uhr)